

# Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**26. April: sechzig- bis fünfundsechzigtausend Kurden aus ganz Europa demonstrierten in Düsseldorf unter der Forderung: „Zeit für Frieden in Kurdistan“.**



#### Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn .....	2
Interview mit Giyasettin Sayan: Rassismus in der Sozialpolitik .....	3
Abhörmaßnahmen stark angestiegen .....	4
Waffenschmidts Deutschtums- Geschäfte .....	4
UNO: BRD bekräftigt Anspruch ständigen Sitz im Sicherheitsrat ..	5

#### Auslandsberichterstattung

Türkei: Staatskrise .....	7
Rußland: Interview mit Vadim Damier (Anarchosyndikalisten) ..	8
Frankreich: Was gibt's links von der Sozialdemokratie? .....	9
Herri Batasuna und die spanische Staatsmacht .....	10
Meldungen .....	11

#### Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand .....	12
Die Türkei ist kein Urlaubsland! .	13
Verurteilung wegen ERNK- Plakaten .....	14
Verweigerung von Arbeitserlaubnis für ausländische Studierende ..	14
Frankfurt: Wehrmachts- ausstellung .....	15
„Armes reiches Essen“ .....	15
„O-Ton .....	16
LPG-Urteil .....	16
Kommunale Politik .....	17

#### Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war? .....	18
Ansätze zur einer neuen Wirt- schaftspolitik in Ostdeutschland .	19
Bayer AG: Betriebsrat macht Zugeständnisse .....	20
Bau: Problematischer Erfolg ..	20
IG Medien: Streik für Firmentarif .....	21
Druck: Austritt aus dem Unter- nehmerverband .....	21
Mercedes: Neues Streichkonzert .	21

#### Diskussion und Dokumentation

Wahlstrategie der PDS 1998/99 ..	22
----------------------------------	----

#### Letzte Seiten

„Zeit für Frieden in Kurdistan“ ..	26
Wallraff fühlt sich bedroht, ERNK stellt richtig .....	27

Termine .....	28
---------------	----

#### AKTUELL

**IN BONN** LEGION CONDOR. In einer kleinen Anfrage aus Anlaß des 60. Jahrestages der Bombardierung der baskischen Stadt Guernika haben die Bündnisgrünen eine kleine Anfrage eingereicht, in der sie wissen wollen, welche staatlichen und sozialversicherungsrechtlichen Leistungen die Angehörigen der faschistischen Legion Condor erhalten haben und noch erhalten. Demgegenüber soll die Bundesregierung auflisten, welche vergleichbaren Leistungen Freiwillige der Internationalen Brigaden des spanischen Bürgerkriegs erhalten. Außerdem wollen die Grünen wissen, ob die Bundeswehr Kasernen hat, die die Namen von Personen der Legion Condor tragen, oder überraschenderweise von Mitgliedern der Internationalen Brigaden. (Ds. 13/7347)

**FREIHEITSSTRAFEN.** In einer kleinen Anfrage hat sich die PDS nach der Summierung von Freiheitsstrafen im Strafvollzug erkundigt (Ds. 13/7335). Die Gruppe will wissen, wie viele Strafgefangene derzeit mehrere aufeinanderfolgende Freiheitsstrafen verbüßen, bei wievielen kein Strafzusammenhang besteht und wie viele Gefangene mehr als 10, 15 bzw. 20 Jahre inhaftiert sind. Des Weiteren will die PDS wissen, wie viele der betroffenen Gefangenen nach der Haft mit einem sog. „Maßregelungsvollzug“ rechnen müssen, d.h. mit anschließender Einweisung in eine geschlossene Klinik oder in eine „Sicherheitsverwahrung“.

**DIENSTLEISTUNGSAGENTUREN.** Am 16. April befaßte sich der Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales in einer Anhörung mit der von der SPD verlangten staatlichen Förderung von „Dienstleistungsagenturen“, die privaten Haushalten sozialversicherte Beschäftigte für private Dienste anbieten. Vertreter von solchen Dienstleistungsagenturen, der Bundesanstalt für Arbeit und der Gewerkschaft NGG unterstützten den SPD-Antrag. Eine staatliche Förderung sei nötig, da die Agenturen sonst nicht rentabel sein könnten. Die Agenturen gehen von vollzeitbeschäftigen Personen (38,5 Stunden) aus, die in bis zu 13 Haushalten pro Woche arbeiten. Streit gab es über die von der SPD überlegten Gutschriften in Form von „Dienstleistungsgutscheinen“, ob diese an die Beschäftigten oder die Agenturen gezahlt werden sollten. (Ds. 13/5135).

**SCHWERVERKEHRSABGABE.** Die Regierungsparteien und die SPD lehnten am 16.4. einen Antrag der PDS auf Einführung einer Schwerlastverkehrsabgabe ab. Die PDS hatte gefordert, die Abgabe wegen der Schäden an Verkehrsweegen einzuführen, diese als Ersatz für die geforderte Autobahnvignette einzuführen und auf eine EU-weite Einführung zu dringen. Die Regierungsparteien kritisierten, die PDS gefährde Arbeitsplätze im deutschen Transportge-

werbe. Die SPD erklärte zwar, auch sie wolle die Wegekosten den Verursachern aufbürden, lehnte den Antrag aber dann doch ab. Die Grünen enthielten sich. Sie favorisieren eine differenzierte Kfz-Steuer als sog. „Ökomaut“.

**ASYLUNTERKÜNFTE.** In 109 Asylunterkünften brannte es im vergangenen Jahr. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS-Abgeordneten Jelpke hervor (Ds. 13/6815 und 13/7396). 107 Personen wurden bei diesen Bränden verletzt. Ursache für die Brände waren sowohl technische Defekte wie Brandstiftungen. Lediglich in Bremen und Sachsen-Anhalt wurden im vergangenen Jahr keine Brände registriert.

**SCHEINSELBSTÄNDIGE.** Die Bündnisgrünen haben einen Antrag eingebracht, der eine Reform der Sozialversicherungen und des Arbeitsschutzes verlangt, um auf die rapide Ausweitung sog. „Scheinselfständiger“ zu reagieren. Nach Angaben der Grünen seien fast 1 Million Personen im Haupt- und 1,5 Millionen im Nebenerwerb in der Grauzone zwischen abhängig beschäftigt und selbständig angestellt. Darunter seien überproportional Frauen. Die Betroffenen seien nicht ausreichend geschützt, so daß sie bei Krankheit oder im Alter in vielen Fällen in die Sozialhilfe fallen. Den Sozialversicherungen entgehen durch diese „Scheinselfständigkeit“ jährlich ca. 10 Milliarden DM, schätzen die Bündnisgrünen, während die Kommunen Milliarden bei der Sozialhilfe zahlen müssen. (Ds. 13/7421)

**BISCHOFFEROODE.** Bundeswirtschaftsminister Rexrodt kann noch nicht sagen, wie er auf den Antrag des BASF-Konzerns zum Verkauf der Aktienmehrheit der Kali+Salz AG an den kanadischen Kaliproduzenten Potash Corporation of Saskatchewan (PCS) reagieren werde. Das Bundeskartellamt habe den Verkauf untersagt, da die beiden Unternehmen nach einer Fusion gut ein Drittel des Weltmarktes kontrollieren würden, heißt es in der Anfrage. Nach der DDR-Annexion hatte die Treuhand die Mitteldeutsche Kali AG an die BASF-kontrollierte Kali+Salz AG verkauft, die daraufhin das Kaliwerk Bischofferode schloß. Nachdem die Treuhand zusätzlich von der Treuhand Millionensubventionen bei dem damaligen Geschäft kassierte, will sie nun gewinnbringend verkaufen.

**WAS KOMMT DEMNÄCHST?** Die Tagesordnung der nächsten Sitzungswoche des Bundestags steht noch nicht fest. Vom 14. bis 16. Mai ist eine öffentliche Anhörung über das Steuerreformvorhaben der Bundesregierung geplant, am 27. Juni soll die Schlusabstimmung im Bundestag sein. Kurz vor den französischen Wahlen trifft Kohl mit Frankreichs Staatspräsident Chirac zusammen. Mitte Juni ist in Amsterdam EU-Gipfel.

**Interview mit Giyasettin Sayan, PDS-Abgeordneter in Berlin, zu den Sozialhilfekürzungen für Flüchtlinge und Ausländer**

# Rassismus in der Sozialpolitik

Am 23. April stimmten Bundesrat und Bundestag für den Kompromiß des Vermittlungsausschusses zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und anderer Gesetze. Nun wird Bürgerkriegsflüchtlingen, Asylbewerbern und geduldeten Ausländern in Deutschland für drei Jahre die Sozialhilfe um 20 Prozent gekürzt und ihre medizinische Versorgung reduziert. Um das durchzusetzen, verzichtet der Bund (im Moment) auf die Übertragung der Finanzierung von Freifahrten für Schwerbehinderte im öff. Personennahverkehr an die Länder und auf die Abschaffung der sog. originären Arbeitslosenhilfe (1,4 Mrd. DM Volumen).

Die Sozialpolitiker der Regierung wollen noch diese Woche eine weitere Senkung der Sozialhilfe für Asylbewerber beschließen, evtl. mit Zustimmung der SPD-Länder. In der Presse heißt es, daß dann auch das berüchtigte „Asylbewerberleistungsgesetz“, das der Bundestag bereits im letzten Jahr beschlossen hat, das seitdem aber durch den Widerstand der Bundesländer blockiert war, am 24. April im Bundesrat verabschiedet werden könnte und schon zum 1. Mai in Kraft treten würde. Welche Folgen haben diese Beschlüsse für die Flüchtlinge? Es geht um ca. 500.000 Menschen im

## „Sie wollen abschrecken ...“

Aus der Debatte im Bundestag

Berichterstatter Dr. Heribert Blens (CDU/CSU) rechnete im Bundestag vor, daß Länder und Gemeinden durch die Sozialhilfe- und Gesundheitskostenkürzungen in den nächsten fünf Jahren 2,5 Milliarden einsparen. Davon sollen sie insgesamt 750 Millionen DM in einen Fonds zur Förderung des Wiederaufbaus in Bosnien einsetzen; Blens spricht von Wohnungen für 175.000 bis 200.000 Menschen.

Brigitte Lange (SPD) blickt zurück auf die damalige SPD-Zustimmung zur einjährigen Kürzung der Sozialhilfe für Asylbewerber und lehnt für die SPD-Fraktion die Ausdehnung dieser Kürzungen ab. Sie warnt davor, diese Kürzungen erneut als Schritt zum Abbau der Sozialhilfe überhaupt durchzulassen.

Kerstin Müller (Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert, daß die Schwächsten der Gesellschaft gegeneinander ausgespielt werden sollen. Die Grünen lehnen den „Kompromiß“ ab, unterstützen aber einen Wiederaufbau-Fonds, der jedoch nicht aus Geldern von hier lebenden Flüchtlingen entstehen dürfte.

Ulrich Irmer (FDP) macht sich über die SPD-Länder lustig, die im Bundesrat zustimmen und sich über die Gelder freuten, im Bundestag aber Kritik übten. Er setzt sich mit dem Argument auseinander, daß es keine Verpflichtung für die Länder gibt, die 750 Mio. DM auch wirklich für Wohnungen in Bosnien einzusetzen. Er löst diesen Konflikt so: „Bei denjenigen, die nicht zahlen, handelt es sich nicht um Gentlemen.“

Dr. Heidi Knaake-Werner (PDS) geht ausführlicher als andere auch auf die Kürzung der medizinischen Versorgung ein, die nur noch die Behandlung von akuten Notfällen zuläßt. Ähnlich wie die Grünen greift sie das Zweiklassenrecht und die menschenunwürdige Behandlung an. Sie kritisiert aber auch die Asylpolitik insgesamt: „Es geht Ihnen gar nicht allein um die Einsparungen. Sie wollen mit der drastischen Verschlechterung der materiellen Bedingungen für Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge auch abschrecken. Sie wollen diejenigen abschrecken, die immer noch kommen und auf Zuflucht und Hilfe in Deutschland hoffen.“

Bundesgebiet (Asylbewerber, Ausländer mit Duldung und Bürgerkriegsflüchtlinge). Die sollen in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik eine um 20% reduzierte Sozialhilfe erhalten. Außerdem soll ihre gesundheitliche Versorgung auf die „allernotwendigste medizinisch notwendige Versorgung“ reduziert werden. Als „Kompromiß“ mit der SPD sollen die Bundesländer etwa 200 Mio. DM nach Bosnien für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Damit ist faktisch die Asylbewerberleistungsgesetz-Novellierung vom vergangenen Jahr durchgesetzt.

Nebenbei: Mit dem Geld, das sie für den Wohnungsbau in Bosnien zur Verfügung stellen wollen, kann man höchstens 1.000 Wohnungen dort bauen.

Wie reagieren Ausländervereine, Flüchtlingsräte, ausländische Gewerkschafter u.a. auf diese Beschlüsse?

Pro Asyl und die Menschenrechtsvereine in der Bundesrepublik betrachten diese Beschlüsse als rassistisch, weil erneut die Menschen nach ihre Herkunft, Nationalität und Rasse bei der Vergabe von Sozialhilfe unterschieden werden. Daher sind die Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen usw. empört und haben ihren Protest auch der SPD geschrieben. Die SPD darf sich nicht mehr als Partei der Schwächeren, ärmeren Menschen darstellen. Pro Asyl hat einen dementsprechenden Protest an die SPD geschrieben.

Unser Vorschläge sind: 1. die Sozialhilfe nicht zu kürzen und keine Unterschiede zwischen deutschen und nicht-deutschen Staatsangehörigen zu machen. Man sollte allen Bürgerkriegsflüchtlingen die Möglichkeit zur Arbeit hier geben. Dann brauchte man auch keine Sozialhilfe zu kürzen. Dadurch könnte auch die staatliche Kasse entlastet werden. 2. Wenn man diese Flüchtlinge nicht in kommerziellen Wohnheimen unterbringen würde, könnte man doppelt sparen.

Die Scharfmacher in der Union trommeln seit Wochen demagogisch für weitere ausländerfeindliche Maßnahmen, z.B. bei Ar-



beitserlaubnissen. Wie beurteilst du die-  
se Entwicklung in den Unionsparteien?  
Kommen bald auch wieder „Rückkehr-  
gesetze“ zur Vertreibung der Ausländer  
wie in der Frühzeit der Regierung Kohl?  
Es gibt ein türkisches Sprichtwort, das  
besagt, wenn der Krämerladen pleite  
geht, sucht der Krämer in seinem Schub-  
laden vergeblich nach Schuldenpapie-  
ren. Die Scharfmacher in der Union su-  
chen für ihre marode Finanzpolitik die  
Schuldigen bei den Emigranten.

Nach wissenschaftlichen Instituten  
und Forschungsinstitutionen wird in der  
Bundesrepublik jährlich für über 200  
Milliarden DM Subventions-, Investitions-  
und Steuerbetrug begangen. Man  
sollte da etwas zur Entlastung der  
Staatskasse tun. Kohl und das Kapital  
haben das aber nicht vor.

*Die Ausländerpolitik der rot-grün re-  
gierten Bundesländer steht mit der Zu-  
stimmung im Bundesrat zu Seehofers Ge-  
setzen auch nicht gerade fortschrittlich  
da, zumal nach dem Desaster mit  
Kanthers Visa-Vorschrift, die am Ende  
auch von den Bundesländern geschluckt  
wurde. Was kann die PDS in Berlin oder  
den anderen Bundesländern gegen die-  
sen weiteren Rechtstrend, der anschein-  
end auch vor den Grünen nicht halt-  
macht, eigentlich noch tun?*

Es war so, daß Teile der Betroffenen-Or-  
ganisationen selbst Kompromißvor-  
schläge gemacht haben, an der Spitze der  
Bund der Türkisch-Deutschen Emigran-  
ten (Keskin aus Hamburg u.a.), auch hier  
in Berlin der Bund türkischer Emigran-  
tinnen. Das haben SPD und Grüne auf-  
gegriffen und das hat ihnen die Zustim-  
mung erleichtert. Bei den türkischen Or-  
ganisationen wurde z.T. offen gesagt, so  
können man vielleicht verhindern, daß  
weitere PKKler (also Kurdiinnen und  
Kurden) in die Bundesrepublik kommen.  
Die PDS muß weiter offensiv ihre Vor-  
schläge machen.

*Auch bei der Reform des Staatsbürger-  
schaftsrechts hält die Union eisern am  
„Blutsrecht“ fest. Da gibt es immerhin bei  
PDS, Grünen, SPD u.a. noch gemeinsame  
Positionen, vor allem was die Staats-  
bürgerschaft für hier geborene Kinder  
von Ausländern angeht, doppelte Staats-  
bürgerschaft und ähnliches. Wie beur-  
teilst du die Aussichten für eine gemein-  
same Initiative von PDS, Grünen und  
SPD zur Reform des Staatsbürger-  
schaftsrechts?*

Ich fände es natürlich gut, wenn es sol-  
che einen gemeinsamen Vorschlag gäbe.  
Das wird es aber nicht geben, weil jeder  
konstruktive Vorschlag von der PDS von  
der SPD und den Grünen abgelehnt wird,  
z.B. auch das sehr fortschrittliche Anti-  
Diskriminierungsgesetz.

*Giyasettin Sayan ist migrantenpoliti-  
scher Sprecher der PDS im Berliner Ab-  
geordnetenhaus. Das Interview mit ihm  
fand am 23. April statt.*

„Gefahr im Verzug“

## Abhörmaßnahmen stark angestiegen

In ihrem jetzt veröffentlichten Bericht für das Jahr 1996 informiert die Datenschutzbehörde, daß die Überwachungen von Telefongesprächen von Privatpersonen rapide gewachsen seien. Mehr als 8.000 Telefonanschlüsse wurden – richterlich zugestanden – überwacht, darunter auch Mobilanschlüsse; das ergibt schätzungsweise eine Überwachung von einer Million Telefongesprächen. Dabei sind präventive Telefonkontrollen ebensowenig einberechnet wie solche, die andere Sektoren der Geheimdienste vorgenommen haben.

Mit dieser Ausweitung der Telefonüberwachung kommt die deutsche Polizei auf eine Größe, die dreizehnmal die Anzahl der Telefonüberwachungen in den USA übersteigt; das Anwachsen in den letzten 20 Jahren beträgt 2000 Prozent. Weitere detaillierte Darstellungen sind nicht zu kriegen. Bis heute verweigert die Bundesregierung sowohl dem Datenschutzauftragten wie auch der demokratischen Öffentlichkeit einen jährlichen Bericht über Ausmaß und etwaige Erfolge beim Telefonabhören: ein unhaltbarer Zustand.

Die Begründung für derartige Überwachungen ist in der Regel „Gefahr im Verzug“, damit ist ein erhöhter Mißbrauch wahrscheinlich. Denn „Gefahr im Verzug“ kann jedesmal durch die Polizei oder die Ermittlungsbörde festgestellt werden, ohne daß ein zuständiger Richter dies aus eigener Beurteilung genügend überprüfen könnte (oder wollte).

In Deutschland würden für die Telefonüberwachung bereitwillig Eintrittskarten verteilt, ohne daß die nachfolgende Vorstellung bekannt sei, so die „Süddeutsche Zeitung“. Es sind nachträglich äußerst kuriose Berichte über Telefonüberwachungen bekannt geworden: so war es der Staatsanwaltshof Konstanz offenbar ein Anliegen, einmal den Abhöreifer der Behörden bekanntzugeben. In einem Telefongespräch war von „Pistolen“ die Rede, was sich in der Realität als „Spritzpistolen“ für die Autolackierung herausstellte. Wurde einmal von

„Stoff“ (für Rauschgift etc.) gesprochen, so ging es dabei um Textillieferungen. Unabhängig von den gesetzlich fragwürdigen Grundlagen fürs Telefonmithören gibt es noch andere extralegale Entwicklungen. Das Fingerabdruck-Identifizierungssystem des BKA für AsylbewerberInnen arbeitet ebenfalls jahrelang ohne Einrichtungsanordnung. Und nach wie vor werden Flüchtlinge in nicht akzeptabler Weise von deutschen Nachrichtendiensten abgeschöpft.

Es gibt in Deutschland – auch durch die Oppositionspartei SPD – neue Entwürfe, in denen die Telefonüberwachung noch weiter ausgedehnt werden soll.

Zum Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für Datenschutz erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der PDS: „Die Vergeheimdienstlichung und Abschottung der Ermittlungsbehörden muß insgesamt gestoppt werden. Am besten, man nimmt der Polizei das Lieblingsspielzeug weg und streicht die Ermächtigung zum Telefonabhören ganz aus der Strafprozeßordnung.“ mc

## Staatssekretär Waffenschmidt Deutschums-Geschäfte

Seit 1988 ist der Staatssekretär im Bundesinnenministerium Dr. Horst Waffenschmidt Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung. Statt sich auf die Integration der Aussiedler und Spätaussiedler in der BRD zu beschränken, mischt er sich in häufigen Reisen z.B. in Kasachstan, in der Russischen Föderation, in Polen oder soeben in Rumänien in die inneren Angelegenheiten unabhängiger Staaten ein.

Annelie Buntenbach und die Bündnisgrünen fragten z.B. zur „Außenpolitischen Betätigung des Bundesinnenministeriums“ (BtDrs 13/5457): „Gehört es zum Regierungsauftrag des Aussiedlerbeauftragten, ‘Anliegen‘ polnischer Staatsbürger, die der deutschen Minderheit in Polen angehören, ‘mit Nachdruck‘ gegenüber der polnischen Regierung zu vertreten (Dr. Horst Waffenschmidt in ‚Auslandskurier Spezial 13‘ vom Juli 1995)?“

Abenteuerliche Geschäfte gedeihen im direkten Umfeld von Waffenschmidts

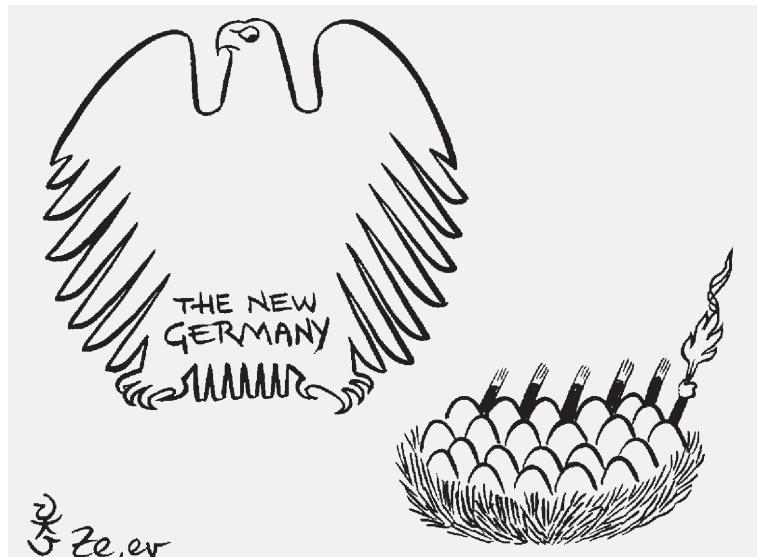


Volkstumspolitik. Waffenschmidt war von 1989 bis 1993 Mitglied im Verwaltungsrat des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ (VDA). Der VDA wurde schon einmal, 1945, als Naziorganisation verboten. 1990 bis 1995 wurden durch das Bundesinnenministerium Projekte des VDA in Osteuropa mit mehr als 213 Mio. DM gefördert, ohne nachvollziehbare Abrechnungen zu verlangen. Der Bundesrechnungshof stellte am 11.3.97 fest, daß ca. 20,8 Millionen DM öffentlicher Mittel durch „unzureichende Kompetenz und Zuverlässigkeit des VDA“ bei abgewickelten Projekten verschwunden sind, das meiste in Waffenschmidts Verwaltungsrats-Zeit.

Jochen Welt (SPD) erklärte am 20.3. im Bundestag zur russlanddeutschen VDA-Vetternwirtschaft: „Das Bild müssen Sie sehen: in Azowo, zum Beispiel, vorne entlang der Hauptstraße, die großen Funktionärsstellen und weiter hinten die nach Intervention von Haushaltsschluß und Bundesrechnungshof inzwischen bescheidener werdenden Häuser. Hier wurde eindeutig für die Funktionärselite und nicht für die breite Bevölkerung gebaut.“ Annelie Buntenbach ebenda: „Ich rede gar nicht von den schon sprichwörtlichen ‚Containerdeutschen‘, sondern von den Verwaltungsneubauten, den schmucken Häusern der russlanddeutschen Funktionäre in den sogenannten ‚Inseln der Hoffnung‘, zu denen nur ein verschwindend kleiner Teil der Deutschstämmigen überhaupt Zugang hat. Bei Sankt Petersburg werden über 10 Millionen DM für ein Musterdorf für 200 russlanddeutsche Familien aufgewandt. Das sind keine Bleibemaßnahmen; das ist ein deutsches Disneyland in einem Umfeld sozialer Vereinigung.“

Das Reiseunternehmen ‚Olympia‘ aus Waffenschmidts Wahlkreis führt seit 1989 die Einreise von Spätaussiedlern und Aussiedlern durch. Das Geschäft bescherte ‚Olympia‘ von 1989 bis 1995 über 633 Mio. Mark Umsatz für die Beförderung von 982.672 Aussiedlern in die BRD. Der Auftrag an die Firma Olympia wurde 1988 „freihändig“ ohne Ausschreibung durch die „zuständigen Stellen“ des Bundesinnenministeriums erteilt (BtDrs 13/6608). Annelie Buntenbach: „Nicht an der Entscheidung beteiligt war laut Auskunft der Bundesregierung der Aussiedlerbeauftragte Dr. Waffenschmidt, dessen Zuständigkeit eigentlich naheliegt. Auf die Frage, warum der Auftrag erst 1994 ausgeschrieben worden sei, flüchtet sich die Bundesregierung in das Reich des Absurden. Weil der Flugverkehr zwischen Moskau und der Bundesrepublik Deutschland auf die „Fluggesellschaften Lufthansa oder Aeroflot“ beschränkt gewesen sei, habe kein „Markt mit Konkurrenzangeboten“ bestanden. Mit dieser Begründung wurde der Auftrag jedoch nicht Lufthansa oder Aeroflot, sondern dem Reiseunternehmen aus Dr. Waffenschmidts Wahlkreis zugeschanzt.“

rab



## UNO

# BRD bekräftigt Anspruch auf ständigen Sicherheitsratssitz

*Am 16.4. hielt sich der neu gewählte UNO-Generalsekretär Kofi Annan (Ghana) zu einem dreitägigen Besuch in Bonn auf. In der Unterredung mit Außenminister Kinkel ging es u. a. um die beabsichtigte Reform der UNO bzw. um die in diesem Zusammenhang geplante Erweiterung des Weltsicherheitsrats.*

Zu diesem Punkt erneuerte Kinkel den Anspruch Bonns auf einen ständigen Sitz in diesem Gremium. Der UNO-Vollversammlung liegt ein Antrag vor, im Rahmen der geplanten Reformen die Gesamtzahl der Sicherheitsrats-Mitglieder von derzeit 15 auf 24 Mitglieds-Staaten zu erhöhen und (innerhalb dieses erweiterten Sicherheitsrats) die Anzahl der ständigen Mitgliedsstaaten von derzeit 5 (VR Cina, Russland, USA, Großbritannien, Frankreich) auf 10 anzuheben. Bereits Anfang April hatte Kofi Annan gegenüber der „Deutschen Welle“ erklärt, daß bis Juni ('97) entschieden sein soll, ob Deutschland tatsächlich ständiges Mitglied des Sicherheitsrats wird. Die Mehrheit der 185 UN-Mitgliedsstaaten fordert eine solche Erweiterung des Sicherheitsrats, die nicht nur dem Stimmenanteil dieses Staatenblocks der Dritten Welt (in der UN-Vollversammlung) Rechnung trägt, sondern die auch den exklusiven Status der ständigen Ratsmitglieder („Vetorecht“) beseitigt. In diesem Zusammenhang betonte Kinkel, daß das „Vetorecht“ für die Bundesregierung „nicht im Vordergrund“ stehe – Deutschland könne „mit jeder Lösung leben“. Zunächst gehe es „um die Erweiterung“ jenes UN-Gremiums – Deutschland sei „bereit, sein gewachsenes Gewicht im Sicherheitsrat einzubringen“.

Die Charta der Vereinten Nationen sieht für das Abstimmungsverfahren in diesem Gremium (Art. 27: Stimmrecht, „Vetorecht“) vor, daß Verfahrensfragen der Zustimmung von 9 Mitgliedsstaaten bedürfen. Beschlüsse über alle sonstigen Fragen bedürfen demgegenüber nicht nur der Zustimmung dieser 9 Sicherheitsrats-Mitglieder, sondern zusätzlich der Zustimmung sämtlicher ständiger Mitglieder (Einstimmigkeit). Diese Bestimmung geht zurück auf entsprechende Unterredungen bzw. Abmachungen in der Antihitlerkoalition zwischen 1943 und 1945 (Konferenzen in Teheran, Dumbarton Oaks/Washington und Jalta): Sie sollte die fortdauernde Einmütigkeit derjenigen Staaten, die die Hauptlast bei der Niederwerfung Deutschlands, Italiens und Japans trugen, dadurch sicherstellen, daß ein Gegeneinanderauspielen durch die besieгten Feindstaaten (d.h. ein Überstimmen untereinander per Mehrheitsentscheidung) unmöglich gemacht wurde. Die Möglichkeit der Gegenwehr gegen eine eventuelle Überstimming („Vetorecht“) sollte zur Einmütigkeit – im Wege der Formulierung allseitig akzeptabler Kompromisse – zwingen. Auf diese Weise – darüber lassen die diesbezüglichen Konferenzprotokolle keinen Zweifel aufkommen – wollte die Antihitlerkoalition den erkämpften Frieden sicheren, und zwar auf der Grundlage der von ihr in der UN-Charta formulierten Prinzipien. Vor diesem Hintergrund lassen sich zwei Absichten der BRD näher beleuchten.

Zum einen besteht die Bundesregierung auf einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat – und gibt sich in der Frage des zugehörigen „Vetorechts“ flexibel.

Man weiß aus dem Kontext der westeuropäischen Unionierung, daß sie im Zwang zur Einstimmigkeit stets eher ein Hindernis für das Ausnutzenkönnen des ökonomischen, politischen und militärischen Potentials der BRD gesehen hat. Von daher hat sie stets eher den Modus der Mehrheitsentscheidung favorisiert. Diese Richtung konsequent zu Ende gedacht, stellt sich – oberhalb der EU – der ständige Sitz Frankreichs und Großbritanniens im Sicherheitsrat (ausgestattet mit jenem „Vetorecht“) als letztes Refugium zweier EU-Partner dar, das entweder einplaniert (Reform des Abstimmungsmodus: d. h. Beseitigung des „Vetorechts“) oder zumindest neutralisiert werden muß („Gleichbehandlung“, d. h. „Vetorecht“ auch für das ständige Mitglied Deutschland). Hier wird von deutscher Seite als bedeutsam erachtet, daß es – im Gegensatz bzw. Unterschied zu den beiden EU-Partnern – die USA sind, „die am nachhaltigsten und offen für eine ständige deutsche Mitgliedschaft im Sicherheitsrat eintreten“ (K. Kaiser, s.u.).

Zum andern will die BRD den derzeitigen Zustand, „daß der UN-Sicherheitsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung die Nachkriegssituation widerspiegelt“, beseitigt wissen. Wichtig ist ihr, „daß der künftige Sicherheitsrat nicht die Realitäten von 1945, sondern die von heute widerspiegelt“. Zu den Grundsätzen, die die Antihitlerkoalition in die UN-Charta eingebracht hat, zählt u.a. (Art. 2, Pkt. 7.), daß eine Befugnis der UNO zum Eingreifen in originär innere Angelegenheiten eines Staates aus dieser Charta nicht abgeleitet werden kann. Außenminister

Kinkel hat diesen Grundsatz ganz unverblümt in jener Rede vor der UN-Vollversammlung (23.9.1992), in der er erstmals für die BRD einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat reklamierte, angegriffen. Zu diesem Zeitpunkt war die DDR besiegt und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien zerlegt – in beidem spiegelten sich nicht einfach nur die Realitäten „von heute“ wider, sondern v. a. die Realität der diesbezüglichen Außenpolitik der BRD. In punkto Jugoslawien stand ihre einseitige Politik der Unterstützung der Secession Sloweniens und Kroatiens zunächst nicht nur im Widerspruch zur Position der USA sowie sämtlicher Partner der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit“ (EPZ) bzw. der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP). Sondern diese Einmischung in den innerjugoslawischen Konflikt hat auch nachweisbar beigetragen zur Entstehung jener Bürgerkriegssituation, die von wechselseitigen Verbrechen und Greuelaten geprägt war.

Eine Stimme aus dem engen Beraterkreis des Bundeskanzlers, Prof. Karl Kaiser, macht in Anknüpfung an Kinkels ausdrückliche Bezugnahme auf „Bosnien-Herzegowina“ (in jener o. a. Rede vor der UNO) deutlich, wie die UNO, ihre Gremien und ihre Charta dahingehend reformiert werden sollen, daß sich darin das Recht auf Revision der „Realitäten von 1945“ (und von 1919: „der Katastrophe der Versailler Friedensregelung“ ...) bzw. „der Nachkriegssituation“ widerspiegelt: „Die Bereitschaft der Völkergemeinschaft nimmt ab, massive Menschenrechtsverletzungen wie Unter-

drückung von Minderheiten, ,ethnische Säuberungen‘ oder Völkermord wie bisher im Namen des Schutzes vor Einmischung in innere Angelegenheiten hinzunehmen. Damit ändert sich die Rolle der Vereinten Nationen: Derartige Entwicklungen werden zunehmend als eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit interpretiert und fallen damit unter die ureigenen Aufgaben des Sicherheitsrates. Die Behandlung des Bürgerkriegs (und von Minderheiten in verschiedenen Regionen/Verf.) ... haben die Vereinten Nationen die Tür zu „humanitären Interventionen“ öffnen lassen. Damit steht die Organisation vor der schwierigen, aber in jedem Fall zu lösenden Aufgabe, einvernehmliche Kriterien für eine Einmischung in Bereiche zu entwickeln, die bisher durch den klassischen Begriff der Souveränität und das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten abgeschottet waren.“

huh

*Quellen:* DIE WELT/17.4.97- S.5; Süddeutsche Zeitung/17.4.97-S.7; Handelsblatt/4.4. u. 17.4.97; FAZ/17.4.97; „Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“ (kritische Edition, ergänzt um die anglo-amerikanischen Aufzeichnungen/Verf.)“, Köln 1968 u. 1973/S.44-48, S.123-132,S.141-144; Kinkel-Rede, dokumentiert in Europa-Archiv 1992/D 597ff.; Horst Grabert (Ausw. Amt 1974-1987)/ „Von der Anerkennung zum Bundeswehreinsatz. Deutsche Politik und der Jugoslawienkonflikt“- in: W&F 2/96, S. 12ff.; Karl Kaiser / „Die ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat. Ein berechtigtes Ziel der neuen deutschen Außenpolitik“, in: Europa-Archiv, 1993, S. 541 ff.

Nach wie vor fordern die Entwicklungsländer die Abschaffung, zumindest eine Abschwächung des Veto-rechts. (...) Beklagt wird die mangelnde Ausgewogenheit; im Sicherheitsrat säßen zu viele Länder aus der Gruppe der „Westeuropäischen und anderen Staaten“, auf Kosten anderer Regionen. – Es zeigt sich, daß die auf verschiedenen Feldern geführte Reformdebatte grundlegende Fragen aufwirft. Die „Gruppe der 77“ und die Bewegung der Blockfreien hegen die Befürchtung, daß die Umstrukturierung der UN letztlich zur Marginalisierung der Entwicklungsländer führen werde. Gamani Corea aus Sri Lanka, ein ehemaliger Generalsekretär der UNCTAD, wirft den reichen Ländern vor, den Gedanken der UN-Reform als Deckmantel zu benutzen: „Es ist schon paradox, daß alle Organisationen, die mit Entwicklung zu tun haben, entweder abgeschafft oder abgebaut werden sollen. Und das alles im Namen der Neugliederung.“ (...) Es war die Kommission für Weltordnungspolitik (Commission on Global Governance) ..., die die Kampagne zur Abschaffung der ... UNCTAD (und anderer Entwicklungsinstitutionen / Red.) ... angeführt hatte, da diese

Einrichtungen von ihr entweder als überflüssig oder als überholt eingestuft werden. (Die) ... Kommission (kam) ... zu dem Ergebnis, daß den „globalen Interessen“ am besten gedient sei, wenn man (die Entwicklungs-Institutionen / Red.) ... in einer zusammenfassen würde, ei-

## „Vorherrschaft oder Ausgewogenheit“

Thalif Deen in  
Vereinte Nationen, 1,1996  
Auszüge

nem „Rat für Wirtschaftliche Sicherheit“. Aber dem Vorschlag stellen sich die Entwicklungsländer entschieden entgegen, da sie eine Übertragung des Modells des – in seiner gegenwärtigen Gestalt von den Veto-mächten beherrschten – Sicherheitsrats auf das neu zu schaffende Organ befürchten. Indonesiens Außenminister Ali Alatas vermutet hinter den Reformbestrebungen der westlichen Indu-

strienationen noch andere Pläne. An die Generalversammlung gewandt, sagte er, die soziale und wirtschaftliche Agenda der Vereinten Nationen werde zunehmend an Weltbank, IWF, WHO und G-7 übertragen. Die Ansicht vieler Staaten der Dritten Welt brachte er so zum Ausdruck: – „Es scheint sogar, daß die Vereinten Nationen selbst marginalisiert werden, da Entscheidungen über internationale Wirtschafts- und Finanzfragen immer mehr auf die Bretton-Woods-Institutionen verlagert werden, in denen die Entwicklungsländer unzureichend vertreten sind ... Es ist kein Geheimnis, daß einige Länder gern ein (entsprechendes / Red.) globales System einführen würden ...“ – Als Teil dieses Szenarios bleiben den Vereinten Nationen nur noch drei große Betätigungsfelder, an deren Bearbeitung im Rahmen der Weltorganisation den westlichen Staaten gelegen ist: Menschenrechte, Friedenssicherungsmaßnahmen und humanitäre Hilfe.

*(Quelle:* Thalif Deen, Korrespondent der Dritte-Welt-Nachrichtenagentur/Inter-Press-Service in New York/ „Angeschlagene Jubilarin. Die Weltorganisation an ihrem Fünfzigsten“; abgedruckt in der Zeitschrift „Vereinte Nationen“, Bonn – 1/1996, S. 1ff.)

# Staatskrise

Am letzten Wochenende verschärfte sich die türkische Staatskrise erneut. Erst traten der Industrie- und der Gesundheitsminister von der Ciller-Partei DYP zurück; dann tagte der Nationale Sicherheitsrat, das höchste Entscheidungsgremium der Türkei, über das die Militärs in die Politik eingreifen.

Schon im März hatten die Generäle von Ministerpräsident Erbakan (islamistische Refah-Partei) in einem 20-Punkte-Katalog verlangt, Islamisierungsbestrebungen entgegenzuwirken. Am Wochenende forderten die Militärs ultimativ neben Einschränkung der Waffenverkäufe an Staaten wie Iran, die Bescheinigung der Bewegungsfreiheit islamistischer Orden und ihrer Islamschulen, die Erhöhung der Schulpflicht von fünf auf acht Jahre sowie die Einhaltung des islamischen Kleidungsverbots. Besonders den Einfluß der Islamschulen, die mittlerweile an die 500.000 Schüler haben, wollen die Militärs eingedämmt wissen. Mit einem Bekennnis zum laizistischen Staat konnte Erbakan den sofortigen Sturz seiner Koalitionsregierung abwenden.

Ministerpräsident Erbakan und Außenministerin Ciller stehen unter Zugzwang. Ihre Koalition hat nicht dazu beigetragen, die Spannungen in der türkischen Gesellschaft abzubauen. Stattdessen wurden diese verschärft durch Korruptionsaffairen, die Catli-Affaire und die Angriffe der Islamisten gegen nicht-islamisch orientierte Türken und die alevitische Glaubensrichtung. Die Wirtschaftspolitik der Regierungskoalition, in der die Finanzierung des Krieges in Kurdistan Vorrang hat, führt weiter zu sozialen Spannungen.

In Kürze stehen der türkischen Regierungskoalition die nächsten schweren Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds ins Haus. Seine Forderungen, wie Verkauf der türkischen Staatsbetriebe und einschneidende Sozial- und Steuerreformen, hat die Regierung bislang überhaupt nicht erfüllen können. Die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse sind katastrophal. Sie führten dazu, daß bis Anfang April fünf der führenden Rating-Agenturen (Finanzberater, Kreditschätzer) die Kreditwürdigkeit der Türkei herabstuften. Bei vier von ihnen war es die dritte Rückstufung der Türkei innerhalb von drei Jahren.

Die türkische Regierung hat einen wachsenden Kreditbedarf, der auf heute rund zehn Prozent des Bruttosozialprodukts gestiegen ist. 1995 und 1996 mußte die Regierung monatelang auf internationalen Kreditmärkten Geld leihen, um ihre Staatsangestellten überhaupt zahlen zu können. Die Agentur Duff &

Phelps warnt nun die Regierung, sollte es keinen Druchbruch bei der Privatisierung und bei anderen Reformen (Sozialversicherungen, Steuern) geben, dann ständen der Türkei die schwierigsten Jahre ihrer Geschichte bevor.

Ende 1996 war die Auslandsschuld der Türkei auf 75 Milliarden Dollar gestiegen, das ist eine der höchsten der Welt. Diese Kredite sind zumeist mittel- und langfristig. Die Inlandsverschuldung betrug rund 30 Milliarden Dollar. Diese sind aber kurzfristige Geldanleihen. Das Schatzamt in Ankara hat den Schuldendienst beziffert: 12,35 Milliarden Dollar für 1996 und 12,6 Milliarden Dollar für 1998. Das Zurückstufen der Kreditwürdigkeit der Türkei bewirkt nun, daß schon allein beim Schuldendienst die Lage äußerst angespannt ist. Die Türkei erhält auf dem Auslandsmarkt weiterhin Kredite, aber zu weit höherem Zins und kürzeren Laufzeiten.

Notwendige Devisen für den Schuldendienst werden knapper. 1996 kletterte das Handelsbilanzdefizit auf die Rekordmarke von 21,5 Milliarden Dollar. Seit dem Beitritt zur Europäischen Zollunion im letzten Jahr überschwemmen Billigwaren aus den EU-Staaten den türkischen Markt, was erhebliche Auswirkungen auf die einheimische Industrie hat, wie z.B. die Textilindustrie. Kurzfristige Subventionsprogramme und Staatsaufträge der Regierung wirkten etwas dämpfend, kosteten aber viel Geld. Der IWF verlangt nun auch die Einstellung solcher Unternehmungen. Zur Finanzierung des Schuldendienstes versuchte die Regierung, auf den Inlandskreditmarkt auszuweichen. Auf Staatsanleihen und Schatzscheine zahlt die Regierung derzeit Zinsraten von bis zu 38 Prozent garantiert über die Inflationsrate, die derzeit bei 80 Prozent liegt. Bezahlten wurden diese Zinsen aus den Erträgen der Zentralbank. Jetzt griffen Erbakan und Ciller bei der Zentralbank zu, um die Unterdeckung des Haushalts auszugleichen. Ihre Gewinne wurden ab Januar monatlich zum Stopfen der Haushaltlöcher abgeschöpft. So besteht für die Regierung zur Zeit kaum noch eine Möglichkeit, auf dem Inlandskreditmarkt Geld zu leihen.

Dem klaffenden Loch in der Handelsbilanz und der Devisenknappeit ver-

Mit dem Rücken zum Fotografen, den Kopf ins Bild gedreht, ein türkischer Mafiaboss und internationaler Drogenhändler. Sein Name: Hüssein Duman, außerdem noch führendes Mitglied in der faschistischen türkischen Partei MHP. Ganz rechts sitzt der Besitzer der türkischen Tageszeitungen „Milliyet“ und „Hürriyet“, Aydin Dogan.



sucht die Regierung mit Handelsverträgen mit islamischen Staaten, Israel und Rußland entgegenzusteuern. Öl- und Gasverträge mit Rußland und Iran sollen durch Militärlieferungen an islamische Staaten bezahlt werden. Mit Israel wurden Militärkooperationsverträge abgeschlossen, die über Wasserexporte abgedeckt werden sollen.

Eigene Ressourcenerschließung und -förderung sowie Wasser- und Stromexportgeschäfte können nur in den kurdischen Provinzen abgewickelt werden. Pläne der Erdölförderung im Mittelmeer führten bis kurz vor bewaffnete Konflikte mit Griechenland und konnten nicht weiter verfolgt werden. In Kurdistan ist durch den Krieg des türkischen Regimes seit rund 13 Jahren jegliche wirtschaftliche Entwicklung zum Erliegen gekommen. Der Nationale Sicherheitsrat verlangte am letzten Wochenende u.a., daß die Staudammprojekte in den kurdischen Provinzen und weitere Ressourcenerschließung (Chrom, Uran) wieder in Angriff genommen werden müßten. Zur Durchsetzung ist die erneute Verschärfung des Krieges vorgesehen. Das Militär will in den nächsten zehn Jahren Waffen in Höhe von 50 Milliarden Dollar kaufen, darunter rund 150 neue Kampfhelikopter und 800 Panzer.

Die Finanzagenturen zitieren „Wirtschaftskreise“ aus Istanbul, die der jetzigen Koalitionsregierung ein baldiges Ende vorhersagen. Die Istanbuler Industrie- und Handelskammer verlangte in einem Papier energische Demokratisierungsreformen und die Lösung des Konfliktes in Kurdistan. Anders könnte es überhaupt nicht zu einer wirtschaftlichen Entwicklung in der Türkei kommen.

Der Krieg in Kurdistan verschärft eher den Würgegriff der internationalen Kreditgeber von IWF und Bankenkonsortien. Wirtschaftsprogramme, wie oben geschildert, treiben die türkische Gesellschaft immer tiefer in die Krise. Die Kreditgeberländer werden durch weitere Stützung dieser Politik immer tiefer in den Völkermord in Kurdistan verwickelt. Ein Ende dieser Politik ist bislang nicht abzusehen, die Generäle und auch die internationalen Finanzinstitute favorisieren die Bildung einer Koalitionsregierung unter Ausschluß von Erbakans Refahpartei.

*rub*

# Die Linke und die Restauration des Kapitalismus

In der vergangenen Woche fand in Moskau der Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands statt. Parteichef Sjukanow kündigte eine Offensive der Partei an, um Boris Jelzin zu stürzen. Und zwar mit Hilfe einer Unterschriftensammlung. Ein Mißtrauensvotum lehnt Sjukanow ab, weil Jelzin das zum Anlaß nehmen würde, das Parlament aufzulösen. Nach Sjukanows Auffassung ist die Phase der „konstruktiven Opposition“ zu Ende, man müsse nun „eine unnachgiebige Opposition betreiben“. Welche Chancen die russische Linke überhaupt hat und welche Perspektiven anstehen, erläutert im folgenden Interview der in Moskau lebende Anarchist Vadim Damier. Vadim Damier ist Mitglied der Konföderation der Revolutionären Anarchosyndikalistinnen. Das Interview wurde von einem Mitarbeiter von „Radio Dreyeckland“ am 17.4.97 geführt und den „Politischen Berichten“ zur Verfügung gestellt.

Eine Interpretation von Vadim Damier

*Bei den landesweiten Massenprotesten am 29. März war die Forderung nach Auszahlung der ausstehenden Löhne und Pensionen zentral. Die Schulden von Staat und Unternehmen an die Bevölkerung belaufen sich mittlerweile auf elf Milliarden US-Dollar. Rund sieben von zehn RussInnen sind Schätzungen zufolge direkt oder indirekt betroffen. Organisiert wurde der Protesttag von der Vereinigung der unabhängigen Gewerkschaften Rußlands (FNPR), der Nachfolgeorganisation des sowjetischen Gewerkschaftsbundes. Welche politischen Ziele vertritt die FNPR?*

Als Nachfolgeorganisation des Gewerkschaftsbundes verfügt die FNPR über die Apparate aus der Zeit des alten KPdSU-Regimes. Die sind vertikal und bürokratisch. Sie verfügt zwar über viele Millionen Mitglieder an der Basis, doch die sind in der Praxis kaum mobilisierbar und haben keine Möglichkeit, Einfluß auf die Beschlüsse von oben auszuüben. Die FNPR-Bürokratie steht für Sozialpartnerschaft und würde gern mit Regierung und Unternehmern koalieren. Das Problem ist, daß die Arbeiterbewegung bei uns so schwach ist, daß die Herrschenden praktisch an einer solchen Zusammenarbeit gar nicht interessiert sind. Das ist die paradoxe Situation bei uns. Andererseits müssen die Gewerkschaften manchmal auch aktiv werden, Streiks proklamieren usw., denn sonst würden sie riskieren, die Kontrolle über die Massen zu verlieren. Das wird auch offiziell von der Gewerkschaftsbürokratie zugegeben. So erklärte der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, während der Streiks im De-

zember letzten Jahres: „Wenn wir das nicht machen, dann machen das die Leute selber. Und die machen das viel radikaler.“

*Statt der erwarteten 20 Millionen haben sich erheblich weniger Menschen an den Massenprotesten vom 29. März beteiligt. Warum sind so viele zu Hause geblieben?*

Unter anderem auch deshalb, weil viele Menschen ziemlich gut verstehen, daß sie mit symbolischen Protesten nichts bewegen können. Zunächst stellte die FNPR auch politische Forderungen, wie den Rücktritt der Regierung. Kurz vor dem 29. März wurden sie jedoch wieder zurückgenommen. Was blieb ist die Forderung nach Auszahlung der Löhne. Mehr noch: die Gewerkschaften taten alles, um eine Radikalisierung der Proteste zu verhindern. Als die Gewerkschaftsbosse während der Moskauer Abschlußkundgebung auf dem Roten Platz eine sehr gemäßigte Resolution verlasen, wurden sie von den versammelten 100000 Menschen ausgepfiffen und niedergeschrien. Es war zu spüren, daß die Basis viel radikaler ist als die Gewerkschaftsführung. Die Folge ist, daß die Menschen weder den Parteien noch den Gewerkschaften trauen, und das ist auch gut so. Sie haben jedoch auch kein Vertrauen in sich selbst, und das ist ein großes Problem. Im Moment laufen in ganz Rußland einzelne Proteste und Streiks, die teilweise recht hartnäckig sind. Sie sind aber nicht koordiniert und lokal begrenzt. Es fehlen politische Kräfte, die den Willen zur Radikalisierung aufgreifen und umsetzen.

*Gibt es solche politischen Kräfte nicht in Rußland? Mir fällt als erstes die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“ (KPRF) des Gennadi Sjukanow ein, der bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 1996 immerhin 40% aller Stimmen erhielt. Im August wurde unter Vorsitz Sjukanows die „Volkspatriotische Union Rußlands“ gegründet, zudem auch der frühere Vizepräsident Alexander Ruzkoi und der frühere sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryschkow gehören. Wird dieses Bündnis radikalere Forderungen aufgreifen?*

Ich würde die Volkspatriotische Union als ein Bündnis zwischen gemäßigten Stalinisten und Teilen des sogenannten Nationalkapitals beschreiben, d.h. einige Unternehmer und Finanzleute, Teile der Betriebsdirektoren, Sjukanows KPRF sowie einige kleinere Parteien. Sie vertritt eine gemäßigte soziale Marktwirtschaft, wobei unklar ist, woher das Geld für die Sozialpolitik kommen soll. Eine Steuererhöhung für Reiche gehört beispielweise nicht zu ihrem Programm. Sie appellieren nicht nur an Arbeiter- und Arbeiterinnen, sondern im Grunde an alle Klassen, an Bürgerliche, Kirchenleute und Nationalkapitalisten, ganz allgemein an Patrioten. Man spricht nicht über eine Vergesellschaftung der Produktion, sondern nur über eine größere Rolle des Staates in der Wirtschaft. Wie die-

se aussehen soll, wird nicht gesagt.

Politisch ist das Programm der Volkspatriotischen Union konservativ bis reaktionär. Man spricht viel über ein russisches Großreich und russische Interessen, einer Verbindung von russischem Patriotismus und sozialer Gerechtigkeit. Bei manchen Führern dieses Bündnisses hört man auch antisemitische Äußerungen.

*Links von Sjukanows Volkspatriotischer Union haben sich im Oktober letzten Jahres verschiedene kommunistische und sozialistische Organisationen zu einer Allianz zusammengeschlossen. Dazu gehören Vertreter der „Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei“ (RKP), der „Russischen Partei der Kommunisten“, der „Russischen Kommunistischen Partei „KPdSU“, die „Union der Offiziere und Teile des Werktätigen Rußlands“. Können sie systemoppositionelle Forderungen einer sich radikalisierenden Basis aufgreifen?*

Diese Gruppe versucht seit längerem, parallel zu Sjukanows KPRF eine große kommunistische Partei aufzubauen. Dieser Prozeß ist noch im Gang. Es ist noch nicht klar, wie das einmal aussehen wird. Drei größere Gruppen innerhalb dieses Bündnisses sind in ihrem Wirtschaftsprogramm radikaler als die KPRF und fordern eine Rückkehr zum staatlichen Planungssystem. Andere sprechen von einer gemischten Ökonomie, in der der Staat die entscheidene Rolle einnimmt. Auch im politischen Bereich existieren unterschiedliche Vorstellungen. Einige sprechen von der Wiederherstellung des Sowjet-Systems, andere möchten dies mit einem demokratischen Pluralismus verbinden. Das Problem ist, daß keiner dieser Gruppen internationalistisch orientiert ist. Man kann auch von den Führern dieser Gruppen mehr oder weniger eindeutige antisemitische, russisch-patriotische Aussagen hören.

*Am 1. Mai werden die nächsten Großdemonstrationen stattfinden. Wer wird auf die Straße gehen?*

In den letzten Jahren wurden in Moskau zwei größere 1. Mai-Demonstrationen durchgeführt: die eine von der KPRF zusammen mit anderen stalinistischen Gruppen, die andere vom Gewerkschaftsbündnis FNPR. Als wir heute bei der Moskauer Stadtverwaltung unsere kleine libertäre Demonstration anmelden wollten, wurde dies mit der Begründung abgelehnt, daß in diesem Jahr nur eine einzige 1. Mai-Demo stattfinden soll. Die Faschisten haben übrigens erklärt, daß sie am 1. Mai nicht auf die Straße gehen wollen. Die Anmeldefrist ist jedoch noch nicht abgelaufen, und wir werden sehen, was passiert.

Wir Anarchosyndikalisten werden jedenfalls am 1. Mai mit eigenen Flugblättern dabei sein, auf denen wir aktive revolutionär ausgerichteten Gewerkschaften fordern werden sowie eine automatische Angleichung aller Löhne und Sozialleistungen an die Inflationsrate.

## Was gibt's links von der Sozialdemokratie

Was wird bei Frankreichs Parlamentswahlen links von der Sozialdemokratie geboten: Die Kommunistische Partei (Parti Communiste Francais, PCF), die bei den letzten Wahlen (März 1993) 9,2 Prozent erhielt, wird in den Umfragen bei 10 Prozent gehandelt. Die Partei bereitet sich darauf vor, im Fall einer möglichen Mehrheitsbildung mit den Sozialisten und anderen Linksparteien (Grünen, Linksliberalen und der linksnationalistischen „Bewegung der Citoyens“ MDC) Ministerämter in einer gemeinsamen Regierung zu übernehmen.

In ihr Wahlprogramm hat die PCF „fünf große Achsen“ aufgenommen, darunter die Hebung von Kaufkraft und Beschäftigung, die „Umwidmung des Geldes für Beschäftigung und Entwicklung (statt die Finanzmärkte)“ und eine „Republik der Bürgerrechte und Transparenz“. Zu den konkreten Forderungspunkten zählen insbesondere die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns SMIC, der derzeit 6.406 Francs (etwa 1.950 DM) im Monat beträgt, „um 1.000 Francs (300 DM) ab Juli 97“ und später um 1.500 Francs sowie die Erhöhung der unteren Lohngruppen. 1,5 Millionen Arbeitsplätze sollen binnen zwei Jahren – davon 700.000 für Jugendliche – geschaffen werden (die Sozialistische Partei, Parti Sozialiste, ihrerseits verspricht 700.000 für die Jugend), vor allem durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden und die Rente ab 55 Jahren „für Frauen und Beschäftigte mit harten Arbeitsbedingungen“. Im Kapitel Bürgerrechte sollen den Lohnabhängigen „neue Mitspracherechte“ eingeräumt werden, darunter ein Mitspracherecht für Investitionsplanungen und ein Votorecht gegen Entlassungspläne; die repressiven Ausländergesetze der Innenminister Pasqua (1993) und Debre (1997) sollen abgeschafft werden. Schließlich spricht die PCF sich für eine Neuverhandlung der europäischen Abkommen zugunsten eines „sozialen Europa des Fortschritts“ aus.

Links neben der PCF bestehen die revolutionär-marxistischen Organisationen der extreme gauche (radikalen Linken). Die beiden größten unter ihnen kandidieren jeweils in einem Teil der Wahlkreise: die LCR und LO. Obwohl beide Formationen sich als theoretische Grundlage auf den Trotzkismus beziehen, haben die LCR und LO eine völlig unterschiedliche, ja gegensätzliche Strategie und politische Kultur.

Traditionell nach eigenen Angaben „auf der Straße und in den Bewegungen stärker als in Wahlen“, ist die LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire) intensiv in den sozialen Bewegungen etwa im Antifaschismus-, Immigranten- und Frauenbereich aktiv. „Die Liga“ hat bisher in 150 (von insgesamt 577) Wahlkreisen Parlamentskandidaten aufgestellt – ursprünglich, für eine Wahl im März 1998, waren 250 Kandidaturen geplant –

und tritt unter dem Listennamen „A gauche vraiment“ (Wirklich nach links) und dem Slogan „100% à gauche“ (100% links) an. Anfang des Jahres, im Zuge der Vorwahl-Verhandlungen zwischen verschiedenen Kräften der Linken aus denen die Wahlbündnisse der Sozialdemokratie mit Grünen und Linksliberalen einerseits sowie PCF und MDC andererseits hervorgingen), hatte die LCR einen 10-Punkte-Vorschlag für ein „Bündnis der Hoffnung“ an die gesamte übrige Linke adressiert. Demnach sollten zu gründende Basiskomitees, bestehend aus Mitgliedern der unterschiedlichen Linksparteien wie auch von Gewerkschaften und Initiativen sowie sozialen Bewegungen, ein Linksbündnis begleiten und, eine „Einheitsdynamik“ entfachend, ein Gegengewicht zur Regierungs- und Apparatelinken bilden. Die großen Parteien der Linken gingen darauf (wie von den Urhebern des Vorschlags erwartet) nicht ein, aber in vielen Städten wurde durch Aufrufe zu einem Bündnis – oft von zahlreichen PS- und PCF-Mitgliedern mitunterschrieben – erheblicher Druck auf die etablierten Linkskräfte entfaltet.

Die LCR-Mehrheit (sie repräsentierte auf dem Kongress im November 1996 rund 67 Prozent der Organisation) analysiert heute, daß ihre Erwartung bei Antritt der sozialistisch-kommunistischen Regierungskoalition 1981, wonach sich Teile der Basis von PS und PCF enttäuscht abwenden und nach links radikalisieren würden, nicht erfüllt hat. Im Gegenteil machte die rasch einsetzende Ernüchterung über die Regierungsbilanz der Linken und die nicht eingetretenen sozialen Verbesserungen ab 1983 zum Durchbruch der extremen Rechten unter Le Pen den Weg frei. (Daher die Analyse der LCR, „eine flauie Linke“, die das Bestehende nur verwaltet, könne „Le Pen nicht schlagen“.) Die LCR-Mehrheit zieht daraus heute die Konsequenz, daß man bei einer Sammlung der Linken heute dabei sein müsse – denn wenn man „absichtlich stehenbleibe“, könne man nicht darauf hoffen, auf von der Regierungslinken enttäuschte Anhänger Einfluß zu nehmen. Eine Minderheitsströmung unter dem Namen „Tendenz R“ (R für Revolution, 18,3 Prozent auf dem letzten Kongress) wirft der Mehrheit jedoch Überlaufen zu reformistischen Positionen sowie das

NON A L'ASSOCIATION CAPITAL-TRAVAIL



„Schüren von Illusionen“ in die etablierten Linksparteien vor und propagiert den „Aufbau einer revolutionären Partei“.

Eine gänzlich andere politische Kultur als die LCR praktiziert die sehr traditionalistisch auftretende und auf einen sehr klassischen Proletariats-Begriff fixierte Formation LO (Lutte Ouvrière, Arbeiterkampf). LO lehnt zunächst einmal jede Bündnispolitik gegenüber Kräften ab, die in den Augen der Organisation nicht die proletarischen Interessen vertreten – und steht daher häufig abseits der oppositionellen Bewegungen. Die große Streikbewegung der öffentlichen Dienste im Herbst 1995 bewertete LO sehr zurückhaltend, da die „eigentliche“ produzierende Arbeiterklasse im privaten Sektor damals kaum in Bewegung gekommen war – und warf der LCR eine „übergröße Euphorie“ über die soziale Bewegung gegen die „Reform“ des Sozialversicherungssystems vor. Der Hauptdissenspunkt zwischen den beiden Organisationen, der derzeit zu reger Artikelaktivität Anlaß gibt, ist indes die Frage des Antifaschismus und des antirassistischen Kampfes. Während dieser für die LCR zu den vordringlichen politischen Aufgaben der Revolutionäre gehört, stellt er für LO nur eine Ablenkung vom wahren Klassenkampf dar. So blieb Lutte Ouvrière von der Mobilisierung gegen das Ausländergesetz von Innenminister Debre im Februar 1997 (mit der Pariser Großdemonstration von 100.000 bis 150.000 Menschen am 22. 2.) ebenso fern wie von der Strasbourger Mobilisierung gegen den Kongress des rechtsextremen Front National am 29. März. Ausnahme bildete eine Minderheitsfraktion im LO, die sich Ende der 80er Jahre (auf Grundlage einer unterschiedlichen Analyse der UdSSR) konstituiert hat und die an der Pariser Demo am 22. Februar teilnahm – LO hatte ihr dabei sowohl die Verwendung des Organisationsnamens auf ihrem Transparent als auch den Verkauf der gleichnamigen Zeitung verboten. Im Falle der Anti-Debre-Mobilisierung geißelte LO-Gallionsfigur Arlette Laguillier öffentlich die Urheber der Petitionen für den zivilen Ungehorsam als „kleinbürgerliche Intellektuelle, die vom wirklichen Leben der Arbeiter einschließlich der meisten Immigranten keine Ahnung haben“.

Bernhard Schmid, Paris

## Herri Batasuna und die spanische Staatsmacht

Wie in den „Politischen Berichten“ 4/97 bereits dargestellt wurde wird dem Vorstandsgremium (der Mesa Nacional) der baskischen Linkspartei Herri Batasuna (Hbs) in Spanien wegen der Verbreitung eines Gesprächsangebotes der ETA, der „Demokratischen Alternative“, der Prozeß gemacht. Die Haftbefehle gegen die Mitglieder der Mesa Nacional von Herri Batasuna brachten zunächst 18 der 24 Basken ins Gefängnis.

Der schwerkranke Jon Idigoras blieb diesmal von einer Haft verschont. Das Mitglied der Mesa Nacional Eugenio Aranburu („Txo“) nahm sich angesichts seiner bevorstehenden Verhaftung am 10. Februar das Leben. Der 41jährige war Aktivist in Herri Batasunas Gewerkschaft LAB und Stadtrat für Herri Batasuna im Rathaus von Mallabia (Bizkaia). Die hiesige Presse erwähnte seinen Tod nicht, lediglich den des Richters am Obersten Gerichtshof Rafael Martinez Emperador, den ein ETA-Kommando ebenfalls am 10. 2. erschoß.

Insgesamt hatte die baskische Linke innerhalb weniger Tage 3 Selbstmorde zu beklagen. Am 7. Februar wurde der Militante Jose Maria Aranzamendi („Katxue“) im Gefängnis von Alcala-Meco tot aufgefunden. Er hatte die unerträgliche Situation als politischer Gefangener nicht mehr ertragen. Einige Monate vorher hatte er sich noch in einem Brief an die baskische Tageszeitung „egin“ über den Terrorismus des spanischen Strafvollzugs beklagt. Außerdem stürzte sich am selben Tag, an dem sich Eugenio Aranburu das Leben nahm, der Kriegsdienstverweigerer Unai Salanueva (22) aus Nafarroa aus dem Fenster der elterlichen Wohnung und starb wenige Stunden später. Er war wegen seiner Verweigerung im Gefängnis und befand sich gerade auf Hafturlaub zu Hause; sein Vater Jon Salanueva ist in der Hbs-Gewerkschaft LAB aktiv.

Die vier übrigen Mitglieder der Mesa Nacional, nämlich Mati Iturrealde, Karmelo Landa, Jose Luis Elkoro und Joseba Alvarez, entgingen zunächst der Verhaftung, indem sie nach Belgien reisten und ab dem 17. Februar als Delegation Herri Batasunas im Ausland fungierten. Sie berichteten in 8 Staaten über die Situation der baskischen Linken und sprachen vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf. In Bonn trafen Mati Iturrealde und Karmelo Landa mit den PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Winfried Wolf zusammen. Am 11. April kehrten die vier Hbs-Politiker ins spanische Baskenland zurück. Sie wurden direkt bei der Einreise an der spanischen Grenze verhaftet.

Schon kurz darauf, am 14. April, entschied der Oberste Gerichtshof Spaniens

die Kaution für die 18 bereits länger inhaftierten Mitglieder der Mesa Nacional von Hbs von 5 Millionen Peseten auf 500 000 Peseten (ca. 6000 DM) pro Person zu senken, da kein Bestreben mehr anzunehmen sei, das Erscheinen vor dem Untersuchungsrichter zu umgehen. Den Mitgliedern der Mesa Nacional wurde aber auferlegt, sich am 1. und 15. jeden Monats am Untersuchungsgericht ihres Wohnsitzes einzufinden. Die Kaution für Iturrealde, Landa, Elkoro und Alvarez blieb zunächst bei 5 Millionen Peseten bestehen. Die provisorische Leitung Herri Batasunas entschied sich jetzt ohne Zögern dafür, die Kaution für alle 22 inhaftierten Mitglieder der Mesa Nacional zu bezahlen. Und so verließen die „Mahai-kideak“ am 16. 4. sämtlich die Gefängnisse. Der Sprecher der Mesa Nacional Floren Aoiz führte nach seiner Haftentlassung aus: „In den Gefängnissen werden die Menschenrechte täglich verletzt, man unterzieht die baskischen politischen Gefangenen einer vollständigen Ausnahmebehandlung, weswegen gegenwärtig über 100 von ihnen im Hungerstreik sind; zur Zeit sind über 550 linke Basken in spanischen Gefängnissen.“

In ihrer langjährigen Auseinandersetzung mit der spanischen Staatsmacht hatte die baskische Linke vor kurzem einen Teilerfolg zu verbuchen: Am 22. April sprach das Nationalgericht den Chefredakteur der Recherche-Abteilung der baskischen Tageszeitung „egin“, Pepe Rei, von der Anklage der „Kollaboration mit bewaffneter Bande“ frei. Die Anklage basierte darauf, daß Unterlagen aus der Nachrichtenredaktion des „egin“ in die Hände der ETA gekommen seien.

Manfred Ostrowski, Köln



**Staat mordet MRTA-Kommando**

**Peru**

Mehr als 4 Monate nach der Besetzung der japanischen Botschaft in Lima, mit der die Freilassung zahlreicher MRTA-Gefangener erreicht werden sollte, hat ein Spezialkommando des peruanischen Militärs das MRTA-Kommando ermordet. 14 Personen wurden mehrheitlich exekutiert, z.T. auch dann noch, als sie bereits die Übermacht des Gegners anerkannt hatten. Das ist nicht einmal mit internationalem Kriegsrecht und der Genfer Konvention in Übereinstimmung zu bringen.

Es ist „ein Verbrechen des terroristischen Regimes Alberto Fujimori, durchgeführt in Komplizenschaft mit der japanischen und nordamerikanischen Regierung“, wie die MRTA in einem Kommuniqué schreibt. „Mit der Ermordung Comandantes Nestor Cerpa Cartolini und der Mitglieder des Kommandos Edgar Sanchez will das völkermordende Regime Fujimoris unser Volk und die internationale Öffentlichkeit davon überzeugen, daß sie noch einmal der revolutionären Tupac Amaru Bewegung ein Ende gesetzt haben.“ Sie schwören, den Kampf fort-

zusetzen: „Wir ... bestärken uns in der Entscheidung weiter zu kämpfen, für eine Gesellschaft in Frieden mit sozialer Gerechtigkeit.“

Die Stürmung der Botschaft wird in den Medien als alleinige Entscheidung des peruanischen Präsidenten dargestellt; gleichwohl beeilten sich alle westlichen Länder, „mit Erleichterung“ auf das Ende der Besetzung zu reagieren. Ihre Geburtstagsgäste waren meist bereits kurz nach der Besetzung – voreilig? – freigelassen worden. Monatelange Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, da die peruanische Regierung auf die Forderungen nicht eingehen wollte. Die USA gaben technische und Ausbildungshilfe für das Sturmkommando.

Die MRTA wollten die Haftbedingungen in Peru thematisieren und ein Ende der Einkerkерung erreichen. Der Europavertreter der MRTA erklärte, die Besetzungsaktion habe nicht zum Ziel gehabt, die Geiseln zu töten. Dies wäre wohl auch noch zum Zeitpunkt der Erstürmung der Botschaft (technisch) möglich gewesen – es ging um die Verbesserung des Los der Gefangenen, die dieser Gruppe zugerechnet werden.

Bereits erneut ist Amnesty international in großer Sorge um José L. Bazán, einen ehemaligen Agenten des Militärgeheimdienstes „Servicio de Inteligencia del Ejército“ (SIE), der möglicherweise gefoltert wird. Bazán wurde am 11. April 1997 von der Polizei verhaftet und anschließend in eine nicht näher benannte Militäreinrichtung in Lima gebracht. Ihm droht offenbar die Anklage wegen Fahnenflucht. Seiner Verhaftung voraus ging eine auf seinen Angaben basierende Veröffentlichung im peruanischen Fernsehen über eine als „Grupo Colina“ bekannte Todeschwadron. Dieser Todeschwadron sollen SIE-Mitglieder angehören. Bazán Aussagen im Fernsehen erfolgten im Zuge der Berichterstattung über die Folterung von Leonor La Rosa Bustamente und die Ermordung von Mariela Lucy Barreto Riofano, beide ebenfalls Agentinnen des SIE. Nach einem am 13. 4. 97 von der peruanischen Tageszeitung „La República“ veröffentlichten Artikel hatte Bazán vor zwei Jahren Einzelheiten über die Umstände des Massakers vom November 1991 in Barrios Altos in Lima mitgeteilt. Damals waren dort 15 Männer, Frauen und Kinder bei einem Fest niedergeschossen worden. Viele haben das Blutbad der „Grupo Colina“ angestellt, aber die Verantwortlichen sind nie vor Gericht gestellt worden. Mit der gewaltsam beendeten Botschaftsaktion der MRTA ist die Hoffnung auf Haftleichterungen oder gar Freilassung von Gefangenen in weite Ferne gerückt. mc

**Letzte Meldung:** Die Bundesregierung hat nun von Hamburg gefordert, dem dort lebenden Europasprecher der MRTA Isaac Velazco die politische Betätigung zu verbieten. Velasco lebt seit 1994 in Hamburg und hat dort als Folteropfer Asylrecht.

## England: Parlamentswahlen und Position der Linken

Links von der Labour-Party beteiligen sich bei den englischen Parlamentswahlen drei linke Parteien. Neben der traditionellen „Kommunistischen Partei“ (KP) treten die „Sozialistische Labour Partei“ (SLP) des Bergarbeiterführer Arthurs Scargills und die noch recht neue „Sozialistische Partei“ (SP) an. Die KP tritt wie bisher bei Wahlen für eine Kandidatur von Labour ein. Nur in drei Wahlkreisen stellt sie eigene Kandidaten auf. Die KP begründet ihre Unterstützung der Wahl von Labourkandidaten damit, daß unbedingt ein sechster Wahlsieg der Konservativen verhindert werden muß, das würde das endgültige Ende der englischen Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Zwischen den drei linken Organisationen gibt es vereinzelt gemeinsame Aktionen. Die SP, die aus der ehemaligen „Militant-Tendency“ der Labour-Party herkommt, hat noch die meisten Berührungs punkte mit der KP. Mit der SLP Arthur Scartgills gibt es größere Probleme. Sie lehnt jede Unterstützung von Labour ab und tritt in 50 Wahlkreisen mit eigenen Kandidaten an. Zentrale Themen für die Linke sind ihr Verhältnis zu Europa. Bei allen Parteien gibt es eine Ablehnung der europäischen Einheitswährung „Euro“.

## Tschechische Republik: Jüdische Organisationen fordern sofortige Wiedergutmachung

Die jüdischen Organisationen in der Tschechischen Republik haben die Bundesregierung aufgefordert, sofort und direkt die tschechischen Opfer der deutschen Besatzung zu entschädigen. In einer Stellungnahme der „Förderation der jüdischen Gemeinden“ und der „Theresienstadt-Initiative“ heißt es, sie unterstützen zwar die deutsch-tschechische Erklärung, aber man sei tief enttäuscht darüber, daß der Text der Deklaration mit keinem Wort die 80.000 von den Deutschen ermordeten böhmischen und mährischen Juden erwähne und daß die Erklärung in keiner Weise auf die Forderungen nach einer individuellen Entschädigung für die Opfer eingegangen sei. Daher hätten die Vertreter der jüdischen Organisationen beschlossen, Präsident Havel nicht nach Bonn zu begleiten.

## Karge Anklage gegen Fritz Gary Siemund

Fritz Gary Siemund kann von der Staatsanwaltschaft Wiesbaden in seinem offenen Verfahren allein wegen „unerlaubtem Besitz von Expositivstoffen“ angeklagt werden, wie am 17.4.97 bekannt wurde. Deutsche gerichtliche Quellen machten klar, daß die deutsche Strafgesetzgebung nicht die Möglichkeit vor-

*Mit einer großen Kundgebung feierte das Movimento Sem Terra (MST), die brasilianische Bewegung für Landreform, den Abschluß eines zweimonatigen Protestmarsches quer durch Brasilien. Es wurde eine der größten Protestkundgebungen gegen die Regierung Cardoso. Der MST organisierte den zweimonatigen Sternmarsch auf Brasiliens Hauptstadt in Erinnerung an ein Massaker an 19 Landbesetzern, das vor einem Jahr in Nordbrasiliens*



*stattfand und das bis heute nicht aufgeklärt wurde. Die Bewegung für Landreform fordert, daß die Regierung bis Ende 1998 750.000 Familien auf nicht genutzten Ländereien ansiedeln läßt. Nach wie vor besitzen in Brasilien 1% der Landbesitzer etwa die Hälfte des registrierten Ackerlandes – so ungleich sind die Landbesitzverhältnisse sonst nirgendwo in ganz Südamerika.*

sieht, deutsche Staatsangehörige dafür zu verurteilen, Teil einer bewaffneten Organisation im Ausland zu sein. Momentan analysiert die Staatsanwaltschaft, welche Anklagepunkte Siemund zugeschrieben werden können, den die spanische Polizei mit dem „Kommando Madrid“ der ETA in Verbindung bringt, nachdem seine Spuren in einer Wohnung aufgegebenen Wohnung in Madrid gefunden worden sind. Obwohl im ersten Augenblick spanische Regierungsquellen darauf bestanden, Siemund und seine Begleiterin Schubert als „Söldner“ zu bezeichnen, ist Fritz Siemund der Sohn eines Wiesbadener Unternehmers, und auch seine Begleiterin gehört einer versorgten Familie an. Ihr Vater ist ein hoher Beamter der Bundesbank. (Quelle: baskische Zeitung „Egin“ vom 19.4.97)

## Trauerfeiern für Gernika

Der deutsche Bundespräsident Roman Herzog hat anlässlich einer Trauerfeier in Gernika (spanisch: Guernica) zum Gedenken an die Zerstörung der Stadt vom deutschen Botschafter in Spanien ein „Grußwort“ verlesen lassen. Darin bedauert er die „schuldhafte Verstrickung deutscher Fliegersoldaten“ in den Massenmord vor 60 Jahren. Am 26. April vor

60 Jahren wurde die baskische Kleinstadt Gernika durch einen dreieinhalbständigen Bombenangriff vernichtet. 1654 Menschen wurden getötet, 889 verletzt.

Täter waren die deutsche Legion Condor und italienische Militärs, die die putschenden Generäle Mola und Franco im spanischen Bürgerkrieg unterstützten. Vier Tage nach dem Angriff schrieb der Stabschef der Legion Condor, Oberstleutnant Wolfram Freiherr von Richthofen in sein Tagebuch: „Guernica, Stadt von 5000 Einwohner, buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht ... ein voller technischer Erfolg ... einfach toll.“

Nach dem Ende der Franco-Diktatur bemühte sich ein „Gernika-Kommission“ um eine Versöhnungsgeste der deutschen Bundesregierung. Die Bundesregierung wollte sich aber nicht zu sehr mit dem deutschen Mördern „verstricken“ lassen und wollte ein Berufsbildungszentrum mit finanzieren. Aber schon das war wohl zu viel „Verstrickung“. Mit der fadenscheinigen Begründung, daß die Haushaltsslage angespannt sei, wurde das Projekt im September 1995 gestoppt und statt dessen 3 Mio. DM für einen Sportplatz zur Verfügung gestellt.

Die Bundestagsfraktionen von Bündnis 90 und SPD forderten zum Gedenken an die Bombardierung am 25. April 1997 eine Sondersitzung des Bundestages. Die Mehrheit der CDU/CSU/FDP-Fraktion lehnte dies aber ab. Bundestagspräsidentin Süßmuth kommentierte dazu lakonisch: Man könne „nicht jeden Jahrestag begehen“.

Wie weit aber die „Verstrickung“ der deutschen Legion Condor mit der deutschen Bundeswehr bis heute geht, zeigte eine Veranstaltung in Hannover: Dort kritisierten Vertreter der spanischen Organisation „Vereinigte Linke“ und der dortige PDS-Kreisverband, daß man auf dem Fliegerhorst der Bomberpiloten in Wunsdorf noch immer an den Traditionen der Legion Condor festhalte.

## Albanien: Selbsternannter König wird ausgebuht

Seinen Auftritt in Albanien hatte sich König Leka I sicher anders vorgestellt. Als er in der vergangenen Woche in der südalbanischen Hauptstadt Vlora auftauchte, wollte er sich an die Spitze einer monarchistischen Bewegung stellen, die Albanien wieder in die Zeiten des Königs Zogu führen sollte. Anders ist es aber gekommen. 3000 Schaulustige sahen sich eine Weile den Einzug des weltweit bekannten Waffenhandlers an, dann hatten sie genug. Parolen gegen den albanischen Noch-Präsidenten Berisha und gegen Leka I wurden immer lauter, so daß er nach einer halben Stunde fluchtartig Vlora verlassen mußte unter einem Stein- und Hagel, der auf seine gepanzerte Limousine niederprasselte.

Zusammenstellung: hav

## Xtausendmal quer in Ahaus

AHAUS. In dem im Westmünsterland gelegenen Ahaus steht eine Lagerhalle für abgebrannte Atombrennelemente. Eine Erhöhung der Kapazität des Lagers, das in seiner Art alleine mit dem in Gorleben vergleichbar ist, auf 4200 t ist bereits beantragt, die Genehmigung dafür ist dieses Jahr zu erwarten. Der Bau einer weiteren, deutlich größeren Lagerhalle für schwach- und mittelradioaktive Abfälle ist genehmigt. Hier darf der Atommüll dann auch weiterverarbeitet werden. Da das wohl noch nicht reicht, ist geplant, noch eine dritte Lagerhalle für Brennelemente zu bauen. Und es existieren Pläne, in der Halle für schwach- und mittelradioaktive Abfälle ebenfalls Brennelemente zu lagern. Weiter sollen Brennelemente aus verschiedenen Forschungsreaktoren sowie hochangereichert atomwaffenfähige Brennelemente, wie sie im FRM II in Garching verwendet werden, in der 1. Halle gelagert werden dürfen. In Ahaus wächst ein riesiges, eventuell das größte Atommüllzentrum Deutschlands.

Um den Widerstand in Ahaus gegen die CASTOR-Transporte in das Brennelementzwischenlager schon vor dem Transporttag deutlich zu machen, bereiten die BI „Kein Atommüll in Ahaus“ und die UWGjugend für den 30.4.–4.5. eine Mahnwache vor. Zum Auftakt wird u.a. ein „Umsonst und Draußen“ Rockkonzert mit 7 Bands am 30.4. ab 18 Uhr stattfinden. Für den 1. Mai ist ab 10 Uhr ein Maifestival mit anschließender Zeltparty geplant. In den folgenden Tagen finden Workshops, eine Fackelzugdemo und am Samstag eine Jam Party statt. Abgeschlossen wird die Mahnwache am Sonntag ab 15 Uhr mit einem Forum. „Den CASTOR stoppen, bevor er losfährt!“ (Quelle: Flugblatt des AK Wesermarsch)

### Abschiebungen stoppen ! Solidarität mit Hungerstreik von Flüchtlingen !

KARLSRUHE. Seit 9.4. befanden sich 13 Abschiebegefangene, vorwiegend aus Algerien, in der JVA Rottenburg in einem unbefristeten Hungerstreik. Die Flüchtlinge, deren Asylanträge abgelehnt sind, verlangen Ausreise in ein Drittland. In ihrer Heimat drohen ihnen laut Amnesty International und Pro Asyl Verhöre, Folterungen und Haft. Die PDS fordert Innenminister Thomas Schäuble dringend auf, seine harte Linie in dieser Sache aufzugeben und zumindest für eine Frist von sechs Monaten diese Abschiebungen auszusetzen. Nach Erhebungen der UN-Menschenrechtskommission in Genf, ist Algerien derzeit das Land mit der höchsten Zahl an gewaltsam ums Leben gekommenen Bürgerkriegstoten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl.

Ab Mai sollen laut Innenministerbeschuß auch in Baden-Württemberg verstärkt bosnische Flüchtlingsfamilien ab-

geschoben werden. Gleichzeitig werden erneut rassistische Stimmungen bedient, die Flüchtlinge als Kriminelle und „Sozialschmarotzer“ behandelt sehen wollen. Die Strafvollzugsbeauftragte der Grünen besichtigte den Rottenburger Knast und forderte danach die Schaffung eines Beirats für Abschiebeflüchtlinge. Der Hungerstreik wurde am 18. April beendet, nachdem das Innenministerium zugesagt hatte, noch einmal alle Anliegen „individuell im Rahmen der allgemeinen Sprechstunden des Ausländeramtes“ zu prüfen. Das hinderte das Innenministerium allerdings nicht, am 25.4. einen 36jährigen Algerier, der sich am Hungerstreik beteiligt hatte, abzuschieben.

### Demo gegen den §218 und den bayerischen Sonderweg in Passau

SCHWEINFURT. Aufgerufen hatten feministische Juristinnen Passau, FAntifa Passau, AsF Passau, Frauen bei den Grünen Passau und verschiedene autonome Frauengruppen. Leider fanden sich nur ca. 150 Frauen und Männer ein, um gegen den § 218 und vor allem gegen die Verschärfung dieses Paragraphen durch die bayerischen Sondergesetze zu demonstrieren. Die Entscheidung als Ort für die Demo Passau zu wählen, sei aus der schwierigen Situation in der Stadt und im Umland entstanden, erklärte die Veranstaltungsleiterin. Offiziell gäbe es kei-

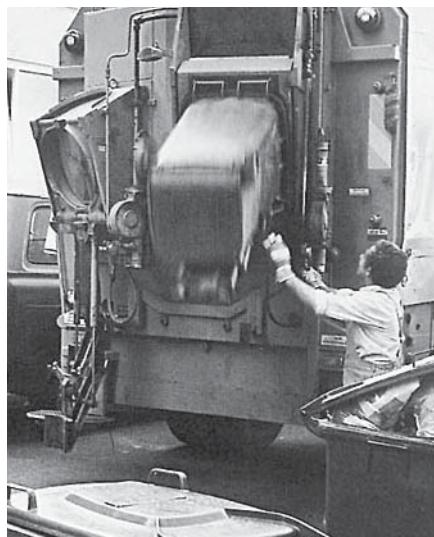
ne ÄrztInnen in Stadt und Umland, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, das Beratungsangebot werde von kirchlichen und staatlichen Stellen bestimmt, und die Caritas hätte jetzt auch noch gedroht aus der Beratung auszusteigen. Passau sei damit „abtreibungsfreie Zone“ und die Frauen müßten mindestens 100 km fahren, um einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen zu lassen. Sollten die bayerischen Sondergesetze zum 1.7.97 in Kraft treten, werde sich die Situation in ganz Bayern massiv verschärfen, deswegen sei jetzt massiv Widerstand von nötig.

Es sprachen Fr. Peters, Landtagsabgeordnete der SPD, eine Vertreterin der feministischen Juristinnen Passau, eine Vertreterin des FAntifa Plenums und Dr. Freundemann, Gynäkologe mit eigener Ambulanz in Nürnberg, in der ein großer Teil der Schwangerschaftsabbrüche in Bayern durchgeführt wird, einer der Ärzte, die gegen die beiden Sondergesetze klagen. Dr. Freundemann betonte, daß der Widerstand gegen die bayerischen Sondergesetze außerordentlich wichtig sei, da sie ein Probelauf für eine Verschärfung der Bundesgesetze seien. *anb*

### „Marschiert wird auf jeden Fall!“

KÖLN. So tönt das Nationale Infotelefon Rheinland nach dem Verbot des geplanten Naziaufmarsches am 1. Mai in Leipzig. Rechtliche Schritte seien eingeleitet, heißt es weiter, man wolle durch alle Instanzen gehen, Ausweichmöglichkeiten wären auf jeden Fall gegeben. Die „Kameraden“ würden rechtzeitig informiert. Der sächsische Verfassungsschutz scheint auch nicht von einem Aufrechterhalten des Verbots auszugehen, berichtet das Bündnis gegen Rechts in Leipzig. Die Polizei beruhigt die Bevölkerung Leipzigs bereits mit Pressemitteilungen und der Oberbürgermeister der Stadt wünscht sich für den 1. Mai „schönes Wetter“ und „nur 500 Teilnehmer bei der NPD-Veranstaltung“. Die Leipziger Antifaschistinnen und Antifaschisten bereiten sich daher weiter auf eine Gegendenstration am 1. Mai vor, auch wenn diese – nach altbewährter Manier – gleich mitverboten wurde. Ziel ist es, nach Möglichkeit den geplanten Aufmarsch doch noch zu verhindern oder zumindest durch größtmögliche Präsenz zu behindern. Genehmigt ist lediglich die DGB-Kundgebung für Sachsen mit erwarteten 40.000 Teilnehmern, die allerdings auch ganz im Zeichen der Verhinderung eines rechtsradikalen Aufmarsches stehen soll. So ist eine Menschenkette um den Innenstadtring von Leipzig geplant, „um die Stadt symbolisch vor den Rechten zu schützen“.

Im vergangenen Jahr hatte die JN für Nürnberg vor die Bundesanstalt für Arbeit mobilisiert und nach dem Verbot dieses Aufmarsches dann in Berlin demonstriert. Auch dort planen AntifaschistInnen Gegenaktivitäten. *u.b.*



KÖLN. Der Widerstand der Müllwerker war vorerst erfolgreich: Der Unterbezirksvorstand der SPD hat dem Konzept des Oberstadtdirektors eine klare Absage erteilt, nachdem die Müllwerker nach zahlreichen Demonstrationen in den letzten Wochen aktiv Unterschriften gegen die Privatisierung sammeln und Unterschriftenlisten an vielen Stellen auslagen, z.B. beim Bäcker um die Ecke. Die Grünen waren strikt dagegen und in der SPD muß die Hölle los gewesen sein. Zahlreiche SPD-Stadtbezirke haben sich deutlich gegen das Konzept der Privatisierung ausgesprochen. *jöd*

## Die Türkei ist heute kein Urlaubsland!

**MEMMINGEN.** Bundesweit wird derzeit von einem breiten Bündnis auf Plakaten zu einem Boykott der Türkei als Urlaubsland aufgerufen. An mehreren Orten haben deutsch-kurdische Solidaritätsgruppen mit Info-Ständen die Argumentation des Plakats unterstützt. In Augsburg z.B. kann man an der kleineren Art, mit der die Plakate abgerissen worden sind, die Wut der Gegner erkennen. In Friedrichshafen, wo der Info-Stand von etlichen Kurden und Deutschen durchgeführt wurde, hielten sich die türkischen Faschisten zurück. Nachfolgend drucken wir den Bericht der Gruppe ab, die die Aktion in Memmingen durchgeführt hat.

Der Infostand am 18.4.97 in der Memminger Fußgängerzone zum Thema „Bojkott der Türkei als Urlaubsland“ wurde über die Gruppe Kurdistan-Solidarität Oberschwaben-Allgäu bei der Stadt Memmingen angemeldet und von dem zuständigen Amt genehmigt. Als wir um ca. 13.45 Uhr in die Fußgängerzone kamen, waren an der Stelle, an der wir den Stand angemeldet hatten, schon auffällig viele Grüppchen von Türken anwesend.

Wir (drei Personen) konnten unseren Stand ungestört aufbauen. Er bestand aus einem Tapeziertisch, auf dem wir Flugblätter sowohl zum Urlaubsboykott als auch zu Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ausliegen hatten, und aus einer großen Stellwand mit Plakaten, auf denen Bilder vom Krieg in Kurdistan Urbausreklamebildern gegenüberstanden. Gleich beim Aufbau war ein uns gut bekannter Polizist von der Kriminalpolizei Memmingen anwesend und begutachtete das ausgelegte Material, zwei weitere Zivilpolizisten beobachteten die Situation aus der Entfernung. Die Gruppen türkischer Männer standen noch unauffällig verteilt in der Nähe herum.

Als wir alles hergerichtet hatten und

sich ein paar interessierte Passanten näherten, kamen ca. 15 Türken an den Stand, fragten zuerst, was wir da machen, behaupteten dann, daß das, was wir ausliegen hatten, alles Lügen seien und fingen an Flugblätter zu zerknüllen und zu zerreißen und rissen Plakate vom Infotisch ab. Wir forderten sie auf zu verschwinden und stellten uns, als sie das nicht taten, zwischen sie und den Infotisch. Daraufhin kam es zu Handgreiflichkeiten. Während dieses Handgemenges, das etwa 10 Minuten dauerte, hielten die Türken sich immer wieder gegenseitig zurück, noch ausfallender zu werden. Der Kripomann hatte inzwischen eine Streife angefordert. Als diese dann mit Schlagstöcken bewaffnet kamen, war die tätliche Auseinandersetzung schon wieder vorbei.

Inzwischen waren sicherlich schon 30 bis 40 extrem nationalistische bis faschistische Türken am Platz, und es herrschte eine sehr aggressive Stimmung, all unsere Behauptungen wurden als Lügen bezeichnet. Als einer von uns deshalb eine Liste von Menschenrechtsverletzungen, die vom IHD aufgestellt wurde, laut verlesen wollte, rissen sie ihm diese mit den Worten, er solle nicht so schreien, aus der Hand. In der weiterhin angespannten Situation verständigten wir die Presse. Es kam auch gleich eine Vertreterin der „Memminger Zeitung“ und befragte sowohl uns als auch einen der Türken, von

## Urlaub in der Türkei ist Ihr gutes Recht

Bitte denken Sie nach:

Eine der wichtigsten Einnahmequellen der türkischen Regierung ist der Tourismus. Fast ein Drittel des gesamten Staatshaushalts wird im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung „verpunkt“.

Die türkische Regierung kann nur mit massiver westlicher Wirtschafts- und Militärl Hilfe diesen Ausrottungskrieg

fürführen.

Die Forderungen des kurdischen Volkes nach Demokratie, Gleichberechtigung und Freiheit werden erwiesen mit:

- 68 entvölkerte Dörfer u. Ortschaften
- 78 Morde „unbekannter Täter“
- 196 Morde und durch Folter Getötete
- 115 Tote und 339 Verletzte bei Angriffen gegen Zivilbevölkerung
- 192 Angriffe bei militärischen Angriffen
- 192 in Polizeihaft verend wundene Personen
- 344 verströmte Falle (hohe Dunkelziffer)
- 20.423 Festnahmen ohne Haltbefehl
- 109 Bombenanschläge
- 107 Verbole von Vereinen, Gewerkschäften, Parteien und 134 Durchsuchungen
- 421 verhaftete Publizisten



Deshalb boykottieren Sie die Türkei als Urlaubsland und leisten einen Beitrag für den Frieden in Kurdistan

FORKOM, YEK-KOM, YEK-KAR  
Der Boykottaufruf wird u.a. unterstützt von:  
Dr. Helga Adler (BSPW), Angelika Beer (MBB, Bündnis 90/Die Grünen); Dr.  
Hans-Joachim Böhme (PDS), Dr. Barbara Brinkmann (OCD), Dr. Michael Cramer (OCD),  
POS; Bündnis pö die Grünen, Ulf Brunschwieg, Bündnis90/Die Grünen,  
KV-Wuppertal, DFB-Bundesvorstand; Birte Ulla Jekka (Welt, PDS).

Dr. Olafur Petursson (PPWV), Berlin, Stuttgart (DGB Berlin, PDS), Steffen  
Tippach (MBB, PDS), Dr. Waltraud Wolf (OGB),  
Gesellschaft für bedrohte Völker, Friedenswerkstatt Linz, Wiener SPÖ,  
Friedensbewegung, KPO Wien, Grüne Akademie, Alternativer  
Gewerkschaftsbund, KPO Wien, Grüne Akademie Wien,  
Gewerkschaftlicher Linksblock, Asylkoordinaten Österreich.

dem wir im Nachhinein erfahren haben, daß er der stellvertretende Vorsitzende der Memminger „Grauen Wölfe“ ist.

Nach etwa einer Stunde ebbte die Anspannung etwas ab, die meisten der Türken sind gegangen, und auch die Polizei zog sich bis auf zwei Zivilpolizisten zurück. Wir waren inzwischen zu fünf am Stand. Im Laufe des Nachmittags erschienen ständig wieder Gruppen von türkischen Nationalisten und Nationalistinnen, die provozierten, indem sie uns als ausländerfeindlich beschimpften, den Krieg in Kurdistan und auch die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei total bestritten und immer wieder versuchten Plakate abzureißen. In den ruhigen Phasen, zwischen diesen Hetztiraden, kamen immer wieder Interessierte und ließen sich von uns erklären, um was es uns mit dieser Aktion geht. Allerdings kam es neben all diesen Auseinandersetzungen mit den türkischen Nationalisten auch immer wieder zu Streitereien mit deutschen Nationalisten, die sich über die „Aggressivität der Türken“ aufregten und dumme Sprüche brachten, wie den, daß die Ausländer keine Steuern zahlen würden und nur auf unsere Kosten leben würden. Um 17.30 Uhr bauten wir den Stand unbehindert wieder ab.

Im Nachhinein haben wir erfahren, daß die Moslems an diesem Tag ihr Schlacht- bzw. Opferfest feiern und die meisten der Türken wahrscheinlich direkt aus der Moschee zu unserem Stand gekommen sind.

Aus der Gruppe Kurdistan-Solidarität Oberschwaben-Allgäu, (gekürzt)

### Erklärung zum Hungerstreik der kurdischen Flüchtlinge in Grimma

**LEIPZIG.** Das LKA Sachsen führte am 2. April 1997 eine großangelegte Durchsuchung der Polizei im Asylbewerberheim Bahnen bei Grimma/bei Leipzig mit Terroristsexperten und Spezialeinheiten durch. Über 200 Beamte umstellt gegen 10 Uhr das Heim und drangen in die beiden Häuser ein. Türen und Fenster wurden beschädigt, vier Heimbewohner durch Glassplitter verletzt. Polizisten hielten Kurden ihre Pistole an die Schläfe. Einige mußten sich ausziehen; ein älterer Mann mehrere Stunden nackt auf dem Hof ausharren. Die Festgenommenen wurden in Leipzig intensiven Verhören unterzogen. Sie sollten für eine Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei gewonnen werden.

Am Freitag, den 4.4. fand eine Demonstration der Kurden in Grimma statt, auf der gegen die Razzia protestiert wurde und Flugblätter an die Bevölkerung verteilt wurden. Seit Sonntag, den 13.4., befinden sich 12 der kurdischen Flüchtlinge aus Bahnen in der Grimmaer Frauenkirche und sind in einen Hungerstreik getreten. *Grünes Jugendbündnis Sachsen, KAHINA - Bildungs- und Informationszentrum für den Nahen und Mittleren Osten e.v., AJF Leipzig, Frente, Infosalon Leipzig, Ökologische Linke Leipzig, Klarofix, Fridensweg e.v., Initiative für eine vereinigte Linke, AG Junge GrenossInnen Leipzig, FAU Leipzig, Peter Wasem - stellv.PDS Vorsitzender Leipzig, B12 e.v., Frauenkultur e.v., AZ Barrikade Freiberg, Antifaschistisches Pressearchiv Leipzig, Offenes Antifaschistisches Plenum Leipzig* (Text gekürzt)

## Verurteilung wegen ERNK-Plakaten

MÜNCHEN. Am 14. April 1997 wurde Claus Schreer, Mitglied des Münchener Kurdistan-Solidaritätskomitees von der Staatsschutzkammer des Landgerichts München I wegen des Besitzes von 200 Aufklebern und neun Plakaten mit dem Symbol der ERNK zu einer Geldstrafe von 600 DM (30 Tagessätze à 20 DM) verurteilt. Das Urteil wird vor dem Bundesverwaltungsgericht angefochten.

Das Gericht folgte der von der Staatsanwaltschaft vorgetragenen Anklage, daß die bei einer polizeilichen Hausdurchsuchung am 12. Juli 1996 aufgefundenen Aufkleber und Plakate „vorrätig gehalten“ wurden, um sie „der Verbreitung zuzuführen“. Dies sei ein „Verstoß gegen das Betätigungsverbot der PKK“. Ein Nachweis der Verbreitung wurde vom Gericht als nicht erforderlich angesehen. Anlaß für die bei Mitgliedern des Münchener Solidaritätskomitees durchgeführte Polizeirazzia war damals ein Flugblatt, mit dem zu einer Veranstaltung eingeladen wurde, die zwei Monate vorher stattgefunden hatte. „In dem Flugblatt“, so lautete der Hausdurchsuchungsbefehl, würde „zur Unterstützung der PKK aufgerufen.“

Das Flugblatt enthielt eine scharfe Kritik an der Politik des türkischen Staates, der Unterstützung des „brutalen Vernichtungskriegs gegen das kurdische Volk“ durch die Bundesregierung, der deutschen Waffenlieferungen und der Verbotspraxis gegen kurdische Organisationen in der BRD. Zitiert wurde die Bereitschaft des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, zur sofortigen Beendigung des Krieges und zu Verhandlungen über eine politische Lösung. Der Text endete mit der Feststellung: „... daß die Kurdiinnen und Kurden im Recht sind, wenn sie sich mit dem legitimen Befreiungskampf ihren Volkes identifizieren und ihre Befreiungsbewegung – einschließlich der PKK – unterstützen.“

Im Prozeß ging es jetzt nicht mehr um den angeblich strafbaren Inhalt dieses Flugblatts. Die Staatsanwaltschaft sah sich überfordert und wollte einer politisch inhaltlichen Auseinandersetzung aus dem Wege gehen. Claus Schreer erklärte u.a., daß die polizeistaatliche Verfolgung in der BRD sich immer mehr der Praxis des türkischen Staates und anderer Diktaturen angleiche. Die Verbotsverfügung des Bundesinnenministers schaffe eine Grauzone für Willkürakte des Staatsschutzes, der Polizeikräfte und der Staatsanwaltschaften. Solidarität mit dem legitimen Befreiungskampf des kurdischen Volkes werde zur Straftat erklärt und führe zu Gesinnungsprozessen, die an finstere Zeiten deutscher Vergangenheit erinnern.

aus Münchener Lokalberichte

## Bildung für alle oder Ausbildung nur für Eliten?

HAMBURG. Seit Anfang des Jahres ist das Hamburger Arbeitsamt gehalten, auch bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen an ausländische Studierende auf Bevorrechtigung zu prüfen. Das bedeutet, daß kein ausländischer Studierender eine Arbeitserlaubnis erhält, wenn ein Deutscher, ein EU-Bürger oder ein Ausländer mit besonderem Aufenthaltsstatus diesen Job übernehmen könnte. Von Seiten der Arbeitsbehörde und des Innenministeriums wird damit argumentiert, daß man auf das Problem von 4,6 Millionen Arbeitslosen reagieren müsse. De facto bedeutet dies, daß es ausländischen Studierenden zukünftig nicht mehr möglich sein wird, ein Studium selbstständig zu finanzieren.

Menschen, die nicht aus finanziell abgesicherten Verhältnissen kommen, sind damit von einem Studium in Deutschland prinzipiell ausgenommen.

Diese Bevorrechtigungsregelung ist in einem Bundesgesetz von 1993 festgeschrieben und soll nun über eine hausinterne Abteilungsverfügung des Arbeitsamtes auch in Hamburg durchgesetzt werden. Bezogen wird sich bei der Begründung dieser verschärften Jobvergabepraxis bezeichnenderweise auf das „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ der Bundesregierung, auch als „Sparpaket“ bekannt.

Über ordnungspolitische Maßnahmen und ihre ideologische Begründung werden nun die AusländerInnen zu den Verursachern der hohen Arbeitslosigkeit erklärt. Eine Argumentation, die sich die CDU und die rechtsradikalen Organisationen in Hamburg bereits für den Bürgerschaftswahlkampf zu eigen gemacht haben.

Fast 80 TeilnehmerInnen – ein Großteil von ihnen selbst von der Maßnahme des Arbeitsamtes betroffen – kamen zu einer von der Linken Gruppe im AusländerInnenreferat zum Thema „Bildung für alle oder Ausbildung nur für Eliten“ veranstalteten Podiumsdiskussion. Geladen waren Hüseyin Yilmaz (Leiter der DGB-Zentralstelle für ausländische ArbeitnehmerInnen) und Susanne Amon (Akademisches Auslandsamt); außerdem waren Gäste von der IG Medien und der GEW anwesend.

Die Veranstaltung diente zum einen der Information, zum anderen der Diskussion darüber, wie die Rücknahme der Bevorrechtigungsregelung – auch bundesweit – durchgesetzt werden kann.

Die TeilnehmerInnen und Teilnehmer waren sich einig, daß dieses nur dann geschehen kann, wenn die Studierenden – gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Organisationen – massiven Protest organisieren. Denn eines ist klar: Die Menschen ohne deutschen Paß sind die ersten, die vom Arbeitsmarkt gedrängt werden sollen.

Dieser Politik des „Teile und herrsche“ ist massiv zu widerstehen; gleiche Rechte, Bildung und Arbeit für alle Menschen sind durchzusetzen. Der nächste Termin, wo weitere Schritte diskutiert werden sollen, ist die Vollversammlung der ausländischen Studierenden.

Auf der Veranstaltung wurde dann die folgende Resolution verabschiedet, die den Auftakt für die weiteren Aktivitäten bilden soll:

Seit Anfang März wird ausländischen Studierenden zugemutet, daß sie für einen vermittelten Job erst eine Arbeitserlaubnis erhalten, wenn ausgiebig geprüft wurde, ob nicht ein Deutscher, ein EU-Bürger oder ein Ausländer mit besonderem Aufenthaltsstatus diesen Job übernehmen könnte. Von Seiten der Arbeitsbehörde und des Innenministeriums wird damit argumentiert, daß man auf das Problem von 4,6 Millionen Arbeitslosen reagieren müsse. De facto bedeutet dies, daß es ausländischen Studierenden zukünftig nicht mehr möglich sein wird, ein Studium selbstständig zu finanzieren. Menschen, die nicht aus finanziell abgesicherten Verhältnissen kommen, sind damit von einem Studium in Deutschland prinzipiell ausgenommen.

Für Ausländerinnen und Ausländer ist es ohnehin schwierig genug, die immer höher werdenden Mauern der Festung Europa zu überwinden, um hier zu studieren oder zu arbeiten. Wer einmal hier ist, unterliegt einer immer repressiveren Ausländergesetzgebung, die den Aufenthalt verschärften Bedingungen unterstellt. Für politisch Verfolgte, die Asyl beantragen, gilt, daß sie während eines laufenden Verfahrens grundsätzlich nicht arbeiten dürfen, und Kriegsflüchtlinge haben hier immer einen unsicheren Aufenthaltsstatus, von dem aus ein festes Arbeitsverhältnis nicht eingegangen werden kann. Wer zum Studieren kommt, soll sein Studium schnell und effizient beenden, um noch schneller und noch effizienter wieder das Land zu verlassen. Soziale Auseinandersetzungen werden von herrschender Seite dazu benutzt, Ausgrenzung zu betreiben und die Menschen zu selektieren.

Der Trend dahin, daß nur „sozial Besorgte“ die Universität besuchen können, hin zur Elitenuniversität, trifft nicht nur ausländische, sondern alle Studierende. Dem ist massiver Widerstand entgegenzusetzen! Der Status der Massenuniversität für Ausbildung für alle muß erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden. Allen Menschen muß möglich gemacht werden, sich zu qualifizieren, um an gesellschaftlicher und technischer Entwicklung teilhaben zu können. Voraussetzung dafür ist, daß soziale Absicherung gewährleistet ist.

### Daher fordern wir:

- Abschaffung der Bevorrechtigungsregelung
- soziale Absicherung für alle Studierenden
- und daß sich der diesjährige Dies academicus wissenschaftlich mit den Ursachen der Migration beschäftigt.

Linke Gruppe im AusländerInnenreferat (Universität Hamburg)

## Polizei nimmt Befürworter der Ausstellung fest



FRANKFURT. Am 13. April verhaftete die Polizei die Personalräatin Cornelia W. vor der Paulskirche zum Zeitpunkt der Eröffnung der Ausstellung „Ver- nichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“. Sie befand sich in der Nähe von Bundeswehrsoldaten, die sich öffentlich und in Uniform für die Ausstellung aussprachen. Einer der Soldaten zeigte eine Tafel mit der Aufschrift „DGB-Jugend: Für die Abschaffung der Bundeswehr.“

Die Polizei hatte gegen 10.30 Uhr wegen befürchteter Demonstrationen von Faschisten ein Versammlungsverbot für den Paulsplatz ausgesprochen. Die Soldaten sowie die Kollegin befanden sich jedoch nicht auf dem Paulsplatz, sondern in der Braubachstraße, wo die Soldaten interessierten Journalisten Interviews gaben. Plötzlich stürzten sich Polizeitrupps auf einen Soldaten, rissen ihm die Tafel aus den Händen und verhafteten ihn. Die Personalräatin war über diesen Übergriff völlig verblüfft und wollte von den Polizisten die Tafel der DGB-Jugend wieder zurückbekommen. Diese verhafteten die Kollegin. Auf der Polizeistelle wurde sie erkennungsdienstlich behandelt, der „versuchten Gefangenbefreiung“ sowie des „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ beschuldigt und bis zum Schluß der Eröffnungsveranstaltung in Haft gehalten. Die Polizei verhaftete noch weitere vier Personen, von denen drei ebenfalls zu den Befürwortern der Ausstellung gehörten. Vertreter der HBV und des DGB intervenierten persönlich bei der Polizei für die Freilassung der Gefangenen und protestierten in einer Presseerklärung gegen das undifferenzierte Vorgehen der Ordnungskräfte, die anscheinend die Parolen der Demonstranten nicht lesen konnten.

Die in der Linken oft als informativste Zeitung Frankfurts gerühmte FAZ verschwieg in ihrer Notiz am 14.4.97 die Tatsache, daß es sich bei den Verhafteten bis auf einen um Befürworter der Ausstellung gehandelt hatte. Sie reagierte erst auf die Presseerklärung des Hessischen Journalistenverbandes, der zusätzlich Attacken der Polizei auf Fotografen kritisierte, die die Festnahmen dokumentieren wollten. Aber auch in dem Artikel vom 16.4., als die Presseerklärung von HBV und DGB vorlag, verschwieg die FAZ ihren Lesern die politische Richtung der Festgenommenen. *gst*

## Auftakt zu mehr Einmischung von unten

ESSEN. Mit bestimmt über 150 Teilnehmern gut besucht war die Veranstaltung „Armes - reiches - Essen“ am 17.4.1997 in der Essener Volkshochschule. Die Initiative dazu ging von zwei stadtweiten Zusammenschlüssen aus, dem vom DGB initiierten „Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ und dem Forum soziale Stadt Essen. In diesen Bündnissen beteiligen sich von Gewerkschaften bis Arbeitsloseninitiativen, von Beschäftigungsgesellschaften bis kirchlichen Einrichtungen viele Gruppen, die die Lebensverhältnisse in Essen verbessern wollen.

Ausgangspunkt der Beiträge war die vor kurzem zum vierten Mal vorgelegte Untersuchung „Soziale Ungleichheit im Stadtgebiet“. Klaus Wermker, Leiter des Stadtentwicklungsamtes, stellte diesen Armutsbericht vor. Danach prägt sich das Armutsgefälle in Essen immer krasser in Nord-Süd-Richtung aus. So weist die Stadt eine Arbeitslosenquote von 14 % aus, einzelne Bezirke im Norden bis zu 27 %. Auch die Verteilung der von 20.000 Personen 1982 auf 43.000 Personen 1993 angestiegenen Sozialhilfebezieher ist sehr ungleich. Zahlen zur Verteilung des Reichtums in Essen konnte Wermker jedoch nicht vorlegen, da sie so nicht erhoben werden. Alles spricht aber dafür, daß die Spreizung arm/reich auch in Essen zunimmt. In Hamburg schwankte das Durchschnittseinkommen in den Stadtteilen schon 1992 zwischen 33.000 DM und 178.000 DM im Jahr. Als Problem warf Wermker auf, daß Armut bei vielen Menschen zur Resignation führt. So liegt die Wahlbeteiligung im Essener Norden rund 20 % unter der im Essener Süden.

Die anschließenden Beiträge vom Podium beleuchteten, was Armut konkret heißt und welche Auswege gefunden werden können. Der ehemalige Obdachlose Dieter K. schilderte die städtische Sozialhilfebürokratie, die Hilfesuchende zu Bittstellern macht. Wichtig für ihn: Selbstorganisierte Hilfe, z.B. das Büro der Obdachlosen- und Nichtseßhafteninitiative. Auch eine alleinerziehende Frau formulierte den Wunsch nach „Hilfe zur Selbsthilfe“. Kontakt zur Beschäftigungsinitiative „Vor Ort“ half ihr, ihr Leben so zu organisieren, daß sie jetzt eine Ausbildung zur Krankenschwester machen kann. Alfred Ferncz, Leiter der Krisenhilfe für Drogenabhängige unterstrich, daß es in der Sozialarbeit oft nicht nur um Geld, sondern auch um den Ansatz geht, der gerade in der Drogenhilfe oft an gesetzliche Grenzen stößt.

Willi Overbeck, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt und seit Jahren im Selbsthilfebereich engagiert, stand mehr für die politische Seite der Diskussion. Er machte deutlich, daß es oft verheerende Auswirkungen hat, wenn kleinen Initia-



tiven die ohnehin geringen Mittel gekürzt werden und kritisierte die brutale soziale Kürzungspolitik der Bundesregierung, die gute Ansätze zur Selbsthilfe kaputt macht. So können bei der Obdachlosen- und Nichtseßhafteninitiative zwei ABM-Stellen nicht mehr besetzt werden, weil der Verein die 15.000 DM Eigenanteil nicht aufbringen kann. Um so wichtiger ist es – so Willi Overbeck – den Ansatz des „Bündnisses für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ weiterzuverfolgen und die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Kirchen und sozialen Initiativen zu verbessern, um eine andere Politik durchzusetzen („Kohl muß weg!“).

Dies unterstützte auch Bruno Neumann, IG Metall Bevollmächtigter. Zumindest angerissen wurde in der ausgesprochen lebhaften Diskussion, daß die BRD insgesamt alles andere als arm ist. Damit ist nicht nur die Einkommensverteilung gemeint. Ein Konzern wie das RWE hat allein im letzten Geschäftsjahr einen Profit von rund 1 Mrd. DM ausgewiesen!

Unterbelichtet blieb die Tatsache, daß die wachsende Ausgrenzung von Menschen aus dem Arbeitsmarkt eine direkte Folge der Rationalisierungsfeldzüge der Konzerne ist. Mehrere Teilnehmer führten aus, daß es notwendig ist, Konzepte gegen die wachsende Verarmung zu diskutieren, wie die Forderung nach einer sozialen Grundsicherung. Andere betonten, wie wichtig es ist, die von Armut Betroffenen an der Diskussion zu beteiligen. Sie müssen unterstützt werden, sich selbst zu Wort zu melden, so der DGB-Kreisvorsitzende Eckart Löser. Eine Möglichkeit dazu sind die in verschiedenen Stadtteilen geplanten Folgeveranstaltungen. Dort soll erörtert werden, wie die Situation vor Ort verbessert werden kann. „Raus aus der Zuschauerdemokratie“ – dieses Ziel fand breite Zustimmung. Über 80 Leute trugen sich in Listen ein, um sich an der Vorbereitung von Veranstaltungen in den Stadtteilen zu beteiligen.

*syb*

## Einen Kuß der ganzen Welt

SUHL. Vom 3. bis 14. April waren rund 20 Mitglieder der Thüringer Philharmonie in Suhl nach einstimmigem Beschuß des Orchesters im unbefristeten Hungerstreik gegen die drohende Schließung ihres Orchesters. Weder das Land noch die Stadt Suhl wollten die erforderlichen 7 Millionen DM für den weiteren Betrieb bereitstellen. Nach elf Tagen Hungerstreik und zahllosen Solidaritätsbekundungen – u.a. von Thüringer Künstlern, vom Thüringer Schriftstellerverband u.a. – beendeten sie am 14. April ihren Hungerstreik, nachdem ihnen von der Stadt Suhl 1,5 Mio. DM und vom Land Thüringen weitere 3,5 Millionen DM zugesagt worden waren. Die Philharmoniker selbst verzichten u.a. auf Weihnachts- und Urlaubsgeld und hoffen, mit weiteren Spenden und Einschränkungen hinzukommen – wobei offen ist, ob und wie sie die Verluste aufholen können, die sie durch die Stornierung von Auftritten infolge der drohenden Schließung erlitten haben. Hier ein abschließender Bericht in der 2. April-Ausgabe der „UNZ“. rül

Gerd Dolge in der „UNZ – Linke Zeitung für Thüringen“ über den Hungerstreik der Suhler Philharmoniker

Sonntag nachmittag. In der Suhler Kirche das Solidaritätskonzert. Im Haus der Thüringen Philharmonie ist es beklemmend ruhig. Abends dann der Entschluß, den Hungerstreik auszusetzen. Das Orchester könnte bestehen bleiben. Eventuelle finanzielle Einbußen der MusikerInnen vorausgesetzt? Noch ist alles offen. Doch Hoffnung bleibt.

Wie schon tags zuvor. Da drangen aus dem Probensaal gegen 11 Uhr himmlische Klänge nach Noten von Beethovens „Neunter“: „Diesen Kuß der ganzen Welt ...“ Dort, wo die Kollegen hungerten, bereiten sich jetzt die Musiker auf die Holland-Tournee mit der Suhler Singakademie vom 15. bis 24. April vor. Nicht allein die Musik ist hinreißend, auch die Hingabe ist es wie die Zuversicht, der Mut wie die Entschlossenheit.



Musizieren heißt hier leben. Heißt auch, 74 gute Solisten sind noch lange kein Orchester. Dazu braucht es Zeit und Raum und Kraft. Für die einzelnen Musiker beinahe ein Leben lang; für ein Orchester braucht es Jahre. Wer es zerschlägt, zerstört Menschenleben.

Andere Töne konnte diese Thüringen-Philharmonie auch. Wie die Posaunen von Jericho muß in den Ohren der Regierenden in Erfurt und Suhl ihr Ruf erklingen haben: „Wir treten in den Hungerstreik – wir hungern für Kultur!“

So stürzten sie langsam zusammen, die hohen Argumentationen vom fehlenden Geld wie der Glaube vom jenseitigen, dulden Künstler, der sich ja doch eher in den himmlischen Sphären der Musik verliert.

Damit hatten die Regierenden in Erfurt und Suhl nicht gerechnet, weil sie sich mit ihrem satten Salär nicht vorstellen können, um Kultur, um Kunst wie um Leben gleichermaßen spielen und kämpfen zu müssen.

„Unangemessen“ tönte es aus Erfurt. Danach Schweigen. Nur OB Kummer spielte politisches Ping-Pong über die Köpfe der Musiker hinweg und moralisches Kamikaze, als er gegen die Hungerstreikenden Polizei einsetzen wollte.

Die PDS-Landespolitiker von Gabi Zimmer über Birgit Klaubert bis Roland Hahnemann, die hier kein parteipolitisches Süppchen kochten, nahmen sich angenehm zurück, einige PDS-Stadträte so sehr, daß sie sich auf der Regierungsseite wiederfanden.

Auch der perfekt inszenierte Auftritt von Innenminister Dewes, der sich den Musikern als „der gute Mann aus Erfurt“ präsentierte, änderte an ihrer Situation nichts. Konkrete Vorschläge fehlten bei ihm.

An Solidarität fehlte es indes nie. Täglich kamen Besucher, täglich kamen Briefe, Karten, Faxe von Menschen aus der ganzen Welt, denen Kunst, wie Gisela Steineckert am Sonntag schrieb, „Lebensmittler und Lebensmittel“ ist.

Gut, daß es in Suhl Menschen gab, die dafür sogar in den Hungerstreik traten.

Erbärmlich, daß sie es tun mußten.

Gerd Dolge

## LPG-Urteil des BuVerfG

# Damokles-schwert Altschulden

Große Enttäuschung herrschte am 8. April bei vielen Bauern in Ostdeutschland, als das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Klage gegen die Rechtmäßigkeit der LPG-Altkredite zurückwies (wir berichteten). Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, daß die Entscheidung für die Bauern sehr zwiespältig ist.

Die sachliche Berechtigung, die Rückzahlung der Altkredite in Frage zu stellen, ergibt sich aus folgenden Gründen:

1. Die Kreditaufnahme erfolgte im Ergebnis planwirtschaftlicher Entscheidungen, die nicht in jedem Falle aus betrieblicher Sicht gerechtfertigt waren (Bau einer öffentlichen Straße). Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (z.B. Agrarpreise, Steuer- und Kreditsystem), die eine Rückzahlung ermöglicht hätten, fielen mit der deutschen Einigung weg.

2. Bei der Umwandlung der LPG in neue Unternehmensformen verblieb nur ein Teil der Flächen bei den Nachfolgebetrieben. Die Wiedereinrichter erhielten ihren Boden schuldenfrei zurück. Viele kreditierte Wirtschaftsgüter wurden damit, weil in den umgewandelten Betrieben nicht nutzbar, wertlos und waren meist nicht verkaufsfähig bzw. verursachten zukünftig noch Abrißkosten.

3. Eine Reihe von Wirtschaftsgütern, z.B. Wohnbauten, Kulturhäuser, bei denen das Bodeneigentum heute strittig ist, stehen den Nachfolgebetrieben nicht zur Verfügung. Die von der Treuhand durchgeföhrten Teilentschuldungen für solche Objekte werden durch die inzwischen für die verbliebenen Schulden wieder aufgelaufenen Zinsen weit übertroffen.

Die Rechtsanwälte, die die klagende LPG (in Liquidation) Schlanstedt, vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten haben, setzten in ihrer Begründung jedoch nicht auf diese Sachverhalte.

Sie hofften das DDR-Kreditsystem (und damit die DDR als Ganzes) als „Unrechtssystem“ darzustellen, um so die Rückzahlungsforderungen als „unrechtmäßig“ zu erklären.

Obwohl das Bundesverfassungsgericht schon andere Urteile über das Rechtssystem der DDR gefällt hat (z.B. hinsichtlich der Verfolgung von Regierungsmitgliedern), erklärte es die Forderungen nach Kreditrückzahlung als rechtmäßig.

In seinem Urteil analysierte das Bundesverfassungsgericht aber zugleich die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten, die die Bundesregierung im Prozeß der

Vereinigung bei der Behandlung der Altschulden gehabt hätte.

Es heißt im Urteil:

1. Der Gesetzgeber stand vor der Aufgabe, „die planwirtschaftlich geschaffenen Verhältnisse in marktwirtschaftliche (zu) überführen. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe ... war ihm ein Gestaltungsspielraum eröffnet, der ... noch weiter reichte, als es im wirtschaftspolitischen Bereich ohnehin der Fall ist.“

2. Der Gesetzgeber „hätte sich für ein vergangenheitsorientiertes Konzept entscheiden dürfen, bei dem die Umwandlung an dem Gedanken des Ausgleichs der Folgen von Maßnahmen der DDR ausgerichtet worden wäre, die in der Rechtsordnung der Bundesrepublik als unannehmbar anzusehen sind.“

3. „Der Gesetzgeber konnte sich mit einer Teilentschuldung begnügen ... Der Gesetzgeber war allerdings von Verfassungs wegen verpflichtet, den Schuldanteil für solche Investitionen zu übernehmen, die die LPG zur Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum tätigen mußten“. Hinsichtlich der bilanziellen Entlastung hat der Gesetzgeber „eine Kontroll- und gegebenenfalls eine Nachbesserungspflicht“.

Mit diesem Teil des Urteils des Bundesverfassungsgerichts liegt die Verantwortung für den weiteren Umgang mit den Altkrediten wieder beim Gesetzgeber. Er hat die Wirksamkeit der Entschuldungsmaßnahmen zu überprüfen. Nach Auffassung der PDS muß diese Überprüfung sehr schnell erfolgen, denn jeden Tag laufen neue Zinsen auf, wird die Handlungsfähigkeit der Agrarunternehmen behindert.

Dem Rechtsempfinden würde es entsprechen, wenn der Gesetzgeber sich zu einer weiteren Entschuldung entschließen würde, durch die die Altkredite an die Werthaltigkeit der noch nutzbaren Wirtschaftsgüter angepaßt werden, wie die PDS schon seit langem fordert.

Die Treuhand hat beim Verkauf der volkseigenen Betriebe eine Entschuldung vorgenommen. Den Bauern, die gemeinschaftlich ihre Felder weiter bewirtschaften, wird sie bisher nicht zugestanden.

Die Gründe dafür sind offensichtlich. Die Gemeinschaftsunternehmen in Ostdeutschland passen nicht in die Bonner Agrarpolitik. Ihr Konkurs wird billigend in Kauf genommen. Würden doch dadurch Konkurrenten ausgeschaltet und der Boden für die Alteigentümer und das Großkapital aus dem Westen frei werden.

Um den Fleiß ihrer Lebensarbeit werden jedoch vor allem viele Bauern betrogen, die aus schuldenbelasteten Nachfolgebetrieben ausscheiden mußten und jetzt noch nicht einmal ihren Inventarbeitrag zurückbekommen, viel weniger noch ihren Anteil am genossenschaftlichen Vermögen.

*Wolfram Triller,*

*Mitarbeiter des PDS-Abgeordneten  
Günther Maleuda*

**SPD/DKP: Mörfelden-Walldorf.** Die SPD der zweitgrößten Stadt im hessischen Kreis Groß-Gerau hatte

bei der Kommunalwahl im März die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt. In den vergangenen Legislaturperioden hatte es erst eine rot-schwarze, dann eine rot-grüne Koalition gegeben. Nachdem die Verhandlungen zwischen SPD, CDU und GRÜNEN keine Ergebnisse gebracht hatten, sind die Sozialdemokraten für die Wahl des ersten Stadtrats und die Verabschiedung des Haushalts jetzt auf die Stimmen der DKP/Offenen Liste angewiesen. Die Kommunisten waren mit der Parole „Linke Opposition bleibt notwendig“ mit 10,2% wieder in das Stadtparlament eingezogen. Die Gremien der SPD haben sich für eine „Tolerierung“ durch die DKP/OL ausgesprochen und ihr zugesichert, daß es keine Gebührenerhöhungen bei den Kindergärten geben wird. Um den Einfluß der CDU zurückzudrängen, wird sich die die DKP/OL bei der Wahl des ersten Stadtrats der Stimme enthalten und den Haushalt mittragen, soweit er keine Gebührenerhöhungen enthält.

**EU-MITBESTIMMUNG: München.**

Nach zahlreichen Protesten besteht die bayerische Staatsregierung nun nicht mehr darauf, daß die Kommunen nicht im „Ausschuß der Regionen“ der EU vertreten sein dürfen. Die SPD begrüßt dieses Einlenken und erklärt: „Wer Europa ohne ein Mitspracherecht der Städte, Gemeinden und Landkreise aufbauen will, baut Europa auf Sand.“

**ABFALL-ABGABE: Hannover.** Die SPD-Landesregierung plant, in einem Schnellverfahren die Abfallabgabe in Niedersachsen rückwirkend zum 1.1.97 abzuschaffen. Sie kommt damit Forderungen aller großen Unternehmerverbände des Landes nach, die bei Treffen mit dem Umweltministerium auf einer ersatzlosen Streichung bestanden, ohne ihrerseits Zusagen hinsichtlich einer stärkeren Vermeidung von gefährlichen Abfällen oder einer finanziellen Beteiligung an den notwendigen Altlastensanierungen zu machen. Die Bündnisgrünen im Landtag befürchten eine erhebliche Zunahme von Giftmüll und schwerwiegende finanzielle Folgen, wenn dieses ehemals große rot-grüne Reformprojekt geschlachtet würde.

**PAPPTELLER: Kempten.** Die Stadt Kempten darf es der Schnellrestaurant-Kette „Kochlöffel“ (Lingen/Nds.) nicht verbieten, an Stehtischen vor dem Lokal Pappteller und -becher zu verwenden. Dieses Urteil hat das Bundesverwaltungsgericht Berlin am 23. April in letzter Instanz gesprochen. Während das Augsburger Verwaltungsgericht und der Bayerische Verwaltungsgerichtshof der

Kommune recht gaben, legten die Berliner Richter nun fest, daß bundesrechtliche Regelungen zur Müllvermeidung keinen Raum ließen für landes- und ortsspezifische Ergänzungen. Da das Bundesrecht keine Pflicht kenne, nur Mehrweggeschirr zu verwenden, sei der Kemptener Bescheid unrechtmäßig. „Die Bemühungen, Abfall zu vermeiden, werden so konterkariert“, kommentierte OB Ulrich Netzer (CSU) das Urteil.

**SAUBERMÄNNER: Stuttgart.** Einen Förderverein „Sauberes und sicheres Stuttgart“ gibt es seit 8. April. Darin geben die Chefs der Württembergischen Versicherung, von Breuninger, der LG-Bank etc. den Ton an. Sie wollen Vorbeugung und Aufklärung in Sachen Kriminalität befördern und den Standort stärken. OB Schuster ist mit von der Partie: Er will jetzt in Zusammenarbeit mit der Caritas Sozialhilfeempfänger dazu verpflichten, Schmutz aufzuspielen; sie werden mit Funk ausgerüstet; in den Bezirken werden Sicherheitsbeiräte gebildet. Schuster will eine „konsequenter Bußgeldpraxis einführen“. Der Polizeipräsident unterstützt die Aktion durch Einstellung einer „Beauftragten für kommunale Kriminalprävention“.

**SCHULBÜCHER: Bonn.** Die öffentlichen Ausgaben für Schulbücher sind seit 1991 bundesweit von 67 auf 42 Mark pro Schüler gesunken. Nach einer Studie des Frankfurter Instituts für Bildungsmedien, das von den Schulbuchverlagen getragen wird, tun sich von Bundesland zu Bundesland gewaltige Unterschiede auf: Während Baden-Württemberg pro Schüler rund 80 Mark aufwende, seien es in Bayern und Bremen gerade mal 26 bzw. 22 Mark. Das bayer. Kultusministerium antwortete darauf: Zwar müßten die Kommunen sparen, so daß ein Buch „schon mal ein Jahr länger unterwegs sein kann“ (in Bayern muß ein Buch zehn statt drei Jahre halten). Der Unterricht aber würde nicht schlechter: „Die sind so geschrieben, daß das Wesentliche nicht in zehn Jahren veraltet.“

**UFERWEGE: Potsdam.** Die Stadtverordnetenversammlung hat auf Antrag der PDS-Fraktion noch einmal bekräftigt, daß die Uferwege in Potsdam „allgemein und durchgängig“ begehbar bleiben müssen. Hintergrund ist die durch das „Mauergesetz“ vom 15.7.1996 geschaffene Möglichkeit für Alteigentümer, Mauergrundstücke zurückzukaufen. Am Griebnitzsee müssen zur durchgängigen Begehbarkeit jedoch „im schlimmsten Fall“ Steganlagen vor vereinzelten Grundstücken errichtet werden, falls die Eigentümer sich nicht zu einer vernünftigen Lösung – dazu gehört auch der Verkauf der Flächen – bereit finden.

*Zusammenstellung: baf*

## REDAKTIONS-

**STATUT.** Das Arbeitsgericht Mannheim hat am 19. April die im Januar 1996 durch Herausgeber und Geschäftsführung erfolgte fristlose Kündigung des Redaktionsstatuts des „Mannheimer Morgen“ (MM) für „rechtsunwirksam“ erklärt. Das Gericht gab damit teilweise einer Klage des MM-Redaktionsrates statt. Den Herausgebern hatten die über das sonst in Tendenzbetrieben übliche hinausgehenden Regelungen nicht gepaßt. So ist der Chefredakteur laut Statut „im Einvernehmen mit dem Redaktionsrat“ auf Vorschlag der Herausgeber zu berufen. Die Herausgeber verzichten auf ihren Vorschlag, wenn vier der fünf Mitglieder des Rates widersprechen. Der derzeitige Chefredakteur war nach Kündigung des Statuts und ohne Anhörung des Redaktionsrates berufen worden. Die Herausgeber wollen erstmal nicht nachgeben: „Bis zu einer endgültigen Entscheidung in der Beschwerde- und gegebenenfalls Berufungsinstanz sieht die Geschäftsführung das Redaktionsstatut nach wie vor als gekündigt an.“ Laut Deutschem Journalistenverband ist erstmals gerichtlich entschieden worden, daß ein Redaktionsstatut rechtsverbindlichen Charakter besitze.

(Quelle: Die Rheinpfalz, 19.04.97)

**STEUERREFORM.** Gegen die Steuerreform-Vorschläge der Regierungskoalition gibt es Widerstand. Der DGB hat eine bundesweite Unterschriftensammlung angeleitet, einzelne Gewerkschaften wie die IG Medien treten für größere Aktionen ein. Der IG Metall-Vertrauenskörper der Widia GmbH hat die Steuerreform auf der letzten Betriebsversammlung zum Thema gemacht. Mehrere hundert Beschäftigte unterschrieben inzwischen einen Text, der an die Essener Bundestagsabgeordneten weitergeleitet werden soll. Darin heißt es u.a.: „Wir sind gegen die Besteuerung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und gegen die weitere Entlastung von Spitzenverdiennern und Großunternehmen. Wir sind für eine Entlastung vor allem der unteren Einkommen und fordern die

Bundestagsabgeordneten auf, sich dafür einzusetzen. Eine Steuerreform muß höhere Kaufkraft und Nachfrageimpulse bringen, damit mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.“

## ALLIIERTE STREITKRÄFTE.

Nach sieben Wochen Arbeitskampf hat die ÖTV gegenüber den Alliierten Streitkräften einen Rationalisierungsschutzvertrag durchsetzen können. Wenn zivile Arbeitsplätze bei den Truppen wegfallen, müssen den Betroffenen zunächst gleichwertige, dann zumutbare Ersatzbeschäftigungen angeboten werden. Außerdem müssen Fortbildungsangebote gemacht werden. Kommt es doch zu Entlassungen, sind Abfindungen fällig.

## DGB-RECHTSSCHUTZ.

Mehrere hundert Beschäftigte des DGB haben in Düsseldorf gegen die Einschränkung oder Auflösung des zentralen Rechtsschutzes demonstriert. Wie berichtet, wollen einige Einzelgewerkschaften den Rechtsschutz in eigene Regie übernehmen. Rund 1000 der insgesamt 2300 bundesweit beschäftigten DGB-Angestellten sind beim Rechtsschutz tätig.

**KONSUMSPALTUNG.** Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arme und Besserverdienende schlägt sich im Konsumverhalten nieder. Der Verband der Lebensmittelher-

steller teilte jetzt mit, der Absatz von billigen Discount-Lebensmitteln einerseits und von Hochpreis-Artikeln andererseits habe sich 1996 überdurchschnittlich positiv entwickelt. Dagegen seien im mittleren Preissegment erneut Einbußen zu verzeichnen gewesen.

## RENTEN-RECHENFEHLER.

Der Chef der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) Lutz Freitag wirft Minister Blüm vor, er täusche mit seinen Rentenrechnungen die Öffentlichkeit. Blüms Maßnahmen führten zu einer Absenkung des Rentenniveaus auf 50 Prozent der Nettolöhne und nicht auf 64 Prozent, wie Blüm behauptet. Der Grund: Der „Eckrentner“, mit dem Blüm rechne, sei eine Fiktion. Immer weniger erreichten die unterstellten 45 Versicherungsjahre: in der Arbeiterversicherung habe 40 Prozent der Männer weniger Versicherungsjahre, bei den Angestellten 14 Prozent. Bei den Frauen seien es 96% (Arbeiterinnen) bzw. 76% (Angestellte). Lutz Freitag errechnet eine durchschnittliche Rentenniveau von 60% des Nettolohnes derzeit; durch die Maßnahmen Blüms würde es auf 50% sinken und damit in die Nähe des Sozialhilfeneaus von 40% der Nettolöhne kommen.

**IG CHEMIE.** Schon seit längerem gibt es zwischen den Arbeitgebern und der IG-Chemie

Verhandlungen über eine Senkung der Tarife für die Bereiche Kunststoffe, Chemiefasern und Kautschuk. Im Rahmen dieser Verhandlungen hat die IG-Chemie im März diesen Jahres vorgeschlagen, stattdessen einen „Einkommenskorridor“ einzuführen. Unter bestimmten Bedingungen sollen für alle Bereiche die Möglichkeit gegeben werden, die Entgelte zu senken. Nach Auffassung der IG-Chemie muß die Nutzung eines solchen Korridors an die wirtschaftlichen Situation der einzelnen Betriebe, an Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze, an Investitionen zur Sicherung des Standortes gekoppelt werden. „Einen Tarif für eine Branche“ gäbe es dann nicht mehr, der Flächentarifvertrag wäre aufgelöst. Seit Jahren sind die Tariferhöhungen so niedrig, daß wir ArbeitnehmerInnen einen Reallohnverlust hinnehmen mußten. Trotzdem hat die IG-Chemie niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose und Berufsanfänger vereinbart. Im Jahr 1996 sind in der gesamten chemischen Industrie nur 2000 Langzeitarbeitslose eingestellt worden. Außer der teilweisen Übernahme von Ausgebildeten sowie der Einstellung von Akademikern sind kaum MitarbeiterInnen eingestellt worden. Wir lehnen den Vorschlag der IG-Chemie ab! (Aus Flugblatt der „Durchschaubaren“ bei Bayer-Leverkusen)

Zusammenstellung: alk



November 1994: 630 Holzkreuze vor dem Mannheimer SEL-Werk symbolisieren die 630 Beschäftigten, die entlassen werden sollen. Das Land Baden-Württemberg sprang damals ein: Ein Vertrag zwischen der landeseigenen L-Bank und dem Elektronik-Konzern, der in Mannheim Rüstungsgüter produziert, über den Kauf des Firmengrundstücks und anschließende Rückvermietung veranlaßten den Konzern 410 Arbeitsplätze zu garantieren. 4 Mio. DM gab das Land noch für Umbauten dazu, 0,5 Mio. DM die Stadt Mannheim. Jetzt will die Konzernleitung den Standort Mannheim schließen. Die Landesregierung verhandelte – bisher vergebens. Sogar Ministerpräsident Teufel (CDU) und Wirtschaftsminister Döring (FDP) sprechen von „Wortbruch“.

# Binnennachfrage, Massenkaufkraft und fairer Handel der Regionen

Im Thüringer DGB, dessen Landesbezirksvorsitzender Frank Spieth zu einem der Initiatoren der „Erfurter Erklärung“ gehört, sucht man auch in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik nach neuen Wegen. Während die anderen DGB-Landesbezirke im Osten z.B. in einem kürzlich vorgestellten Papier zum „Aufbau Ost“ weiter auf die eher „klassischen“ Instrumente Export und Innovationsförderung hoffen, suchen die Thüringer Gewerkschafter nach Mitteln und Wegen für ein mehr qualitatives und nachfragegestütztes Wachstum. In einem Artikel im „Neuen Deutschland“ plädierte Frank Spieth am 8. April aus diesem Grund u.a. dafür, gemeinnützige Wirtschaftsformen sowie Verbraucher- und Produzentengenossenschaften „wiederzubeleben“. Rolf Düber, Sekretär für Wirtschafts- und Strukturpolitik im DGB-Thüringen, beschreibt weitere Elemente der Thüringer Gewerkschaftsdiskussionen.

**Von Rolf Düber**

Beispiel Thüringen: Statt 236.000 im Februar 1997 offiziell zugegebenen, registrierten Arbeitslosen (Quote: 20,6%) fehlen rund 460.000 Arbeitsplätze. Zu den registrierten Arbeitslosen kommen noch 120.000 Teilnehmer/innen in Maßnahmen der Arbeitsämter sowie die „stille Reserve“ mit mindestens 43.000 Menschen, die sich resigniert nicht mehr registrieren lassen und rund 60.000 Pendlerinnen in die alten Bundesländer hinzu. Den 460.000 fehlenden Arbeitsplätzen (Unterbeschäftigtequote 30,4%) stehen lediglich 868.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit rückläufiger Tendenz gegenüber.

Gleichzeitig ist die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse durch Tarifflucht und zunehmende Etablierung von ungeschützten, Geringverdiener-Beschäftigungen an der Tagesordnung.

Angesichts dieser dramatischen Lage ist Handeln angesagt. Unternehmensbezogene Lösungsansätze werden zumeist in der Verbesserung der unzureichenden Innovationskraft, der Produktentwicklung, der Management- und Marketingkenntnisse sowie der Beseitigung der Mängel in der Arbeitsorganisation und der Schaffung eines ostdeutschen Kapitalstocks zur Eigenkapitalstärkung der Unternehmen gesehen.

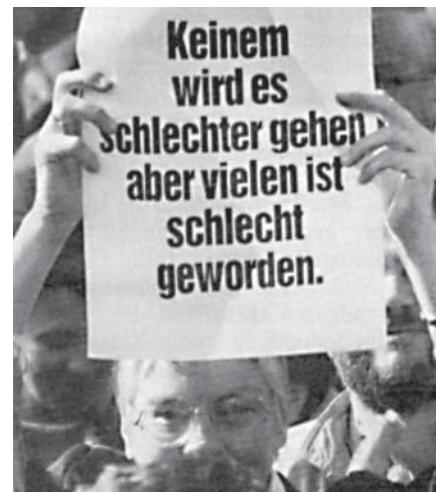
## **Handelsbilanzdefizit-Ost**

In der öffentlichen Diskussion wird allerdings häufig vernachlässigt, daß ein

wesentliches Problem der ostdeutschen Wirtschaft die ungleiche Markterschließung – das Handelsbilanzdefizit-Ost – innerhalb der Bundesrepublik ist. Bundesweit ist die gegenwärtige Konjunkturwicklung einseitig vom Export getragenen. Ein Fakt, der sich besonders negativ im exportschwachen Osten Deutschlands auswirkt.

Die Verbreiterung der Exportbasis und des überregionalen Absatzes war von 1990 an erklärtes Ziel der Förder- und Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland.

Inzwischen ist offenkundig: Die Wirkungen sind weit geringer als erwartet. Ostdeutschland hat einen Anteil von gerade 1,9 % (1995) an den gesamtdeutschen Ausfuhren. Aus ostdeutschen Industrieunternehmen finden im Durchschnitt 30% der Produktion den Weg in die alten Bundesländer (wo sich 90 % der



Mrd. DM erreicht. Die Lieferungen in die Region sind etwa 3,7 mal so groß wie die Lieferungen heraus (1995), diese Relation hat sich in den letzten Jahren zwar leicht verbessert, aber das Defizit ist absolut weiter gestiegen.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, das Handelsbilanzdefizit Ostdeutschlands abzubauen.

Wege dafür sind u.a. die Etablierung neuer Vermarktungswege für Ostprodukte. Erforderlich ist eine breitgefächerte Stützung und Stärkung der regionalen Wirtschaftspotentiale. Vor diesem Hintergrund ist eine sektorale und regional differenzierte Förderpolitik notwendig.

Wenn die alles beherrschenden Westhandelskozerner ihre Politik des „closed shop“ gegenüber Ostprodukten nicht aufgeben, könnte die Gründung von konsumähnlichen Vertriebs- und Produktionsgenossenschaften und deren Ausbau bis hin zum Betrieb eigener Verbrauchermärkte und Filialen eine Lösung sein. Der Vorteil dieser Konzeption liegt nicht nur im relativ geringen Einzelrisiko für die Mitglieder, sondern auch in der Möglichkeit einer branchenübergreifenden Angebotsstruktur, also eines Vollsortimentes.

Angemerkt sei, daß die flächendeckend vorhandenen Strukturen des Konsum aus DDR-Zeiten systematisch zerschlagen bzw. von der Förderung ausgenommen wurden.

Fairer Handel auf Kosten des Westens wäre ein Beitrag zur Ostförderung und als ökologischer Nebeneffekt ein Beitrag zur Verringerung des Güterverkehrsaufkommens. Die überfällige Entwicklung der Massenkaufkraft würde die nachhaltigen Folgen für die Westwirtschaft abbilden.

## **Steigerung der Massenkaufkraft**

In Gesamtdeutschland wird die bereinigte Lohnquote (Anteil der Arbeitnehmerinkommen am Volkseinkommen) 1997

auf den niedrigsten Wert seit 1990 absinken, in Westdeutschland sogar seit Bestehen der Bundesrepublik.

In Folge der von anderer Seite gepriesenen „moderaten Lohnabschlüsse“ der letzten Jahre und hoher Arbeitslosigkeit ist eine Absatzförderung durch eine steigende Massenkraft kaum zu erwarten. Zudem blockieren blendende Renditen am Kapitalmarkt die notwendigen Investitionen in beschäftigungswirksame Bereiche.

Unternehmerverbände und Bundesregierung argumentieren: Höhere Gewinne = mehr Investitionen, mehr Investitionen = mehr Arbeitsplätze, mehr Arbeitsplätze weniger Arbeitslose. Die Analysen des Sachverständigenrates (SVR) widerlegen diese Gleichung. Der SVR kann sich die schwache Investitionstätigkeit (1997 rechnet er mit einem Wachstum der Ausstattungsinvestitionen um real 3,5 Prozent) nicht erklären: „Daß die Investitionskonjunktur einfach nicht anspringen will, ist ungewöhnlich.“

Dilemma von SVR (und Bundesregierung): Solange Arbeitslosigkeit herrscht, fordert er, daß die Gewinne deutlich stärker als die Löhne steigen müssen. Einen nachprüfbaren und konkreten Beurteilungsmaßstab für eine beschäftigungsrechte Relation zwischen Löhnen und Gewinnen hat der Rat nicht. Durch Lohnerhöhung und die Angleichung steigt die Massenkraft. Auf dieser Basis, unterstützt durch eine entsprechende Steuerpolitik, sind Investitionen in neue Beschäftigung möglich.

Ziel ist die Ausweitung der Investitionen in Richtung qualitatives Wachstum (sozialverträglicher Umbau, hin zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise), d.h. Berücksichtigung sozialer und ökologischer Erfordernisse bei der Vergabe öffentlicher Fördermittel und Aufträge. Statt einseitig investoren- und standort- muß Wirtschaftspolitik beschäftigungs- und umweltorientiert ausgerichtet werden.

In diesem Sinne sind ostdeutsche Unternehmen und Betriebe durch Entwicklung marktgerechter Umsetzung eigenständiger Innovationspotentiale sowohl im Bereich der technischen, wie der Humanressourcen zu stärken. Statt vordergründig auf Impulse von außen muß die künftige Förderpolitik als Anreizinstrumentarium an der Entwicklung der vorhandenen Potentiale (z.B. lokale Synergien, Qualifikations- und Produktionspotentiale) ansetzen. Gefordert ist eine Absatzförderung, die der zu 80 Prozent auf den Nahbereich ausgerichteten ostdeutschen Produktion entgegenkommt.

Exportförderung geht an der zumeist klein- und mittelständisch geprägten ostdeutschen Wirtschaftsstruktur vorbei, exportiert Arbeitslosigkeit und zementiert den unfairen Handel zwischen den Regionen.

Rolf Düber ist Sekretär für Wirtschafts- und Strukturpolitik beim DGB-Landesbezirk Thüringen.

Bayer AG

## Vorstand fordert, der Gesamtbetriebsrat macht Zugeständnisse

Inzwischen hat es sich bis zu Bundesarbeitsminister Blüm herumgesprochen, daß es unsittlich ist, Rekordgewinne einzustreichen und andererseits Menschen in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Damit droht jedenfalls der Vorstand der Bayer AG. Sein Ziel sind Extraprofite. Betriebsbereiche, die da nicht mithalten können, möchte der Vorstand lieber heute als morgen aus dem Konzern ausgliedern. Freilich sollen diese Unternehmensbereiche vorher soweit als möglich fit gemacht werden, indem soweit als möglich die Löhne gedrückt werden. Mitte April hat die IG Chemie-Mehrheitsfraktion im Betriebsrat ihre Vorstellungen konkretisiert, wie sie mit dem Vorstand verhandeln will. Demzufolge ist der Gesamtbetriebsrat nicht gegen Ausgliederungen. Beschäftigte, die sich mit ausgliedern lassen, sollen einen vertraglich zugesicherten Kündigungsschutz von fünf Jahren erhalten. Legen diese Beschäftigten aber Widerspruch dagegen ein, in einer dieser neu zu gründenden Firmen mitzugehen und entstehen dadurch im Konzern Personalüberhänge, so soll ihnen betriebsbedingt gekündigt werden können. Dies ist eine Ungeheuerlichkeit. Denn dieses Widerspruchsrecht steht den Beschäftigten gesetzlich zu. Der Gesamtbetriebsrat deutet damit an, diese Beschäftigten, in solchen Konfliktsituativen nicht vertreten zu wollen. Er gibt es auf, eine Vertretung aller Kolleginnen und Kollegen zu sein.

Bis zum Jahr 2000 sollen jährlich ca. 1000 Beschäftigte im Rahmen der Altersteilzeit, des Vorruststandes (ab 55. Lebensjahr) und von Abfindungen das Unternehmen verlassen. Dabei ist keineswegs daran gedacht, diese Stellen mit jüngeren und arbeitslosen Menschen wieder zu besetzen.

Des Weiteren soll bei allen Beschäftigten der Bonus und die übertarifliche Jahresprämie um ein durchschnittliches jährliches Einsparvolumen von ca. 125 Mio DM eingespart werden. Kolleginnen und Kollegen, die neu in das 5-Schichtsystem eintreten, sollen zukünftig statt 35,9 Wochenstunden jetzt 37,5 Wochenstunden bei gleichem Entgelt arbeiten. Auf der anderen Seite sollen den sogenannten „Leistungsträgern“ Angebote gemacht werden in Form von „Unternehmensbereich-differenzierten individuellen Einmalzahlungen, die leistungsgerecht vergeben werden“.

Der Gesamtbetriebsrat macht mit. Was er dafür bekommt? Vielleicht den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis zum Jahr 2000. Darüber hinaus, wenn es nach seinem Willen geht, jährliche Investitionen von einer Milliarde DM, die

im wesentlichen Rationalisierungsinvestitionen sein werden und damit dazu beitragen werden, daß im Jahre 2000 spätestens erneut mit betriebsbedingten Kündigungen gedroht werden kann.

Einzig die Betriebsratsliste „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ haben sich gegen dieses Konzept gewandt. Sie fühlen sich teilweise Vorwürfen ausgesetzt, sie wollten nichts für die Standortsicherung tun. Aber warum soll es moralisch gerechtfertigt sein, einem Konzern ohne wirkliche Not schon im Vorfeld einer möglichen Auseinandersetzung Zugeständnisse zu machen? Was sollen dann erst Kolleginnen und Kollegen gegenüber ihrer Geschäftsleitung in Unternehmen sagen, die keineswegs so glänzende Profite wie Bayer aufzuweisen haben!? Schaut man über den Tellerrand dieses Konzerns hinaus, so müßte auch einem sozialdemokratischen Betriebsrat die Unhaltbarkeit der eigenen Position auffallen. Selbst Blüm scheint das ja aufgefallen zu sein.

b., LB Köln

**Tarifauseinandersetzung im Baugewerbe**

## Problematischer Teilerfolg

Im Bereich des ganzjährig gesicherten Einkommens hat die IG BAU einen kleinen Teilerfolg erzielt, der problematisch ist wegen weitreichender Flexibilisierungsmöglichkeiten der Arbeitszeit, aber einen Mindestlohn von 174 Stunden im Sommer und 162 Stunden im Winter garantiert.

Seit dem 12. April gibt es die Vereinbarung der Tarifparteien die, grob umrissen, folgendes enthält:

- Einführung von jährlichen Arbeitszeitkonten zur Abdeckung von mindestens 50 witterungsbedingten Ausfallstunden, verbunden mit der Einführung eines Monatslohnes. D.h. jeder Bauarbeiter muß im Sommer die ersten 50 Ausfallstunden für den Winter rausarbeiten.

- Eine über Umlageverfahren von der Bauwirtschaft finanzierte Lohnersatzleistung der Bundesanstalt für Arbeit ab der 51. Ausfallstunde.

- Voller Ausgleich durch Leistungen der BfA ab der 121. Ausfallstunde.

Durch die Einbeziehung der BfA in diese Regelung kann diese Vereinbarung erst greifen, wenn die Bundesregierung die flankierenden gesetzlichen Regelungen ändert. Das ist aber fraglich. Die ganze Vereinbarung könnte für Teile der Baukapitalisten nicht mehr als eine Good-will-Aktion sein, im Vertrauen darauf, daß die Bundesregierung dieses sowieso verhindert.

**Lohn- und Gehaltserhöhung, Weihnachtsgeld und Lohnfortzahlung:** Die Tarifverhandlungen über diese Punkte sind gescheitert. Die IG BAU fordert eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 2,9 %. Der Tarif-

vertrag über das volle 13. Monatseinkommen soll wieder in Kraft treten. Die Baukapitalisten haben diesen Vertrag gekündigt, mit dem Ziel das 13. zu halbieren, nachdem zwanzig Jahre gebraucht worden sind, um das volle zu erreichen. Außerdem soll es eine tarifliche Regelung geben, wonach die Arbeiter nicht die gesetzlichen 80, sondern 100 Prozent Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bekommen sollen. Die Kapitalisten haben zu allen Punkten eine ablehnende Haltung eingenommen, so daß am 5. und 7. Mai die Schlichtungsverhandlungen stattfinden. Angesichts der Blockadehaltung der Arbeitgeber ist ein Scheitern der Verhandlungen möglich. Am 23.5. endet die Friedenspflicht, so daß eventuell in der letzten Maiwoche mit Streiks begonnen werden könnte.

Die IG BAU muß sich, ob mit oder ohne Streik, in den wichtigsten Punkten durchsetzen. Gegen die Tendenz der Baukapitalisten, den Wert der Arbeit auf einen Ramschartikel zu reduzieren, müssen Haltepunkte gesetzt werden. Es gibt z.B. Forderungen aus dem Arbeitgeberlager, der Lohn müsse um 20% gesenkt werden, was für einen Facharbeiter je nach Familiengröße einen verbleibenden Nettoverdienst zwischen 2000–2600 DM bedeuten würde.

tja

#### **IG Medien: Streik in Hagen**

## **Kampf für einen Firmentarifvertrag**

Die IG Medien Bezirk Westliches Westfalen berichtete am 23. April über einen Streik in einem Betrieb der WAZ-Gruppe.

Heute morgen um 6 Uhr traten die Beschäftigten der Unternehmen ZVW Satztechnik und Druck- und Verlagszentrum in einen unbefristeten Streik. Das Ziel ist zunächst, die Geschäftsführung zur Aufnahme von Firmentarifverhandlungen zu zwingen.

Das ist die Vorgeschichte: Im August des vergangenen Jahres hatte die IG Medien die Geschäftsführer der WAZ-Gruppe aufgefordert, Verhandlungen über den Abschluß eines Firmentarifvertrages aufzunehmen. Der Hintergrund war der Austritt mehrerer technischer Unternehmen der Gruppe aus den Arbeitgeberverbänden der Druckindustrie, der später wieder rückgängig gemacht wurde.

Einige Monate vergingen, ohne daß die Geschäftsführer klar erklärt haben, ob sie mit der IG Medien verhandeln wollten. Wir nutzten diese Zeit zur Vorbereitung, denn uns war von Anfang an klar, daß unsere Tarifziele ohne Streik nicht durchgesetzt werden konnten.

Mittlerweile war zwischen der IG Medien und dem Bundesverband Druck der Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Druckindustrie neu vereinbart worden. Am 13. Februar dieses Jahres wurde



die Geschäftsführung erneut von der IG Medien aufgefordert, in Tarifverhandlungen einzutreten oder sog. Anerkennungstarifverträge zu unterschreiben.

Am 20. Februar schrieb die Geschäftsführung sinngemäß: „Wir sehen keinen aktuellen Handlungsbedarf.“ Daraufhin führten wir am 8. April eine Urabstimmung durch, in der sich 76,66% der Gewerkschaftsmitglieder für einen Streik zur Durchsetzung aussprachen. Die Geschäftsführung hatte ohne Erfolg versucht, die Urabstimmung als rechtswidrig darzustellen.

Jetzt geht es ums Ganze. Zunächst einmal müssen die Kolleginnen und Kollegen streiken, um der Geschäftsführung beizubringen, daß der Weg an Verhandlungen mit der IG Medien nicht vorbeiführt. Wenn dieses Hindernis überwunden ist, werden wir mit ziemlicher Sicherheit noch viel Kraft aufwenden müssen, um unsere Tarifziele durchzusetzen, nämlich mindestens die Übernahme der Tarifverträge für die Beschäftigten der Druckindustrie. aus Solinet

#### **Warnstreik bei Druckerei Hartung**

## **Austritt aus dem Unternehmerverband**

Am 16. April traten die Beschäftigten der Druckerei O.P. Hartung in Hamburg für zwei Stunden in den Warnstreik, an dem sich auch die neun Beschäftigten der Spätschicht beteiligten.

Die Druckerei mit rund 100 Beschäftigten war zum 31. Dezember 1996 aus dem Unternehmerverband der Druckindustrie ausgetreten. Seit 1996 war das Personal um rund 20 Prozent abgebaut worden, der verbliebenen Belegschaften sollen massive tarifvertragliche Verschlechterungen zugemutet werden. So forderte die Geschäftsführung in den gegenwärtigen Haistarifverhandlungen – es hat bereits die dritte stattgefunden – eine Ausweitung der Arbeitszeit von 35 auf 37 Stunden ohne Lohnausgleich, dies entspricht einer durchschnittlichen Reallohnkürzung von ca. 3.000 DM im Jahr. Im „Bedarfsfall“ will die Firma die Arbeitszeit auf bis zu 60 Wochenstunden verlängern können. Diese Mehrarbeit soll nicht, wie im Arbeitszeitgesetz vorgese-

hen, vier Tage vorher angekündigt werden, sondern lediglich einen Tag zuvor. Weiter sollen die Beschäftigten auf einem Arbeitszeitkonto 74 Arbeitsstunden anammeln und so der Firma einen unfreiwilligen „Kredit“ von bis zu 200.000 DM zur Verfügung stellen.

Diese „Flexibilisierungen nach Gutscherrenart“ (IG Medien) will die Belegschaft nicht hinnehmen; sie verlangt den Abschluß gültiger Tarifverträge. „Diese haben für die Beschäftigten eine Schutzfunktion und sollen Schmutzkonkurrenz gegenüber anderen Unternehmen verhindern; die Kolleginnen und Kollegen von Hartung wollen nicht mithelfen, die Tarifspirale für die Hamburger Druckindustrie weiter nach unten zu drehen“, so die IG Medien. Falls die Geschäftsführung auch zukünftig kein Entgegenkommen signalisiert, soll der Warnstreik ausgeweitet und die Urabstimmung für einen regulären Streit eingeleitet werden.

Quelle: CL-Netz

#### **Mercedes Benz Gaggenau**

## **Neues Streichkonzert**

Auf der Betriebsversammlung am 26. März hat die Werkleitung im Werk Gaggenau weitere Kosteneinsparungen angekündigt, nachdem im vergangenen Jahr die Belegschaft bereits nochmals um 280 Beschäftigte auf 7304 reduziert wurde, denn „weniger Mitarbeiter sollen mehr produzieren“, so der Slogan.

Neue, überwiegend junge Leute wurden eingestellt, befristet mit Kombivertrag. Das bedeutet: wenn keine Arbeit mehr im Getriebewerk vorhanden ist, müssen sie ins PKW-Werk in die Produktion der A-Klassen.

Wenige Tage vor der Betriebsversammlung wurden dem Betriebsrat neue Forderungen vorgelegt. Ein „10-Punkte-Katalog“: „Reduzierung der Faktorkosten Personal um 10%“. Folgende Freiheiten sind vorgesehen: • Streichung der Erholungspausen; • Wegfall der Zuschlüsse für die bezahlte Pause im Dreischichtbetrieb; • Erhöhung der Flexibilität durch Schaffung von Arbeitszeitkorridoren; • Wegfall der Zeitgutschriften an Feiertagen und bei Sonderurlaub; • Reduzierung des Krankenstandes mit einer „Erfolgsprämie“; • Pauschale Reduzierung um 3 x 1 Prozent; • Vereinheitlichung und Vereinfachung der bestehenden Lohnsysteme (Vorprämien-, Prämien- und Zeitlohn); • Reduzierung des Übernahmlohnes der Auszubildenden entsprechend der Entlohnung für befristet Eingestellte; • Anrechnung von 50 Prozent der Tariflohnheröhung auf außertarifliche Zulagen; • Samstags 2. Schicht zuschlagfrei.

Der Betriebsrat hat erklärt, diese Forderungen seien nicht akzeptabel. Der Betriebsrat werde nichts mittragen, was mit einer Absenkung des Gehaltes oder Anrechnung übertariflicher Zulagen verbunden sei.

aus: KB Karlsruhe

*Der zentrale Wahlkampfbüro der PDS veröffentlichte eine erste Ausarbeitung zur Wahlstrategie der Partei. Die Redaktion der PB geht davon aus, daß die Leserinnen und Leser sich für den Wahlkampf der PDS interessieren. Die Partei kann viel erreichen. Sie kann über 5% kommen und damit in einem Jahrzehntlang geführten Kampf gegen Marginalisierung und Illegalisierung sozialistischer Politik einen Punkt setzen. Die Partei kann eine Kritik an den politischen Rechten führen und deren Sammlungsbestrebungen – jedenfalls im Osten – entscheidend entgegentreten. Und die Partei kann durch die Wahlkampfanstrengung zu einem Bezugspunkt für den politischen und sozialen Widerstand im gesellschaftlichen Raum der BRD werden. Um einen wirksamen Wahlkampf führen zu können, muß die Partei mit*

*ihrer Strategie Widerhall in den Basisbewegungen finden, es muß ganz einfach auf der Hand liegen, wie eine parlamentarische Präsenz dieser Partei jenen Bewegungen nützt. Im gegenwärtigen Stadium ihrer Entwicklung läßt die Wahlstrategie da noch erheblich zu wünschen übrig. Ganz entgegen der konkreten Praxis der Partei wird die Strategie in Richtung Antirassismus und Ausländerfeindlichkeit nicht entwickelt und in Richtung Entmilitarisierung der deutschen Politik auch nicht. Das zentrale Wahlbüro schreibt einleitend, Wahlkampf sei nicht Ersatz für die viel umfassendere alltägliche Politik der PDS, er könne daher nur auf wenige übergreifende Fragen konzentriert werden, andere, ebenso wichtige, blieben Gegenstand weiterer Aktivität der PDS. Dies klingt eher wie Heinz Dürr, einen Strecken-*

*stillegungsplan der Bundesbahn begründend. Nach Clausewitz soll man Strategie als die Lehre des Gebrauchs der Gefechte zum Zwecke des Krieges verstehen, und wenn es um ein großes Ziel geht, müssen alle Kraftquellen eingefäßt werden. Gerade wenn die PDS, wie das Wahlkampfbüro ja schreibt, für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität sich einsetzen will: Ist die Mißhandlung der Ausländerinnen und Ausländer nicht ungerecht und unsozial? Ist die machtbewußte und interventionistische Politik der BRD nicht das konträre Gegenteil zu gesellschaftlicher Solidarität? Die PDS ist eine diskutierende Partei, und das nachfolgend (gekürzt) dokumentierte Papier des Zentralen Wahlbüros ist ein verbessigungsfähiger Entwurf.*

maf  
□

**Die PDS ist die einzige konsequente Opposition zur Regierungspolitik**

# **Wahlstrategie der PDS 1998/99 (Entwurf)**

**Oder: Warum es noch nie so wirkungsvoll war, PDS zu wählen**

## **Die Ziele der PDS bei den Wahlen 1998/99 sind:**

1. Die PDS will deutlich mehr Stimmen als 1994 gewinnen und mit mehr als 5 Prozent bei den Bundestagswahlen 1998 ihren Beitrag für die Einleitung eines politischen Wandels leisten.
2. Die Blockade gesellschaftlicher Reformen durch den Neoliberalismus muß aufgebrochen werden. Erste Voraussetzung dafür ist die Beendigung der Regierungsmacht von CDU/CSU und FDP.
3. Die PDS kämpft bei den Bundestagswahlen im besonderen Maße um Wahlkreismandate in den fünf Ostberliner Wahlkreisen, in Rostock und Schwerin.
4. Die PDS stellt sich das Ziel, 1999 in das Europäische Parlament einzuziehen und mit anderen linken, demokratischen, alternativen Parteien für die Demokratisierung sowie zivile und soziale Gestaltung der Europäischen Union zu wirken.
5. Die PDS will 1998/99 gestärkt in die Landtage von Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Thüringen sowie in das Abgeordnetenhaus von Berlin einziehen und mit ihrer ostdeutschen Kompetenz zur Überwindung aller Erscheinungen der Diskriminierung sowie zu moderner, arbeitsplatzschaffender und umweltgerechter Wirtschaftsentwicklung und zur Erhaltung und Weiterentwicklung der ostdeutschen Kultursubstanz beitragen. Die von der Regierung ausgehende Spaltung muß gestoppt werden.
6. Die PDS strebt bei den Kommunalwahlen 1998/99 die Stärkung ihrer kommunalpolitischen Positionen und wissameren Widerstand gegen die weitere Zentralisierung von Finanzen und Entscheidungsbefugnissen an, die die kommunale Selbstverwaltung und Demokratie aushöhlen.

Im folgenden wird von einer grundsätzlichen Einheit der PDS-Wahlkämpfe 1998/99 ausgegangen. Der Bundestags- und Europawahlkampf der PDS wird – in enger Abstimmung mit den Landesorganisationen der PDS und unter Berücksichtigung der Landtagswahlen 1998/99 – zentral geführt. In Abhängigkeit von den Wahlergebnissen bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 26. April 1998 und vor allem den Bundestagswahlen im Herbst 1998 können Modifizierungen oder sogar gravierende Korrekturen notwendig werden, die hier jedoch nicht diskutiert werden.

Wahlkampf schafft kein Wählerinnen- und Wählerpotential, sondern versucht, es zu mobilisieren. Wahlkampf ist vor allem nicht Ersatz für die viel umfassendere und alltägliche Politik der PDS. Er kann daher nur auf wenige übergreifende Fragen konzentriert werden. Andere, ebenso wichtige, bleiben Gegenstand weiterer Aktivität der PDS.

## I

### **In der Bundesrepublik ist ein Politikwechsel erforderlich:**

CDU/CSU und FDP sind Parteien einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben. Im Verlauf der letzten 20 Jahre stiegen die privaten Geldvermögen von 936 Mrd. DM (1975) auf 4,3 Billionen DM (1995). Mehr als die Hälfte dieses Reichthums entfällt auf ein Zehntel der Haushalte. Parallel dazu sind die Massenarbeitslosigkeit und die öffentliche Verschuldung auf Rekordhöhen getrieben worden, haben Armut und Obdachlosigkeit zugenommen, ist in Ostdeutschland eine Deindustrialisierung betrieben worden, die bedrohliche soziale, kulturelle und politische Folgen zeitigt.

Die neoliberale Politik der Unterneh-

merverbände und der Bundesregierung bedient sich stereotyp des Reform-Begriffes („Arbeitsförderungs-Reformgesetz“, Rentenreform, dritte Gesundheitsreform, Steuerreform). In Wirklichkeit stellt sie jedoch das soziale (sozialstaatliche) Reformwerk – und durchaus grundsätzlich – in Frage, das in den vergangenen einhundert Jahren insbesondere durch die Arbeiterbewegung durchgesetzt wurde (siehe: Grundsätze und Ziele der PDS bei den Wahlen 1998/99). Damit einher geht eine offensichtliche Krise von Politik, insbesondere demokratischer Gestaltungsfähigkeit und politischen Gestaltungswillens in bezug auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen: Re-Regulierung und politische Orientierung gegenüber der Wirtschaft; Neuorganisation des Systems der Arbeit und der sozialen Sicherungssysteme; ökologischer Umbau und ökologisch-soziale Steuerreform; politische, soziale und ökologische Bewältigung der Globalisierungsprozesse; Demokratisierung und soziale Gestaltung der Europäischen Union; demokratische und emanzipatorische Ausprägung der „Informationsgesellschaft“.

Das Versagen der Politik ist keine naturgesetzliche Folge der Globalisierung und der sozialen und kulturellen Ausdifferenzierung der Gesellschaft, sondern bewußt in Kauf genommenes und sogar angestrebtes Ergebnis des Neoliberalismus. In einem Grundsatzartikel kritisierte der CDU/CSU-Fraktionschef Schäuble in der FAZ vom 13. September 1996 („Weniger Demokratie wagen?“) die demokratischen und rechtsstaatlichen Hindernisse für die freie Entfaltung des Kapitals. Der sächsische Justizminister Heitmann (CDU) sprach im ND vom 5. März 1997 unverhohlen davon, „daß das

Regulierungsinstrumentarium dieser freiheitlichen Gesellschaft die Wirtschaft, ihre Grundlage das Eigentum ist“. (Daß Artikel 20 des Grundgesetzes die vom Volk ausgehende Staatsgewalt, ausübt in demokratischen „Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und Rechtsprechung“, als das entscheidende Regulierungsinstrument der Gesellschaft definiert, war dem Justizminister nicht einmal mehr eine Erwähnung wert.) Die Regulierung der Gesellschaft durch eine deregulierte Wirtschaft ist das offensichtliche, Demokratie und politische Gestaltungsfähigkeit gefährdende Ziel dieser Strategie.

Die „sozialstaatliche und in der Konsequenz auch die demokratische Substanz der Bundesrepublik“ sind gefährdet (Grundsätze und Ziele). Von SPD und Bündnis '90/Die Grünen geht gegenwärtig keine konsequente Opposition, kein konsequenter Wille zu alternativer, oppositioneller Politik aus. Bei aller Wertschätzung einzelner Positionen und der Unterschiede zur Regierungspolitik stellen wir fest, daß die SPD entscheidende Schritte des Sozialabbaus in der Bundesrepublik und der verfehlten Politik in Ostdeutschland mitgetragen hat. Die PDS begrüßt die Tatsache, daß die SPD im Vorfeld der 98er Wahlkämpfe den Osten Deutschlands und seine besonderen Nöte entdeckt hat. Zahlreiche aktuelle Forderungen der SPD sind bereits seit Jahren von der PDS vorgeschlagen worden, andere werden von uns unterstützt werden. Zu unseren Erfahrungen aber gehört, daß die SPD seit 1980 gemeinsam mit CDU/CSU und FDP alle wesentlichen Entscheidungen beschlossen hat, die zu den Zerstörungen in Ostdeutschland geführt haben. In der Werftenkrise 1996 trug die SPD, vor allem unter dem Druck der nordrhein-westfälischen Landesorganisation, dazu bei, daß Mecklenburg-Vorpommern Hunderte Millionen DM zusätzlich aufbringen mußte, um die kriminellen Aktionen zugunsten des Vulkan-Konzerns zu kompensieren. Die PDS und zweifelsohne auch die Wählerinnen und Wähler werden die SPD an ihrer realen Politik und daran messen, ob sie ihre Mitverantwortung für die Krise des Einigungsprozesses offen erklärt.

SPD und Bündnis '90/Die Grünen entwickeln dort, wo sie regierten, kaum ernsthafte Alternativen zur Massenarbeitslosigkeit (im Gegenteil, mit der Verlängerung der Lehrerinnen- und Lehrerarbeitszeit in einigen Bundesländern trugen sie beispielsweise zu ihr bei). Im Bundestag setzten sie der Militarisierung der deutschen Außenpolitik keinen Widerstand entgegen. In Sachsen-Anhalt hat die PDS verantwortungsbewußt, realistisch, kompromißbereit und kritisch gleichermaßen die von beiden Parteien gebildete Landesregierung begleitet. Sie hat dabei erleben müssen, daß SPD und Bündnisgrüne die eigene Koalitionsver-

einbarung und die eigenen Wahlversprechen in wichtigen sozialen und ökologischen Fragen verließen und damit auch die Tolerierung durch PDS mehrfach gefährdeten.

Es ist höchste Zeit für Alternativen, für eine gesellschaftliche und politische Reformwende, die diesen Namen verdient und die sozialstaatlichen Reformen der Vergangenheit bewahrt und erneuert. Es geht um einen Regierungswechsel als Voraussetzung dafür, daß der dringend notwendige Politikwechsel ermöglicht wird. Die PDS wird gebraucht – für bundesweite konkrete Alternativen, soziale Kompetenz, selbstbewußte ostdeutsche Interessenvertretung, gesellschaftliche Solidarität, demokratische, antikapitalistische Positionen in einem Parteiensystem, in dem ansonsten der Wettbewerb um die Gunst der Konzernzentralen und Unternehmerverbände dominiert. Ziel der PDS ist es, eine andere Politik, eine Politik gesellschaftlicher Erneuerung, des sozialen, ökologischen und emanzipatorischen Umbaus durchzusetzen. Eine gestärkte PDS ist offensichtlich unerlässlich, um sowohl das weitere Zurückweichen der SPD und der Bündnisgrünen vor dem konservativen Zeitgeist als auch ihre einseitige Orientierung an westdeutschen Sonderinteressen zu verhindern. Der Schweriner Parteitag der PDS hat nicht die Koalitionsfähigkeit, sondern die Politikfähigkeit der PDS in den Mittelpunkt gestellt. Die PDS geht in die Wahlkämpfe 1998/99 als die sozialistische demokratische Partei der Bundesrepublik.

Der Einzug in den Bundestag 1998 in Fraktionsstärke ist für die PDS und ihre Perspektive von kaum zu überschätzender Bedeutung. Es geht aber für die Partei des Demokratischen Sozialismus 1998 nicht vorrangig um ihre eigene Existenz und die Existenz einer sozialistischen Partei im Bundestag, sondern um einen kompetenten und wirkungsvollen Beitrag zur politischen Veränderung in Deutschland. Jede Stimme für die PDS ist eine Stimme für wahrhaften politischen Wandel, für konsequente Opposition gegen die sozialreaktionäre Regierungspolitik. Die PDS – das ist Druck von links, Politik, die sich von sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung sowie davon leiten läßt, daß gesellschaftliche Alternativen zur Profitdominanz möglich und notwendig sind. Gesellschaft und Politik müssen gegenüber der Wirtschaft und den Kapitalinteressen wieder gestärkt werden.

## II

Gesellschaft, Gesellschaftlichkeit sind durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit bedroht. Millionen Betroffene werden durch sie aus der Gesellschaft gedrängt, wesentlicher Lebenschancen beraubt. Die sozialen Sicherungssysteme, gewerkschaftliche Rechte sowie betriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten sind durch den Angriff der Unterneh-

merverbände und die neoliberalen Politik gefährdet. Im Zentrum des PDS-Wahlkampfes 1998/99 werden daher die sozialen Themen stehen, und das nicht defensiv, sondern mit zukunftsfähigen Antworten auf die stattfindenden wirtschaftlichen und anderen Umwälzungen. In Schwerin beschloß die PDS: „Dieses Land braucht eine neue Politik. Das Ziel der sozialen Gerechtigkeit und der Vollbeschäftigung ist kein Anachronismus. Wir wollen, daß der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit das Profil der PDS auch in den Wahlkämpfen bestimmt. Wir wollen dieses Ziel – mit neuen Inhalten und neuen ökonomischen, sozialen und ökologischen Grundlagen – für moderne linke Politik zurückgewinnen.“ Im Wahlprogramm 1994 haben wir einleitend festgestellt, und dabei bleiben wir: „Wir wollen ein anderes Deutschland, eine demokratische, soziale, zivile, ökologische und antirassistische Erneuerung der BRD. Wir wollen die Überwindung der gesellschaftlichen Frauenfeindlichkeit und aller Formen der Diskriminierung in diesem Land.“ Anders leben und anders arbeiten – solidarisch, emanzipatorisch, umwelt- und menschengerecht – das sind für die PDS nicht nur Fragen einer gesellschaftlichen Alternative. Wir wollen und werden uns nicht damit abfinden, daß die herrschende Politik und nicht selten auch weitverbreitete Stimmungen sich gegen Arbeitslose, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, Flüchtlinge wendet. Nachdem der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 31. Januar 1997 die Erwerbsbeteiligung von Frauen als mitverantwortlich für die hohe Arbeitslosigkeit bezeichnete, hat die Bundesregierung mit dem Arbeitsförderungsreformgesetz (AFRG) weitere Schritte zurück zu einer patriarchalen Gesellschaftsgestaltung konzipiert. Unter der Losung „Zukunft gestalten zu wollen“, braucht die Bundesregierung die Zukunftsfähigkeit der BRD auf. Sie mißachtet die Bildungs-, Ausbildungs-, Kultur und Arbeitsplatzchancen der Jugendlichen und managt die Krisen der Gegenwart, indem sie Lösungen für die Krisen und die Entwicklungserfordernisse der Zukunft zerstört. Die PDS wird zu finden sein, wo gegen Rassismus und Rechtsextremismus gekämpft wird, wo es um die Arbeit der Zukunft und ihre Verträglichkeit mit der natürlichen Umwelt geht, wo die Gleichstellung von Mann und Frau das Anliegen gemeinsamer Veränderung, gemeinsamer Beseitigung von Diskriminierung, gemeinsamen emanzipatorischen Gewinns ist. Wir wollen an einer Politik für den Alltag, nicht nur für den Wahltag gemessen werden. In unserem Wahlprogramm 1998 werden wir uns allen wesentlichen Themen der Gesellschaft, der Zeit, der Politik zuwenden.“

Wir werden uns an die Wählerinnen und Wähler mit konkreten, realistischen und alternativen Vorstellungen zu allen brennenden Fragen der gegenwärtigen Politik wenden.

## **Unsere zentralen Wahlkampfthemen sind:**

1. *Die Arbeitslosigkeit schaffende Politik der Bundesregierung ist nicht alternativlos.* „Die PDS will die Massenarbeitslosigkeit durch einen Umbau des Systems der gesellschaftlichen Arbeit überwinden, der eine neue Art von Vollbeschäftigung hervorbringt.“ (Schweriner „Vorschläge zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau“) Sinnvolle, bezahlte Arbeit ist für alle, die daran teilhaben wollen und können, möglich durch: Arbeitszeitverkürzung; gerechte Verteilung der Arbeit zwischen Männern und Frauen; die Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors; den Übergang zu einer ökologischen Wirtschaftsweise; Regionalisierung; zukunftsorientierte Strukturpolitik; eine humanistisch und ökologisch geprägte Technologiepolitik. Die PDS hat konkrete und moderne, realistische und finanzielle Vorschläge dazu vorgelegt und wird sich vor allem praktisch in gesellschaftlichen und parlamentarischen Auseinandersetzungen für die Verringerung und Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit einsetzen. „Die PDS ist bereit, Lösungskonzepte von anderen aufzugreifen, über Alternativen zu streiten und um Veränderungen zu ringen.“ (ebenda)

2. Die Sozialpolitik der Bundesregierung (mit der sie minutiös die Vorgaben der Unternehmerverbände abarbeitet) ist zur Politik der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der ohnehin Reichen verkommen. *Die PDS ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Solidarität.* „Sie will den Sozialstaat auf der Grundlage eines neuen Sozial- und eines Geschlechtervertrags verteidigen und weiterentwickeln.“ (ebenda) Die PDS bietet soziale Kompetenz: durch ihre politischen Vorschläge, durch ihr konkretes soziales Engagement auf allen Ebenen der Politik, durch praktische Solidarität mit den Betroffenen der unsozialen Regierungspolitik, durch Politikerinnen und Politiker, die persönlich und erlebbar für diese soziale Kompetenz stehen.

3. Die PDS ist eine europäische Partei, sie engagiert sich für eine demokratische und soziale europäische Integration. *Deshalb sagt die PDS Nein zur Einführung des Euro*, denn eine Währungsunion à la Maastricht verschärft neoliberaler Deregulierung und Sozialabbau. Die PDS fordert einen Volksentscheid über die Einführung des Europa und über den Inhalt der weiteren Entwicklung der Europäischen Union (Maastricht II). Die PDS ist keine Gegnerin einer gemeinsamen europäischen Währung, aber sie ist Gegnerin einer Währungsunion, die vom Monetarismus bestimmt ist und nicht einher geht mit einer Sozialunion, sondern mit Sozialdumping. Die PDS ist Gegnerin einer Währungsunion, die von einer Zentralbank beherrscht werden soll, die sich der politischen Kontrolle entzieht, und von der deutschen Finanzpolitik domi-

nieren werden soll. Ein solches, konkretes, differenziertes Nein erfordert zugleich, daß sich die PDS entschieden mit dem nationalistischen Antieuropäismus auseinandersetzt und ihre proeuropäischen und internationalistischen Positionen ausprägt und vor allem öffentlich vermittelt.

4. Die gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter bleibt für die PDS ein übergreifendes politisches Ziel. Seine Aktualität hat angesichts der offenkundigen Frauenfeindlichkeit herrschender Politik und der Schwäche des gegenwärtigen Widerstandes und Diskurses nur zugenommen. Die soziale und andere Benachteiligung von Frauen wurde als Folge konservativer und neoliberaler Politik erneut verstärkt. *Die PDS fordert: Selbstbestimmung statt Bevormundung!* „Entscheidende Voraussetzung für die reale Gleichstellung der Geschlechter ist die Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit, eine eigenständige Existenzsicherung und eine gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern.“ (Schweriner Beschuß „Feministische Politik für eine demokratisch emanzipierte Gesellschaft“) Die PDS wird im Wahlkampf insbesondere die horrende Frauenarbeitslosigkeit und die soziale Unsicherheit und Abhängigkeit von Frauen als Ergebnis der Regierungspolitik und ihre konkreten Alternativen thematisieren.

5. Die PDS ist eine Partei, die in der demokratischen Reform der DDR 1989/90 entstanden ist. Sie ist in Ostdeutschland im Alltag von Millionen Menschen verankert. Sie besitzt originäre ostdeutsche Kompetenz und nutzt sie zu entschiedener Vertretung legitimer ostdeutscher Interessen gegen die Ignoranz der etablierten Parteien, gegen Diskriminierung und gegen die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zerstörung in Ostdeutschland. Die PDS hat die ostdeutschen Themen nicht erst 1997 populistisch entdeckt; sie hat sie seit 1990 vertreten, als sie für die anderen Parteien noch unpopulär waren. Und die PDS verstand und versteht die ostdeutschen Themen nicht als regionale Sonderinteressen, sondern als Bestandteil ihres Engagements gegen Diskriminierung jeder Art. Die PDS versteht sich als bundesweite sozialistische Partei. Als solche, nicht als ostdeutsche Regionalpartei und schon gar nicht mit einem „antiwestdeutschen“ oder „antiwestlichen“ Tenor, streitet die PDS für ostdeutsches Selbstbewußtsein, für ostdeutsche Interessen und gegen die soziale und kulturelle Spaltung, die von der Politik der Bundesregierung ausgeht. *Die PDS setzt sich für eine gemeinsame demokratische, soziale und ökologische Erneuerung der Bundesrepublik ein, in der die Erfahrungen der Ost- und Westdeutschen gleichermaßen berücksichtigt werden.*

6. Die PDS lernt aus ihrer Geschichte. „Die PDS wird ihre selbstkritische Aufarbeitung eigener Geschichte und eigenen Versagens fortsetzen. Ihre Absage an

Stalinismus, undemokratische und antimanipulatorische Politik und Gesellschaftsvorstellungen ist unumkehrbar.“ (Grundsätze und Ziele) Diese Haltung ist für die PDS sowohl eine Frage ihrer Glaubwürdigkeit als auch der Fähigkeit, eine erneuerte und wirkungsvolle sozialistische Politik in der Bundesrepublik geltend zu machen. Der Gefährdung von Sozialstaat, Demokratie und zivilgesellschaftlicher Gestaltungsfähigkeit durch den globalen Neoliberalismus und die neoliberale Globalisierung wollen wir die *Demokratisierung der Demokratie, die entschiedene Stärkung direkter Demokratieformen und die umfassende Realisierung der politischen und sozialen Menschenrechte* entgegensetzen, einschließlich neuer, die sich aus der Gefährdung der natürlichen Umwelt und der menschlichen Kultur sowie aus der Globalisierung ergeben. Die Beteiligung von Menschen an der Gestaltung ihrer eigenen Lebensbedingungen ist für die PDS die Schlüsselfrage, um die neoliberale Reformblockade aufzubrechen.

### **III**

#### **Die PDS stellt sich im Wahlkampf 1998 auf folgende wahrscheinliche Entwicklungen ein:**

1. Mit der erneuten Kandidatur Helmut Kohls ist endgültig klar, daß CDU und CSU einen Richtungswahlkampf führen werden, eine Neuauflage der Rote-Socken-Kampagne mit veränderter Symbolik („Volksfront“, „Freiheit oder Sozialismus“ etc.). Instrument dieser Strategie wird der Versuch sein, die PDS aufs äußerste negativ zu stigmatisieren. CDU/CSU werden dazu verstärkt den Verfassungsschutz einspannen, bestrebt sein, Teile der PDS bzw. Aktionen, an denen die PDS beteiligt ist, zu kriminalisieren und Vorwürfe zur Vergangenheit (und dabei vor allem die MfS-Thematik) zu recyceln. Letztlich handelt es sich dabei jedoch um die Instrumentalisierung der PDS gegen die SPD, genauer gesagt gegen die westdeutsche SPD. Da die SPD sich offensichtlich weiterhin die politische Tagesordnung von Hintze und Kohl diktieren läßt, wird diese Politik durchaus wirksam sein können. Neben der Bundesebene wird die CDU insbesondere auch in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen bestrebt sein, die Möglichkeit des eigenen Machtverlustes zu verringern (auch mit Blick auf das Kräfteverhältnis im Bundesrat), indem eine Zusammenarbeit zwischen PDS und SPD unmöglich gemacht werden soll.

2. Widerstreitend damit und parallel werden aber offensichtlich auch Bestrebungen einer großen Koalition stärker, nicht nur im Sinne der Regierungsbildung nach den Bundestagswahlen, sondern auch und vor allem als Kooperation und gemeinsame Politik von CDU und SPD auf entscheidenden Gebieten (z.B. Steuer- und Sozialreformen). Faktisch und meistens auch formal sind alle wichtigen Weichenstellungen politischer und

sozialer Entwicklung seit 1990 von den beiden großen Parteien in Konkurrenz und Zusammenarbeit vorgenommen worden. Ein wirklicher Wille der SPD, die CDU/CSU abzulösen, ist bisher kaum zu erkennen.

3. Die SPD hat in Ostdeutschland durchaus Sonderinteressen und wird mit großer Wahrscheinlichkeit einen besonderen, gesonderten ostdeutschen Wahlkampf führen. Offensichtlich wird sie die tiefe wirtschaftliche, soziale und kulturelle Krise in den ostdeutschen Ländern endlich ernster nehmen. Damit können sich größere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS in Ostdeutschland ergeben. Die SPD ist aber mit dieser Veränderung ihrer Politik insbesondere bestrebt, unter Leugnung ihrer Verantwortung für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme in Ostdeutschland einen Kampf um die Wählerinnen und Wähler der PDS zu führen mit der Behauptung, die einzige legitimierte Interessenvertreterin der Ostdeutschen zu sein (siehe Thierse am 21.3.1997 in Berlin). Die Bundespartei wird jedoch wie in der Vergangenheit nur das im Osten real zulassen, was die bisherigen Konstellationen nicht stört. Sie wird, wie in allen ernsthaften Fällen seit 1990, zuletzt in der Werftenkrise in Mecklenburg-Vorpommern, letztlich ostdeutsche Interessen den SPD-Positionen in Nordrhein-Westfalen und in Westdeutschland insgesamt sowie gegenüber der CDU unterordnen.

4. SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden die Auseinandersetzung mit der PDS – nicht zuletzt diktiert von der CDU/CSU – verschärfen. Ihr Hauptargument wird die Behauptung sein, wer PDS wähle, wähle Kohl bzw. erschwere den Regierungswchsel in Bonn (Trittin/Thierse). Auch wenn diese Argumentation durchsichtig ist und den manipulier-ten und manipulierbaren Wähler voraussetzt, wird sie am ehesten Einfluß auf Teile des Wählerinnen- und Wählerpotentials der PDS haben können. Es ist für die PDS daher durchaus wichtig, überzeugend deutlich zu machen, daß ein Regierungswchsel an ihr nicht scheitern wird. Entscheidender jedoch ist, daß sich die PDS zu den Bundestagswahlen nicht als Mehrheitsbeschafferin der SPD stellt, sondern als konsequente Oppositionspartei gegen Sozialabbau und soziale Ungerechtigkeit sowie Arbeitslosigkeit. Insbesondere würde die Stärkung der PDS bei den Bundestagswahlen die Bedingungen für einen politischen Wechsel in der Bundesrepublik wesentlich verbessern.

#### **IV Das Wählerinnen- und Wählerpotential der PDS**

ist in vieler Hinsicht heterogen: sozial, kulturell (insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland sowie jungen und älteren Wählerinnen und Wählern), politisch (von sozialistischen Reformorien-

tierungen bis hin zu Protestwählern), altersmäßig. Gemeinsame, übergreifende Orientierungen sind jedoch vorhanden und treten offensichtlich vor allem in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hervor. Ohnehin ist die PDS nicht zu einem populistischen oder gar doppelzüngigen Wahlkampf bereit. Die PDS wird einen politisch und programmatisch einheitlichen Wahlkampf führen, demokratisch, nicht demoskopisch begründet. Kulturell und organisatorisch wird eine spezifische Zielgruppenansprache im zentralen Wahlkampf insbesondere gegenüber westdeutschen Wählerinnen und Wählern, Frauen und jungen Menschen erfolgen.

Insgesamt wird das Wählerinnen- und Wählerpotential der PDS von folgenden Merkmalen besonders charakterisiert:

1. Die PDS-Wählerinnen und -Wähler sind überdurchschnittlich jung. Die Verteilung über die Altersgruppen nimmt aber nur bei den Über-Sechzigjährigen stark ab. Das Gefälle ist in Westdeutschland noch stärker ausgeprägt.

2. Der Männeranteil überwiegt leicht. Das gilt für alle Altersgruppen. In Westdeutschland und bei ganz jungen PDS-Wählerinnen und -Wählern ist der Überhang stärker.

3. Die PDS-Wählerinnen- und Wähler konzentrieren sich in den großen Städten; in Ostdeutschland insbesondere in Ostberlin und den ehemaligen Bezirksstädten, in Westdeutschland in den Groß- und Universitätsstädten. Mehr als die Hälfte der PDS-Wählerinnen und -Wähler befindet sich aber außerhalb der PDS- „Hochburgen“.

4. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland besteht (natürlich auf völlig unterschiedlichem Niveau) ein Nord-Süd-Gefälle. Es hat sich seit 1990 aber verringert.

5. Hatte die PDS 1990 nicht einmal ein Zehntel ihrer (Zweit-)Stimmen (9,68%) in Westdeutschland und Westberlin erhalten, so erhöhte sich der Anteil bei den Europawahlen 1994 auf 11,0 und bei den Bundestagswahlen 1994 auf 17,43%. 1998 kann die PDS damit rechnen, mehr als ein Fünftel ihrer Stimmen in Westdeutschland zu erhalten (etwa ein Drittel des Zuwachses dürften jedoch Über- siedler aus Ostdeutschland sein).

6. In sozialer Hinsicht überwiegen in der PDS-Wählerschaft Angestellte, Beamte, Studentinnen/Studenten und – in Ostdeutschland – Arbeitslose. Die Akzeptanz der PDS ist bei Menschen mit Hochschulstudium am höchsten.

7. Hinsichtlich der politischen Einschätzungen und Forderungen sowie ihrer Wertorientierungen weichen PDS-Wählerinnen und -Wähler am häufigsten vom Durchschnitt ab. Kennzeichnend sind insbesondere die überdurchschnittliche Politisierung, soziales Engagement und kulturelle Interessen. Rund 90 Prozent sind konfessionslos. Die Wahrnehmung sozialer Konflikte und eines „Ost-West“-Konfliktes in Deutschland ist

stärker als im Bevölkerungsdurchschnitt ausgeprägt.

Ungeachtet dieser hauptsächlichen Merkmale ist das PDS-Wählerpotential jedoch auch in jeder der genannten Fragen heterogen – geographisch, in bezug auf die Altersstruktur, die soziale Zuordnung und politisch-kulturell weitgefächert. Der typische PDS-Wähler (männlich, Mitte dreißig, Hochschulabschluß, Angestellter, in der Großstadt wohnend) ist so gesehen sogar die Ausnahme. Zusätzliche Möglichkeiten zeigen sich hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit Positionen bisheriger PDS-Wählerinnen und -Wähler vor allem unter Nichtwählern, Frauen, Lohnabhängigen sowie in Ostdeutschland bei einem Teil der Landwirte. Das Potential in der ostdeutschen Intelligenz scheint dagegen ausgeschöpft, aber auch besonders gefährdet, wenn die PDS sich nicht intensiv und praktisch darum bemüht.

Die PDS strebt ihren Wahlerfolg in Ost- und in Westdeutschland an. Ange- sichts der 5-Prozent-Hürde kommt dem Wahlkampf in Westdeutschland ebenso große Bedeutung zu wie dem in Ostdeutschland (für die politische Perspek- tive der PDS ist ihre Entwicklung als bundesweite Partei ohnehin von strategischer Bedeutung). Wird der Erfolg in Ost- und in Westdeutschland angestrebt, so könnte ein Mißerfolg wahrscheinlich nur in Ostdeutschland verursacht werden, und das insbesondere, wenn die PDS die entschiedene Vertretung ostdeutscher Interessen und ihr Engagement für die gesellschaftliche Achtung ostdeutscher Erfahrungen und Lebensläufe vernachlässigen würde. Letztlich ist die Stärke der PDS in Ostdeutschland sogar ein wesentlicher Ausgangspunkt für die Akzeptanz der PDS bei westdeutschen Wählerinnen und Wählern sowie in den Medien. Die ostdeutsche Kompetenz der PDS wird im Wahlkampf 1998/99 ohne antiwestdeutsche oder gar antiwestliche Sentiments vertreten werden. Sie ist im Gegenteil darauf gerichtet, die von der Politik der Bundesregierung ausgehende soziale, kulturelle und politische Spaltung zu überwinden.

Die PDS geht in den Wahlkampf mit einem einheitlichen politischen wie auch ästhetischen und werberischen Erschei- nungsbild. Es wird auf der Grundlage des bisherigen Erscheinungsbildes der PDS weiterentwickelt und durch politische Inhaltlichkeit, aufklärerische Grundhal- tung, Klarheit, Eindeutigkeit, Massen- wirkung, Intelligenz und Witz gekenn- zeichnet sein. Durch das zentrale Wahlbüro wird für die gesamte Partei bun- desweit ein aktiver Medienwahlkampf organisiert (PR-Arbeit, Plakatierung, Anzeigenschaltung, zentrale Veranstal- tungen, Fernseh-, Rundfunk- und Kino- werbung, Mailing).

In allem möglichen Umfang wird die PDS jedoch vor allem einen Basiswahl- kampf führen. Die dafür möglichen und erforderlichen Unterstützungen durch

die Bundespartei werden umgehend vorbereitet.

## V Die Zeitplanung für die PDS:

(...)

## VI

### Schlußfolgerungen

1. Die PDS geht mit konkreten alternativen politischen Vorstellungen in die Wahlkämpfe 1998/99. Sie ist zu einer Partei geworden, die ihren sozialistischen Charakter auf eine moderne und uneingeschränkt demokratische Weise ausprägt und realistische Politikfähigkeit in der sozialen und politischen Gegenwart entwickelt.

2. Die PDS besitzt moderne soziale Kompetenz, Eigenständigkeit und Kooperationsfähigkeit zugleich gegenüber SPD und Bündnis '90/Die Grünen. Alternative Bundespolitik wird die Aufgabe der PDS im neuen Bundestag sein. (...)

3. Die Wahlstrategie der PDS 1998/99 ist daher die Strategie einer anderen Bundesrepublik; mit modernen, sozial und ökologisch orientierten Wirtschaftsstrukturen, mit zukunftsfähiger Erneuerung und Weiterentwicklung sozialer Sicherheit, mit endlich erfolgender Hinwendung zu nachhaltiger Wirtschaftsweise, mit Wiedergewinnung demokratischer Gestaltungsfähigkeit der Politik und gestärkter direkter Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung.

4. Thematisch heißt das, bundesweit reale, konkrete Themen aufzugreifen und realisierbare Lösungen und Alternativen anzubieten. Die PDS ist Partei für den Alltag. Als Bundespartei ist die gesellschaftliche Dimension der Probleme (regionale wirtschaftliche Verödung, Betriebsstilllegungen, Strukturkrisen, Abwasserproblematik, Kommunalabgaben, Demokratiedefizite unterschiedlichster Art) der Fokus ihrer alternativen Lösungen. Der Parteivorstand und das Zentrale Wahlbüro rufen zur Bildung von PDS-Wählerinnen- und Wähler-Initiativen auf und werden sie unterstützen.

5. Wo sich bundespolitisch relevante gemeinsame kritische Interessenlagen von Menschen zeigen, ob regional-, berufs-, geschlechts- oder altersspezifisch, die nach alternativen gesellschaftlichen Lösungen schreien, da wird die PDS – vor Ort – ihre Angebote machen.

6. Die PDS geht in die Wahlkämpfe mit Kandidatinnen und Kandidaten, die politische Kompetenz und Bürgernähe deutlich machen. Sie wird insgesamt einen Wahlkampf führen, der von Inhaltlichkeit, der überzeugenden Vermittlung alternativer Möglichkeiten und Dialogfähigkeit gekennzeichnet sein wird.

7. Die Sicherung und gegebenenfalls der Ausbau der starken kommunalpolitischen Präsenz der PDS wird die PDS im Wahlkampf 1998/99 vor die organisatorisch und personell größte Herausforderung stellen. Sie ist von unschätzbarer Bedeutung für die politische und soziale Verankerung der PDS in der Bevölkerung

sowie die Perspektive sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Es geht darum, rund 10 000 Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinde- und Stadträte sowie die Kreistage zu gewinnen. Stärker als in der Vergangenheit wollen wir – wo es möglich und sinnvoll ist – Mitglieder des Parteivorstandes und der Landesvorstände, Bundestags- und Landtagsabgeordnete der PDS zur Kandidatur auf kommunaler Ebene motivieren. Durch den Parteivorstand und das Zentrale Wahlbüro muß eine umfassende Unterstützung der Kommunalwahlkämpfe gewährleistet werden.

7. Der PDS-Wahlkampf erfordert eine neue Mobilität und Flexibilität sowie Kampagnenfähigkeit für die Direktwahlkämpfe und die Ansprache konkreter Zielgruppen.

8. Politische und soziale Kompetenz kann aber weder erst in der heißen Wahlkampfphase erworben, erst recht nicht glaubwürdig vermittelt werden. Sie wird in der Zeit bis 1998 praktisch gezeigt oder nicht. Wenn die PDS nicht in konkretem und alltäglichem sozialen Engagement sowie in uneigennütziger und kompetenter Solidarität in den sozialen Auseinandersetzungen erlebbar sein wird (positives Beispiel: Bischofferode), wird sie ihr Wählerinnen- und Wählerpotential nicht sichern und schon gar nicht erweitern können.

9. Die PDS geht in die Wahlkämpfe 1998/99 als *eine* Partei, mit *gemeinsamen* politischen und programmatischen Zielen, mit *einer* politischen Linie; in Ost- und Westdeutschland, gegenüber Männern und Frauen, Alten und Jungen, Arbeit Habenden und arbeitslos Gemachten, Menschen mit deutschem Paß und ohne.

#### Die Kommunikationsbotschaften der PDS für den Wahlkampf 1998 sind klar:

- Die PDS will einen Politikwechsel in Bonn und in den ostdeutschen Ländern, für den sie eigenständige Alternativität, soziale Kompetenz und Zusammenarbeitsfähigkeit einbringt. Ohne eine Stärkung demokratisch-sozialistischer und antikapitalistischer Positionen wird eine Reformwende in der BRD keinen ausreichenden Atem haben.
- Die PDS ist entschiedene und kompetente Opposition gegen die Politik des Sozialabbaus und der neoliberalen Deregulierung, für soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit.
- Die PDS ist die sozialistische Partei der Bundesrepublik.
- Als linke, als sozialistische Partei (nicht Regional- und Milieupartei) entwickelt die PDS ostdeutsche Kompetenz und ostdeutsches Engagement gegen die soziale und kulturelle Spaltung, die von der Politik der Bundesregierung ausgeht.
- Die PDS wird bei den Bundestagswahlen 1998 mehr als 5 Prozent und mehr als drei Direktmandate erreichen. Im 14. Deutschen Bundestag (1998-2002) wird die PDS in Fraktionsstärke vertreten sein.

Die Zeit für die Organisation war kurz. Vor rund einer Woche wurde die endgültige Erlaubnis zur Durchführung einer europaweiten Demonstration in Düsseldorf gegeben. Antragsteller und Verantwortlicher der Demo war der Grüne Landtagsabgeordnete Dr. Hisham Hammad. Plakate konnten nicht mehr gedruckt und geklebt werden. Über türkischsprachige pro-kurdische Presse, über den kurdischen TV-Sender Med-TV und durch Mund-zu-Mund-Propaganda wurde zur Teilnahme aufgerufen. Trotz dieser kurzen Frist kamen 60 bis 65tausend Kurden aus ganz Europa angereist. Mit dem Zug oder mit Bussen versammelten sich die Demonstranten an zwei verschiedenen Ausgangspunkten (Rheinwiese und Nordpark), um dann zum Rheinpark zur Schlußveranstaltung zu ziehen.

Die Zugwege verliefen so, daß nicht zu viele Deutsche den Demonstrationsweg sahen. Die Innenstadt wurde im großen und ganzen ausgespart. Der Weg von der Rheinwiese zum Rheinpark führte immer am Hofgarten entlang. Die Polizei hielt

## „Zeit für Frieden in Kurdistan“

**Viele Zehntausend Kurden demonstrierten für eine politische Lösung**

sich sehr zurück, die gesamte Zugorganisation lag in kurdischer Hand. Lediglich zur Verkehrsregelung war sie eingesetzt.

Es waren viele PKK-Symbole und auch Bilder von Abdullah Öcalan zu sehen, aber die Polizei griff nicht ein. Auf mitgeführten Plakaten und Spruchbändern wurde der Stop der Waffenlieferungen, die Aufhebung des PKK-Verbots gefordert und die politische Führung der Türkei verurteilt, die beste Kontakte zur Waffen- und Heroin-Mafia hat. Durch die Zurückhaltung der Polizei und auch das aufklärende Wetter war bis zum Eintreffen im Rheinpark Volksfeststimmung entstanden. Männer Frauen, Kinder, jung und alt tanzte ausgelassen zum reichhaltigen Schlußprogramm.

Der Oberbürgermeister von Düsseldorf begrüßte die Menge und forderte, daß diese Zeichen des Friedens nicht übersehen werden. Abgeordnete des Kurdischen Exilparlaments forderten die Einstellung der europäischen Waffenexporte in die Türkei. Abdullah Öcalan ließ in einer Grußbotschaft ausrichten, daß es an der Zeit sei, zu verhandeln. Die PKK sei als Verhandlungspartner endlich anzuerkennen. Das Verbot der PKK soll-

## Wallraff fühlt sich bedroht – ERNK stellt richtig

Die erwartete/befürchtete Meldung erschien zuerst in der „Augsburger Zeitung“, dann nahm sie langsam ihren Weg durch die Medien. In der „Süddeutschen Zeitung“ hieß es am 19. April unter der Überschrift „Untergetauchter Wallraff greift kurdische PKK an“, Wallraff sei „wegen Todesdrohungen aus der kurdischen Arbeiterpartei PKK seit einigen Wochen untergetaucht“. In späteren Berichten relativierte Wallraff diese Aussage, so in Fernsehauftritten und der „Stuttgarter Zeitung“ vom 24. April: Er nehme die Morddrohungen, die nach dem Erscheinen des Buches „PKK – Die Diktatur des Abdullah Öcalan“ gegen ihn gerichtet worden seien, nicht so ernst wie die gegen den Autor Cürükay, aber: „Trotzdem nehme ich mich vor Hitzköpfen in acht und halte mich für eine Weile versteckt.“

Inzwischen wurde eine Stellungnahme der ERNK-Europaorganisation, der Auslandsvertretung der PKK veröffentlicht. Darin heißt es, es sei undenkbar, daß die PKK einen Schriftsteller bedrohe oder an der Ausübung seines Berufes hindere. „Bis heute gab es haufenweise solche Nachrichten in der Presse. Aber keine einzige davon hat sich als wahr herausgestellt“, sagt die ERNK; bis jetzt habe weder die PKK noch eine mit der PKK verbundene Organisation Aktivitäten dieser Art unternommen. Es könne vielleicht sein, daß Wallraff bedroht worden sei, die PKK habe aber damit nichts zutun. Die ERNK: „Nach Informationen, die wir erhalten haben, wird Wallraff demnächst nach Ankara und von dort ins Gebiet (Kurdistan) gehen. Wallraff hatte sich vor einiger Zeit auch mit dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan getroffen. Die Dinge, die er nach diesem Treffen geschrieben hat, und die Erklärungen, die er abgegeben hat, waren voll von Verzerrungen und weit entfernt von der Wahr-

heit. Das kurdische Volk war darüber bekümmert. Allerdings versucht Wallraff, Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Es ist bekannt, daß er in der letzten Zeit mit Vertretern des türkischen Staates und des MIT (des türkischen Geheimdienstes) enge Beziehungen geknüpft hat. Er ist ein Teil des Spiels, das man mit den Kurden spielen will.“

Die ERNK-Erklärung hat den Weg in die offiziellen Medien bis jetzt nicht gefunden. Dagegen haben Wallraffs Aussagen dazu geführt, daß die „Frankfurter Rundschau“ am 22. April seinem und Cürükayas Werk eine ganze Seite zur Verfügung stellte. Wallraff, der auch das PKK-Verbot unterstützt hat, spielt mit dem Umstand, daß sich die kurdischen Organisationen in Deutschland nicht frei äußern können; daß Publikationen, die authentische Äußerungen der kurdischen Befreiungsbewegung mitteilen, von den Staatsanwälten verfolgt werden, wenn sie sie nicht abfällig kommentieren.

ulk

te aufgehoben werden, denn sie seien keine Terroristen.

Dies wurde auch in Düsseldorf eindrucksvoll demonstriert. Die Kurden haben sich zu einer Volksbewegung organisiert. Diese zu kriminalisieren, entspricht der Verfolgung einer Volksgruppe.

Selbst das türkische Fernsehen konnte an der Demo nicht vorbeisehen. Im Vorfeld meldeten sie, daß ihre Recherchen ergeben hätten, daß es bei dieser Demo keinerlei Verbindung zur PKK gäbe. Am Samstagabend dann zeigten sie zur Aufrechterhaltung ihrer Terrorismusverleumdungskampagne alte Bilder von Zwischenfällen an der deutsch-holländischen Grenze zu Newroz 96.

Die deutschen Medien hielten sich wie gewohnt mit ihrer Berichterstattung sehr zurück, doch auch sie konnten an dem friedlichen Verlauf der Demonstration nicht vorbeisehen. Damit scheint das Thema für sie erledigt zu sein. Doch hier in Deutschland muß ein neues kurdisches Kapitel aufgeschlagen werden. Wo gibt es hier noch die Kraft, daß über 100 000 Menschen auf die Straße gehen? Die Probleme dieses Landes können nicht von denen der Kurden getrennt werden. Mit der Behandlung der Kurden werden auch innenpolitische Ziele verfolgt. Besonders die Linke ist hier zur Solidarisierung mit dem kurdischen Volk aufgerufen. Auf dem Rücken der Kurden wird eine ausländerfeindliche Politik verfolgt, die zusätzlich durch Verschärfung von Strafgesetzen eine deutsche Opposition einschränken soll. Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen?

Die nächste Demonstration steht vor der Tür, diese Gelegenheit darf nicht ausgelassen werden, Flagge zu zeigen. Die Kurden sollten einem mit ihren steten und zahlreichen Einstehen für ihre Forderungen ein Vorbild sein.

d.g.



**14. April bis 14. Juni:** Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, am 14. Juni sollen sie in einer Großdemonstration in Amsterdam münden.

**3. Mai:** Bundestreffen der AG LISA der PDS in Berlin, u.a. zu Antimilitarismus, Wahl der BundessprecherInnen u.a.

**5. Mai:** Europäischer Tag der Behinderten.

**8. Mai:** Internationale Kundgebung auf dem Friedhof des ehem. KZ Esterwegen in Bockhorst bei Papenburg. Veranstalter: Deutsch-Niederl. Initiative 8. Mai. Redner sind: Koert Stek, Widerstandskämpfer und stellv. Bürgermeister der Gemeinde Reiderland, NL; H. Bröring, OKD Kreis Emsland sowie die ehemaligen Gefangenen Rik de Bondt (Belgien), Stanislaw Krzyzaniak (Polen) und Ludwig Baumann (Bremen). Das Kulturprogramm bestreitet Günter Gall (Osnabrück). Beginn 15 Uhr.

**9.-11. Mai:** Bundeskongress der AG „Junge GenossInnen in und bei der PDS“ in Magdeburg, u.a. mit Beratung und Beschluß zu Anliegen der AGJG an die PDS-Politik zu den Bundestagswahlen. Infos über Büro der AGJG, PDS-Vorstand, Kl. Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Tel. 030-24009-419.

**15. Mai:** Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung.

**11. Mai:** Treffen zur Vorbereitung der AG Philosophie der Linken Sommerschule Schnepfenthal. Ort: 22767 Hamburg, Palmalle 24, (S-Bahn Königstr.); Zeit: voraussichtlich 12.00 Uhr. Bitte anmelden bei Christiane Schneider, Tel: 040/381393

**21. Mai bis 1. Juni:** Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Buko). Anmeldung: Buko, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg. Tel: 040/393156. Teilnahmegebühr 80/110 DM.

**24. Mai:** Tag der Jugend gegen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere.

**24. Mai:** Wirtschaftspolitischer Workshop der PDS-Bundestagsgruppe. Vorauss. Themen: Wirtschaftsförderung, Beschäftigungsgesellschaften, kommunale Wirtschaftsförderung, Wirtschaft von unten; ökologischer Umbau, Forschungs- und Technologiepolitik

**28. Mai:** Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes gegen Erwerbslosigkeit.

**31. Mai:** Öff. Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis des Kurdistan-Rundbriefs in Köln, Jugendgästehaus, An der Schanz. Beginn 12.30 Uhr.

**12. bis 17. Juni:** Der Alternativgipfel „Coalition for a Different Europa“ geht auf Initiative mehrerer NGO/Nicht-Regierungs-Organisationen aus den Niederlanden und anderen Staaten zurück. Während des Gipfels sollen Ergebnisse der Regierungskonferenz kritisch diskutiert werden. Schwerpunkte: Arbeitslosigkeit, Demokratiedefizite, Südpolitik der EU, „Friedliches Europa“, Antirassismus, Feminismus und Umweltpolitik.

**16./17. Juni:** Antirassismuskonferenz parallel zum Alternativgipfel. Sie wird organisiert vom größten europäischen Netzwerk gegen Nationalismus, Rassismus, Faschismus und zur Unterstützung von MigrantInnen und Flüchtlingen. Ihre Themen sind Migrations- und Fluchtursachen, die EU-Politik „Festung Europa“, die Arbeit von Initiativen, alltäglicher Rassismus.

**16./17. Juni:** EU-Gipfel in Amsterdam. Geplant ist der Beschluss über die Reform der Maastrichter Verträge, zur Währungsunion und zur Aufnahme der „Osterweiterung“. Die „Euromärsche“ wollen bereits am 14.6. in Amsterdam eintreffen.

**31. 7.-3. August:** Linke Sommerschule in Schnepfenthal

**29.-31. August:** UZ-Pressefest, Dortmund.

**21. September:** Bürgerschaftswahlen in Hamburg

**20./21. September:** Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Chemnitz.

**27./28. September:** Grüner Länderrat in Magdeburg

**11./12. Oktober:** Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Jugendgästehaus.

**14./16. November:** Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Kassel.

ADRESSEAUFLKLEBER

## Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH**

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Staschette.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft:** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

**Auslandsberichterstattung:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

**Regionales West und Ost:** Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 21 16 58, Fax: 0221 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

**Aus Betrieben und Gewerkschaften:** Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten:** Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 93 81.

**Vierteljährliche Beilage:** Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der PB

- 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).
- Halb-/Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM/Jahr)
- Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. .....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

**Einsenden an:** GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart

## ALTERNATIVGIPFEL

Der Alternativgipfel „Coalition for a Different Europe“ vom 12.-17. Juni 1997 geht auf eine Initiative mehrerer NGO (Nicht-Regierungs- Organisationen) aus den Niederlanden und anderen europäischen Staaten zurück. Während des Gipfels sollen die Ergebnisse der Regierungskonferenz kritisch diskutiert werden.

**Thematische Schwerpunkte:** Arbeitslosigkeit, Demokratiedefizite, Südpolitik der EU, „Friedliches Europa“, Antirassismus, Feminismus und Umweltpolitik.

### Kontakt:

Coalition for a Different Europe, Ernst van Lohuizen und Jacqueline Heerkens, Postbus 54, NL-1000 AB Amsterdam; Anschrift: Damrak 83 I, 1012 NL Amsterdam, Tel. 0031-20-4222712; Fax: 0031-20-4223171; e-mail: ander.europa@aseed.antenna.nl

## ANTIRASSISMUSKONFERENZ

Parallel zum Alternativgipfel findet am 16./17. Juni die Antirassismuskonferenz statt.

Sie wird organisiert vom größten europäischen Netzwerk gegen Nationalismus, Rassismus, Faschismus und zur Unterstützung von MigrantInnen und Migranten sowie Flüchtlingen. Die Konferenz ordnet sich ein in das „Europäische Jahr gegen Rassismus“.

**Ihre Themen sind:** Migrations- und Fluchtursachen, die EU-Politik „Festung Europa“, die Arbeit von Flüchtlingsinitiativen, alltäglicher Rassismus, Aktivitäten im „Europäischen Jahr gegen Rassismus“.

### Kontakt:

United for intercultural action, Postbus 413, NL-1000 Amsterdam, Tel.: 0031-20-6834778, Fax: 0031-206834582, e-mail: united@antenna.nl